

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



München: nur mit Föhn entsteht die Täuschung, die Stadt läge in den Alpen

- *Linke-Parteitag Hamburg nominiert bisherige Abgeordneten als Spitzenkandidaten zur Bürgerschaftswahl – S. 4*
- *Euro-Krise: Merkels Chaostruppe gefährdet den Euro – S. 7*
- *Olympische Spiele 2018: München wird zum Wintersport-Mekka? – S. 12*
- *Jungheinrich AG: Eine Belegschaft wehrt sich – S. 17*
- *Thesen von Prof. Michael Vester zu Wählerpotential, Wählerstruktur und Wahlstrategie der Linken – S. 20*

Ausgabe Nr. 1 am 14. Januar 2010, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgaben für 5 € (beiliegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Neuer Rekord bei Leiharbeit

Stern, 30.12.10, www.bundesregierung.de. rül Ende Dezember war die Zahl der Leiharbeiter/innen in Deutschland auf einen neuen Rekordstand gestiegen: Eine Million Leiharbeiter. Noch nie gab es in diesem Land so viele Leiharbeiter/innen. Die Firma Manpower, einer der großen Konzerne auf diesem Geschäftsfeld, feierte das in Berlin am 30. Dezember öffentlich im Beisein der Presse. Wenige Tage später meldete die Agentur für Arbeit die neuesten Arbeitsmarktzahlen. In der Öffentlichkeit beachtet wurden dabei zumeist die Arbeitslosenzahlen, die saisonbedingt wegen des kalten Wetters leicht stiegen. Mindestens ebenso interessant aber war eine Strukturinfo der Agentur für Arbeit über die Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Danach waren Ende Oktober 2010 (die Agentur veröffentlicht diese Schätzzahlen immer mit einer Verspätung von drei Monaten) etwa 498 000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, als Ende Oktober 2009. Davon waren 283 000 neue Vollzeitbeschäftigte, 215 000 neue Teilzeitbeschäftigte. Da der Anstieg der Leiharbeit im gleichen Zeitraum lag, bedeutet das: mindestens 40 Prozent der 2010 neu entstandenen Jobs sind Leihjobs.

Europäische Bürgerinitiative

www.europarl.eu – rog Nach Beratungen und Abstimmung im Europäischen Parlament liegt eine Einigung über die Modalitäten für die Durchführung einer europäischen Bürgerinitiative vor, die im Lisabon-Vertrag verankert wurde. Zur Initiierung einer Initiative muss sich ein Ausschuss mit Vertretern aus mindestens sieben Mitgliedsstaaten bei der Europäischen Kommission registrieren lassen. Die Kommission prüft die Initiative auf Zulässigkeit. In der Folge haben die Initiatoren ein Jahr Zeit, um die Anzahl von mindestens einer Millionen Unterschriften zu sammeln, die aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten stammen müssen. Die Mindestzahl der zu sammelnden Unterschriften reicht von 3 750 (Malta) bis zu 74 250 (Deutschland). Am Ende des Verfahrens entscheidet die Kommission innerhalb von drei Monaten darüber, ob die Initiative in ein neues Gesetzesvorhaben mündet oder nicht. Sie muss ihre Entscheidung öffentlich begründen. Ausdrückliches Ziel des Parlamentes

war es, die Bürgerinitiative so einfach und benutzerfreundlich wie möglich zu gestalten. Dies mit einigem Erfolg. Die Zulässigkeitsprüfung steht nun am Anfang der Initiative und nicht erst nach dem Sammeln der ersten 300 000 Unterschriften. Die Zahl der beteiligten Mitgliedsstaaten wurde von einem Drittel auf ein Viertel reduziert. Die Herausgabe eines Leitfadens, die Einrichtung einer zentralen Kontaktstelle und die Bereitstellung eines kostenlosen Online-Sammelsystems sollen die Arbeit von Initiatoren erleichtern. Die Mitgliedsstaaten müssen die EU-Gesetzgebung innerhalb eines Jahres in nationales Recht umgesetzt haben, so dass Initiativen ab Anfang 2012 möglich sein werden.

Damit wird die komplexe Rechtssetzungspraxis der EU um ein weiteres Element erweitert, dass es kollektiven Akteuren erlaubt, relativ unabhängig von den jeweiligen Politiken des Rates und der Kommission eigene legislative Initiativen zu starten. Anders als bei der Rechtssetzungskompetenz der Sozialpartner, bei der aufgrund der institutionellen Struktur (auf europäischer Ebene wird nur verhandelt, was national ausreichend tradiert ist), wesentlich bekannte Gegenstände angefasst werden, können mit der Bürgerinitiative aktuelle Fragen und gesellschaftliche Veränderungen thematisiert werden – allerdings wohl auch mit der Gefahr, dass bei besonders strittigen und explosiven Themen Partikularinteressen gepuscht werden.

Gaspipeline in Konkurrenz zu Gasprom

Der Standart, 13.1., faz. 13.1. maf. Letzte Woche unterzeichneten EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und sein Energiekommissar Günter Oettinger bei ihrem Besuch in Baku eine Vereinbarung, mit der Aserbaidschans Staatschef Ilham Alijew eine Zusage für die Lieferung von Gas für die geplante Nabucco-Pipeline macht. Das Pipeline Projekt Nabucco erschließt Gasfelder in Aserbaidschan und Irak. Geplant ist auch die Ausbeutung von Vorkommen in Turkmenistan, der Anschluss über das kaspische Meer soll mit Tankschiffen erfolgen. Parallel zu den von der EU vorangetrie-



Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

benen Planungen arbeitet der russische Staatskonzern Gazprom an einem Gasleitungsprojekt „Southstream“. Fachleute bezweifeln, dass die Vorkommen zum wirtschaftlichen Betrieb sämtlicher geplanter Projekte ausreichen.

EU-Kommissar Barnier zu Bankenrisiken

taz, 7.1. hav. 2 000 Milliarden Euro haben die Steuerzahler Europas während der Finanzkrise aufgebracht, um Banken vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Damit das nicht noch einmal passiert, stellt EU-Kommissar Michel Barnier nun zur Debatte, die Banken europaweit besser zu beaufsichtigen und die Kapitalgeber am Risiko zu beteiligen. Barniers Katalog beinhaltet, dass die nationalen Bankenaufsicher die Institute verpflichten dürfen, frühzeitig Notfallpläne für den Krisenfall aufzustellen. Dazu könne es auch gehören, so Barnier, dass Institute ihre Geschäftsmodelle ändern müssen, damit es nicht zu einer Krise kommt. Die staatliche Aufsicht würde dann präventiv bestimmte risikoreiche Geschäfte der Banken einschränken oder untersagen. Darüber hinaus könnte die Bankenaufsicht im Krisenfall das Management eines Instituts austauschen, die Bank zerlegen und teilweise verstaatlichen. Es wäre auch möglich, Institute ganz oder teilweise abzuwickeln und zu schließen. Um die Verluste zu decken, sollen künftig nicht nur die Aktionäre, sondern auch entferntere Kapitalgeber der Bank haften – etwa Investoren, die Unternehmensanleihen des jeweiligen Instituts gekauft haben. Diese könnten gezwungen werden, auf ihr Kapital zu verzichten.

Protest kommunistischer Parteien

Red globe, 2.1. hav. Die Außenminister Bulgariens, Lettlands, Litauens, Ungarns, Rumäniens und Tschechiens hatten gegenüber der EU das Ansinnen vorgetragen, dass die sogenannte „Leugnung der Verbrechen des Kommunismus“ als Straftatbestand in EU-Recht übernommen werden soll. In einer gemeinsamen Erklärung weisen 38 kommunistische Parteien aus 32 OSZE-Ländern diese antikommunistische Attacke zurück. „Es handelt sich dabei um einen gefährlichen Versuch, die bereits bestehenden gesetzlichen Verfolgungen und ähnliche Maßnahmen zu generalisieren, die in mehreren EU-Ländern schon jetzt gegen all jene Personen in Kraft sind, die die Verleumdungen gegen den Sozialismus, wie wir ihn kennen, zurückweisen“, heißt es in dem in Athen veröffentlichten Dokument. Es sei ein Versuch, all jene Menschen strafrechtlich zu verfolgen, die gegen die Entstellungen der Geschichte des Zweiten Weltkriegs



Raketendiplomatie

FAZ, 11.1. maf. Die Installation eines irgendwie koordinierten Raketenabwehr-Schutzschirms ist inzwischen das offizielle Ziel der Außenpolitik Russlands wie der USA. Laut FAZ vom 11.1.2011 gelten für die Nato Iran und Syrien als die beiden Ländern, von denen am schnellsten eine ernste Bedrohung durch ballistische Raketen ausgehen könnte, danach kämen Nordkorea und Libyen. Russland hingegen hat den Ausbau einer Raketenabwehr, die rund um Moskau aufgestellt und vor allem gegen eine Bedrohung aus den USA gerichtet war, schon vor vielen Jahren aufgegeben. Die aktuellen russischen Vorschläge ergeben sich nicht aus dem Streben nach einem Raketenabwehrschirm, sie sind das Angebot, das den USA ermöglichen sollte, von dem Bau von Radarstationen und Abschussrampen in Tschechien und Polen abzurücken. Laut FAZ will die Nato der russischen Seite nun ein wechselseitiges Informationsabkommen vorschlagen. Dieser Vorschlag hat vor allem politische Bedeutung. Ließe sich Russland darauf ein, könnte das als Unfreundlichkeit gegen Iran und die anderen oben genannten Staaten gewertet werden. Am 25./26. Januar wird in Brüssel der Nato-Russland-Rat tagen, der russische Nato-Botschafter Dimitri Rogosin erwartet konkrete Entscheidungen über das Datum, die Form, den Ort, das Ziel und die Zusammensetzung der Teilnehmer an einer gemeinsamen Russland-Nato-Übung für Raketenabwehr getroffen werden. (faz, 11.1.1011, <http://de.rian.ru/politics/20110111/258065643.html>)

ges, die Verleumdungen der positiven Entwicklungen in den sozialistischen Ländern und die Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus auftreten. Die Parteien betonen, dass diese Initiative der sechs Minister zu einem Zeitpunkt vorgetragen wurde, zu dem die Kämpfe der Arbeiterklasse stärker werden. „Die Kommunisten sind zum Angriffspunkt der Bourgeoisie geworden, weil sie in der ersten Reihe der Kämpfe stehen, mit denen verhindert werden soll, dass ausschließlich den Schaffenden die Lasten der kapitalistischen Krise aufgebürdet werden, und sie stehen auch deshalb im Zentrum der Attacken, weil sie die einzigen sind, die eine Lösung bezüglich der kapitalistischen Barbarei haben.“

Ungarn fordert Überprüfung der Zensurvorschriften aller EU-Länder

telepolis, 8.1. hav. Am 1. Januar trat in Ungarn ein neues Mediengesetz in Kraft, das von Politikern aus anderen Ländern kritisiert wurde und nun auf seine Vereinbarkeit mit europäischen Regeln überprüft werden soll. Ministerpräsident Orban meinte nun, dass er solch eine Überprüfung durchaus zulassen wolle, forderte aber für diesen Fall eine Kontrolle der Mediengesetze aller europäischen Länder. Bereits

in den vergangenen Wochen hatte der Ministerpräsident darauf verwiesen, dass keine einzige Regelung in dem Gesetz existiere, die es nicht in mindestens einem anderen EU-Land ebenfalls gebe. Diese Behauptung ist durchaus nicht ohne Grundlagen. Bei einer objektiven Betrachtung der Rechtslagen müssten sich unter anderem Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien Gedanken darüber machen, ob Teile ihrer Jugendschutz-, Abmahn-, Internet- und Pressegesetze nicht ähnlich negative Auswirkungen auf die Redefreiheit haben wie ihre Entsprechungen im neuen ungarischen Regelwerk. Auch der EU-Kommission scheint nicht klar zu sein, was denn die Pressefreiheit ist. Durch eine Anfrage der Europaparlamentsabgeordneten Abgeordneten Sophia in't Veld, Alexander Alvaro und Marietje Schaake wurde nämlich bekannt, dass das supranationale Exekutivorgan nach einer „fundierte juristischen Analyse“ zu dem Ergebnis kam, die von der türkischen Regierung eingesetzten Internetsperren würden wahrscheinlich gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen, während Innenkommissarin Cecilia Malmström das gleiche Instrument allen EU-Staaten per Direktive vorschreiben will.

Bisherige Abgeordnete als Spitzenkandidaten

Am 8. und 9. Januar wählte ein Parteitag der Partei Die Linke Hamburg die Kandidatinnen und Kandidaten für die vorgezogene Bürgerschaftswahl am 20. Februar und verabschiedete das Wahlprogramm. Das „Neue Deutschland“ berichtete in der Ausgabe vom 10. Januar über den Parteitag. Außerdem dokumentieren wir aus dem umfangreichen Wahlprogramms.

Schluss mit Zaghaftigkeit: Hamburger Linkspartei debattierte über Weg zur Bürgerschaftswahl

Von Susann Witt-Stahl, Hamburg, für Neues Deutschland vom 10. Januar
Die K-Frage geisterte auch durch den Wahlparteitag der Hamburger Linken. Sie wurde aber für die Schärfung des eigenen Profils genutzt. Bei der Aufstellung der Landesliste würdigten die Delegierten die Arbeit ihrer noch amtierenden Bürgerschaftsfraktion – mit der Lizenz zum Weitermachen.

Die Hamburg-Wahl am 20. Februar sei die „Messlatte“ für alle Ergebnisse im Superwahljahr 2011. Mit diesen Worten nahm die Linken-Bundesvorsitzende Gesine Löttsch ihre Genossen an der Waterkant gleich zur Eröffnung

des Parteitags in die Pflicht.

Die Skandalisierung ihres Artikels „Wege zum Kommunismus“ in der „jungen Welt“ sorgte für ein großes Medien-Interesse an ihrem Auftritt am Samstagmorgen. Löttsch räumte der K-Frage dann auch einen prominenten Platz in ihrer Wahlkampfrede ein. Sie betonte noch einmal, dass die Linkspartei „unwiderruflich mit dem Stalinismus gebrochen“ habe. Gegenteilige Behauptungen bezeichnete sie als „intragant“. Die „hysterischen Reaktionen“ seien ein untrügliches Zeichen für die große Verunsicherung der bürgerlichen Politiker, die das Nachdenken über eine andere Gesellschaftsordnung offenbar als bedrohlich empfinden würden. Und sie mahnte die Bundesregierung, den Verfassungsschutz nicht zu instrumentalisieren, um die Partei „zu schikanieren und diskreditieren“.

Den Linken-Wahlkämpfern empfahl sie, in die Offensive zu gehen: „Wir sind manchmal etwas zu zaghaft und verabreichen den Bürgern den demokratischen Sozialismus in zu kleinen homöopathischen Dosen.“

Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi beschwor die Hamburger Genossen, dem politischen Gegner die Stirn zu bieten: SPD und Grüne seien „unionslastig“ und „Türöffner“ für Sozialabbau und andere Maßnahmen der neoliberalen Agenda. „Das einzige, was die verstehen, ist Stärke.“

Schließlich nahm auch Gysi das inkriminierte K-Wort noch einmal in den Mund: „Wir haben entschieden, dass wir keine kommunistische Partei sein wollen und werden.“ Die Vorwürfe gegen Löttsch jedoch wies Gysi als „unfaire Unterstellungen“ zurück.

Den Schulterschluss mit ihrer Vorsitzenden übten auch die Hamburger Fraktionschefin Dora Heyenn und Linksjugend-Sprecherin Christin Bernhold. Letztere bezeichnete es als „Unding“, dass Spitzenpolitiker aus den eigenen Reihen, wie Bodo Ramelow, die antikommunistische Hetzkampagne gegen Löttsch unterstützt hätten.

Das Ringen um das Mammutprojekt, die Verabschiedung des Wahlprogramms, gestaltete sich zäh. Im Mittelpunkt standen die Armutsbekämpfung und andere sozialpolitische Themen.

„Machteroberung“?

Wenn es im Getriebe der Parteien kracht und knirscht, kommt regelmäßig der gute Rat, die Streitenden sollten sich besser ihren politischen Aufgaben – als Opposition, als Regierung, in emanzipativen Bewegungen – zuwenden. Leider ergeben sich die innerparteilichen Differenzen in sieben von acht Fällen aus Zweifeln des Publikums an der Bonität der Partei, die das schwindende Vertrauen nur zurückgewinnen kann, wenn sie ihre inneren Verhältnisse nach außen kehrt, normalerweise kein schöner Anblick. Was will die Öffentlichkeit von der Linken wissen, und warum will sie es jetzt wissen? Würde der Linke in Hamburg erstarkt in die Bürgerschaft einziehen, würde sie in Sachsen-Anhalt stärkste Partei und erreichte sie im prosperierenden Baden-Württemberg die fünf Prozent, so könnte das Publikum die Partei nicht mehr wie bisher vor allem als Korrektiv zur herrschenden Mehrheit sehen, die Linke wäre vielmehr als Träger von politischer Macht zu beurteilen.

Gesine Löttsch* hat in ihren Ausführungen die aus dem 19ten Jahrhundert hergekommene Rede von der „Eroberung der politischen Macht“ zustimmend aufgegriffen. In diesem Zusam-

menhang, dem der Macht, der „Befugnis zu zwingen (Kant)“, funktioniert „Kommunismus“ heute als Drohgebärde. Denn kommunistische Parteien haben unter Missachtung übergeordneter Menschenrechte staatliche Gewalt eingesetzt, um die einmal eroberte Macht festzuhalten. Diese Tatsache wird als geschichtliche Erinnerung in der öffentlichen Meinung aktiviert, sobald der Begriff „Kommunismus“ in öffentlicher Rede fällt, tauchen Fragen auf, und wenn er von einer erstarkenden politischen Kraft gebraucht wird, werden diese Fragen brennend.

Sie können vielleicht beantwortet werden, wenn unterschieden wird zwischen dem Geltungsbereich von Gesinnungen oder politischen Überzeugungen einerseits und den Regeln, die für die Wahrnehmung politischer Ämter gelten. Parteien bilden sich durch eigenmächtigen Zusammenschluss Gleichgesinnter. Das nennt man Vereinsfreiheit. Politische Macht wird durch Wahlen vergeben und zwar auf Zeit. Das nennt man parlamentarische Demokratie. Die Parteien stehen miteinander in einem Wettbewerb, der auf dem Wege freier und geheimer Wahlen ausgetragen wird. Die Parteien können sich über Zustimmung freuen und müssen Ablehnung hinnehmen. Die Rechtsordnung setzt dem Wettbewerb Rahmenbedingungen. Die „Eroberung der

politischen Macht“ beschreibt dagegen eine Operationsweise, die zum Einsatz von Zwang gegen Menschenrechte und Menschlichkeit bereit gewesen ist. In der Programmatik der Linken finden sich viele Bekenntnisse zur Demokratie und zu den Menschenrechten. Mit ihrer Rede hat Gesine Löttsch – sie sprach als Vorsitzende – die Partei in Zusammenhang mit der Traditionslinie „Eroberung der politischen Macht“ gebracht. In der Folge dessen wird eine Klärung der Beziehung der Partei zur rechtlichen Ordnung, zum durch Verfassungsgrundsätze geordneten Rechtsstaat unumgänglich.

Für das Bündel von Werturteilen und Überzeugungen unter dem Sammelnamen Kommunismus bleibt übrig, was zum Beispiel den Christen blieb, als das Bündnis von Kirche und Thron Geschichte wurde, was den Liberalen blieb, als die Zeit des Terrors der Tugend vorbei war. Auch unbewaffnet bleiben Überzeugungen im politischen Leben wirksam: als Basis von Kritiken und Quelle alternativer Ideen. So kann das mit dem Kommunismus auch gehen, wenn man sich von der Zwangsvorstellung „Eroberung der politischen Macht“ gänzlich löst.

Martin Fochler

* <http://www.jungewelt.de/2011/01-03/001.php>



Die Spitzenkandidatin Dora Heyenn

Die Linksjugend, aber auch andere Mitglieder, forderten eine unmissverständliche Absage an eine Regierungsbeteiligung. „Wir haben zu sehr mit den Grünen gekuschelt“, kritisierte eine Rednerin.

Schließlich wurden Aussagen zur antikapitalistischen Ausrichtung und

engeren Zusammenarbeit mit der Parteibasis und außerparlamentarischen Organisationen ins Wahlprogramm aufgenommen. Einig waren sich die Genossen, dass an der kompromisslosen friedenspolitischen „Hamburger Linie“ festgehalten werden soll. Zankapfel war aber wieder einmal der Imperialismusbegriff. Der Bundestagsabgeordnete Jan van Aken konnte sich mit seinem Antrag durchsetzen, ihn aus dem Programmwurf zu entfernen.

Gestern dann die mit großer Spannung erwartete Aufstellung der Landesliste. Die Plätze eins bis drei waren wie erwartet eine klare Angelegenheit. Die alten Hasen Dora Heyenn, Joachim Bischoff und Christiane Schneider wurden mit großer Mehrheit wieder an die Spitze gewählt. Schwerer hatte es Norbert Hackbusch, ebenfalls Bürgerschaftsmitglied. Er trat für Platz vier gegen seinen Fraktionskollegen Wolfgang Joithe an, konnte das Duell aber deutlich für sich entscheiden. Seine Kollegin Kersten Artus wurde auf Platz fünf gewählt.

Aus dem Wahlprogramm der Linken

Für einen Politikwechsel

Hamburg ist eine der reichsten Regionen in Europa. Zugleich ist die Stadt sozial tief gespalten. Viele Bürgerinnen und Bürger sind arm, nicht trotz, sondern wegen des Reichtums Weniger. Für teure Prestigeobjekte, seien es nun Airbus-Erweiterung, Hafencity oder Elbphilharmonie und für die HSH Nordbank wurde Steuergeld mit vollen Händen ausgegeben. Bei Leistungen für die Bürger, im öffentlichen Dienst, bei Sozialem, Arbeitsmarkt und Kultur wurde immer nur gekürzt.

Gegen diese Politik hat Die Linke in den letzten Jahren innerhalb und außerhalb der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen opponiert, Proteste unterstützt und zahlreiche Initiativen für soziale Gerechtigkeit gestartet: Für ein Sozialticket und Kultur für alle, für eine Schule für alle und gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Für sozialen Wohnungsbau, für eine Bürgerversicherung und eine hochwertige und bezahlbare Pflege. Für die Demokratisierung der Polizei, für Gleichberechtigung der MigrantInnen, gegen Abschiebungen. Für den Verbleib der Uni in Eimsbüttel, gegen die Ansiedlung von IKEA und Möbel Höffner. Für Offenheit und mehr Transparenz der Senats- und Verwaltungsentscheidungen, gegen Standortpolitik, gegen das HSH Nordbank- und Elbphilharmonie-Desaster, gegen den Abbau des öffentlichen Dienstes...

Nun ist der Senat vorzeitig zerbrochen. Jetzt besteht die Chance, dass die Hansestadt wieder ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger wahr-

nimmt. Die Linke tritt für ein solidarisch organisiertes Gemeinwesen und für eine sozial- und umweltverträgliche Stadtentwicklung ein.

Das erfordert allerdings eine Politik, in der nicht die Profite der Konzerne und die Förderung des Wirtschaftsstandortes, sondern die Menschen an erster Stelle stehen: Eine Politik, die Armut beseitigt und Arbeitsplätze schafft. Eine Politik, die die Wirtschaft demokratisiert und die Kosten der Krise nicht den Erwerbslosen und Beschäftigten, den RentnerInnen, der Jugend oder den MigrantInnen aufdrückt. Eine Politik, die wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreift, statt eine verlogene Werbeshow für die „Umwelthauptstadt“ abzuführen.

Die Linke findet sich mit den kapitalistischen Verhältnissen nicht ab, sondern will sie überwinden. Die Linke engagiert sich für grundlegende Reformen, die erste Schritte zu einer solidarischen Wirtschaft und Stadtentwicklung sind. Die Linke ist nicht der privaten Reichtumspflege verpflichtet, sondern der sozialen Gerechtigkeit. Das ist gut für diejenigen, die heute benachteiligt, ausgegrenzt und abhängig beschäftigt leben und arbeiten. Und es ist vernünftig – auch für diejenigen, denen es besser geht.

Wählen Sie Die Linke und vor allem: Wählen Sie, selbst aktiv zu werden! Darum erklärt Die Linke unmissverständlich vor der Wahl: Wir sehen uns nicht als Arzt am Krankenbett von SPD und Grünen, sondern stehen für einen Einstieg in einen Politikwechsel.

Für uns gilt: Original sozial – vor und nach der Wahl.

Am 27. März finden in Baden-Württemberg die Landtagswahlen statt. Im Vorfeld hat der Landesvorsitzende der SPD, Nils Schmid, Gespräche mit der Linken nach der Wahl an die Bedingung geknüpft, dass sich die Linke von ihrer SED-Vergangenheit distanzieren müsse. In einem Artikel in der Mitgliederzeitschrift „Landesinfo“ nimmt der Landesschatzmeister Christoph Cornides dazu Stellung.

Herr Schmid, die SPD, die Linke und die DDR und die SED

Das Magazin „Focus“ vom 1.1.2011 titelt: „Schriftliche Distanzierung von SED-Vergangenheit“. Weiter heißt es: „Der Landesvorsitzende der SPD in Baden-Württemberg, Nils Schmid, hat der Linkspartei für mögliche Sondierungsgespräche nach den Landtagswahlen Bedingungen gestellt. Die Linkspartei müsse sich von der SED-Vergangenheit distanzieren, sagte Schmid im Interview mit dem Nachrichtenmagazin ‚Focus‘. Eine solche schriftliche Erklärung gibt es nicht, und solange die Linke das nicht macht, ist sie für mich kein Ansprechpartner für Sondierungsgespräche.“

Eigentlich wäre ja zu erwarten, dass Herr Schmid beim derzeitigen Stand seiner Partei in der öffentlichen Wahrnehmung des Südwestens andere Sorgen hat. Aber das wird er selbst am besten wissen. Andererseits ist es immer zum Schaden der Sache, wenn man meint, ernsthafte Fragen unter rein wahltaktischen Gesichtspunkten behandeln zu müssen.

Wenn Herr Schmid sich ernsthaft mit der Auseinandersetzung in der Linken und durch die Linke um DDR und SED beschäftigen würde, dann dürfte ihm eines nicht entgangen sein: Kritik und Aufarbeitung der Geschichte von SED und DDR sind ein konstituierendes Element der Linken. Anders wäre die Einigung einer Partei aus so unterschiedlichen Bildungs- und Entwicklungsrichtungen wie die der Linken überhaupt nicht möglich gewesen.

Gerade weil die Linke keine Parteienneugründung ist, sondern eine Vereinigung von ehemaliger PDS und ehemaliger WASG, waren Kritik der und Abgrenzung von SED und DDR sowohl in der ehemaligen PDS als auch durch die Linke zwingend. Das ist geschehen und geschieht fortlaufend. Wir verweisen Herrn Schmid an dieser Stelle nur beispielhaft auf die Eckpunkte zum Programm der Linken und den neuen Programmwurf.

Nach der Niederlage des Hitlerfaschismus und dem Auseinanderfallen der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition wurde auf dem Gebiet der späteren

DDR der Versuch unternommen, eine Gesellschaft und eine Staatsorganisation zu errichten, deren Entwicklung nicht vom großen Kapital bestimmt ist.

Die Sache hatte einen grundlegenden Konstruktionsfehler. Statt die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie, entstanden aus der Auseinandersetzung mit dem Feudalismus wie Gewaltenteilung, individuelle Freiheitsrechte, Pressefreiheit weiterzuentwickeln und auf das Gebiet sozialer Rechte und Freiheiten auszuweiten, wurden Zentralismus und Zentralkontrolle auf wirtschaftlichem wie politischen Gebiet vorherrschend und schließlich bestimmend. Die DDR lieferte schließlich den Beweis, dass Zentralismus, Obrigkeits- und Überwachungsstaat nicht nur undemokratisch und Instrumente für Unrecht sind, sondern dass sie auch an den Anforderungen einer modernen Gesellschaft einfach scheitern. Die Vorstellung, eine Gruppe von Menschen – eine Partei, ein Zentralkomitee, eine Regierung – wüssten aus tieferer Einsicht in die Geschichte und den Gang der Dinge, was für alle gut und richtig sei, und könnten dies dann unmittelbar in Staatshandlungen umsetzen, ist ab-

zulehnen. Diese Idee ist nicht zuletzt in der DDR historisch gescheitert.

Für Die Linke ist klar, es kann keine sozial gerechte und keine sozialistische Gesellschaft ohne Demokratie und persönliche Freiheitsrechte geben, aber klar ist auch, ohne soziale Gerechtigkeit werden Demokratie und Bürgerrechte ausgehöhlt und Ungleichheit und Ungerechtigkeit bestimmen das gesellschaftliche Leben trotz formeller Gleichheit.

Das alles wären Fragen für lohnende politische Diskussion mit Gewinn für alle Beteiligten, sicher auch für die SPD und Herrn Schmid.

Die Parteien im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg müssen an Ihrer Politik und auch an Ihren Programmen zu den Landtagswahlen 2011 gemessen werden.

Kampf für mehr Demokratie und Bürgerrechte, gleiche Rechte und Lebensmöglichkeiten für alle, mehr Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen und für mehr direkte Demokratie, für Presse- und Versammlungsfreiheit und auch gegen Landesspitzenpolitik – dass sind zentralen Themen des Landtagswahlkampfes 2011 und des Land-

tagswahlprogrammes der Linken.

Deshalb ist das Landtagswahlprogramm der Linken auch und zwangsläufig eine Absage an jede Art von staatlicher Bevormundung, von Zentralismus, Spitzel- und Obrigkeitsstaat. Auch das hätte Herrn Schmid bei ernsthafter Befassung mit der Sache auffallen können.

Sowieso kann ein Blick in die Landtagswahlprogramme nie schaden. „Focus“ berichtet über das Interview mit Schmid auch noch: „Zudem sei ‚finanzpolitischer Realismus‘ notwendig. Die Linkspartei müsse endlich verstehen, dass eins plus eins zwei gibt und nicht vier oder fünf.“ So, so. Ein einfacher Vergleich der Positionen von SPD und der Linken in Sachen „finanzpolitischer Realismus“ zeigt: Die Linke hat Finanzierungsvorschläge für die notwendigen sozialen Reformen, die SPD unserer Kenntnis nach keine.

Wenn es im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg also Abgrenzungsbedarf gibt, dann ist es der von SPD, Grünen und der Linken gegenüber einer seit 57 Jahren herrschenden CDU-Politik. Hier hat vor allem die SPD erheblichen Nachholbedarf.

Christoph Cornides

„Wir lehnen jede Form von Diktatur ab“

Auszug aus den „Programmatischen Eckpunkten“, verabschiedet beim Gründungsparteitag der Linken im Jahr 2007 und derzeit gültiges Grundsatzprogramm

Unsere Partei erhebt einen politischen Richtungswechsel zu ihrem strategischen Ziel. Dazu brauchen wir die kritische und solidarische Auseinandersetzung mit der Geschichte linker Praxis in der DDR und der BRD. Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Wir treten ein für die Ziele der Frauenbewegung, der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der globalisierungskritischen Initiativen, der Sozialforen und Bewegungen gegen staatliche Repression, für die Durchsetzung der Grund- und Freiheitsrechte. Wir knüpfen an das Engagement all jener an, die sich an der Niederschlagung der verbrecherischen faschistischen Diktatur beteiligten und sich für die Beseitigung der Ursachen des Faschismus eingesetzt haben und einsetzen.

Unsere Anerkennung gilt den Bemühungen um eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie Versuchen einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse.

Die Linke setzt sich mit der Geschichte der DDR und der BRD sowie mit der Geschichte der linken Kräfte in der alten Bundesrepublik auseinander und zieht aus den historischen Entwicklungen und Erfahrungen Schlussfolgerungen für ihre Programmatik und Strategie in den Auseinandersetzungen der Gegenwart und Zukunft. Dabei wendet sie sich gegen Pauschalisierungen, antikommunistische Vorurteile und einseitige Beurteilungen und bemüht sich um differenzierte und ausgewogene Einschätzungen.

Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.

Zur Herkunft der Linken

Zitate aus dem Programmentwurf der Partei Die Linke, vorgestellt von Lothar Bisky und Oskar Lafontaine

Die Linke knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung und aus anderen emanzipatorischen Bewegungen an. Wir bündeln politische Erfahrungen aus der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.

Die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts erstrebten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegen religiöse Dogmen und Privilegien des Adels. Humanismus und Aufklärung, Menschenrechte und Demokratie waren bestimmend für die Arbeiterbewegung und die Frauenbewegung. Sie forderten die Verwirklichung von Recht und Freiheit für alle Menschen. Doch erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals verwirklicht die sozialistische Perspektive der Freiheit und Gleichheit für alle Menschen. Dies haben insbesondere die sozialistischen Theoretiker Marx und Engels gezeigt. (...)

(...) Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes demokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert wird, muss früher oder später scheitern. Ohne Demokratie kein Sozialismus. Deshalb gehörte zum Gründungskonsens der PDS – einer der Vorläuferparteien der Linken – der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus. (...)

(...) Im Jahr 2007 haben sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei Die Linke vereinigt. Wir laden alle Menschen ein, die eine andere Politik und eine bessere Welt wollen, die für Freiheit und Gleichheit eintreten, für Emanzipation und soziale Gerechtigkeit, für internationale Solidarität, Frieden und Ökologie.

Es gibt Alternativen zur herrschenden Politik und zum kapitalistischen System, zu seinen Krisen und Ungerechtigkeiten: eine Gesellschaft im Einklang mit der Natur, die sich auf Freiheit und Gleichheit gründet, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen sie gemeinsam erkämpfen.

Merkels Chaostruppe gefährdet den Euro

Wer in diesen Tagen die Presse studiert, kann den Eindruck bekommen, die Krise des Euro werde zu einer unendlichen Geschichte. Kein Tag vergeht, dass nicht irgendein „Experte“ bedeutungsschwer das drohende Ende des Euro oder die Insolvenz eines Euro-Mitgliedsstaates sorgenvoll ankündigt. Jede neue Anleihe von Staaten wie Irland, Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, Belgien (wer bietet mehr?) wird zum Kraftakt mit hohem Risiko und ungewissen Ausgang.

Das Publikum reagiert nervös. In Umfragen rangiert inzwischen die Sorge um die Zukunft des Euro ganz oben. Diese Sorge ist berechtigt. Denn Kanzlerin Merkel und ihre Chaostruppe wehren alle Forderungen nach einer europäischen, solidarischen Antwort auf die Folgen der Weltwirtschaftskrise und die dadurch entstandene klamme Haushaltslage vieler EU-Staaten mit immer gleichen Floskeln ab. Im Kern verfolgt das Kabinett Merkel damit weiter eine nationalistische „Jeder rette sich selbst“-Politik.

Nationalistisches gegen Eurobonds

Beispielhaft zu erleben war das in den vergangenen Monaten bei der Debatte um den Einsatz von „Eurobonds“ (zu Geschichte und Hintergründen dieses Vorschlags findet sich eine gute Übersicht bei „Wikipedia.de“ unter dem Stichwort „EU-Anleihe“). Vorgebracht vom luxemburgischen konservativen Regierungschef Juncker, aber auch anderen Politikern und Verbänden, geht es bei diesem Vorschlag darum, das Risiko der Finanzierung der Staatsschuld für durch die Wirtschaftskrise geschwächte Staaten der EU wie Irland, Portugal, Spanien usw. „auf mehrere Schultern“ zu verteilen. Statt dass jeder Staat einzeln seine Staatsanleihen verkauft, sollen in Zukunft mindestens in begrenztem Ausmaß auch gemeinsame Anleihen mehrerer EU-Staaten aufgelegt werden können. Staaten wie Irland, Portugal oder Griechenland würden dadurch entlastet, weil ihre Zinskosten sinken. Reiche Staaten, die sich an solchen Anleihen beteiligen, hätten zwar höhere Zinsen zu zahlen. In der Summe aber könnte sich dieser Vorschlag für alle beteiligten Staaten rechnen. Eine Idee also also, über die sich reden ließe, zum Beispiel über Fragen wie: Wie viele Eurobonds sollen aufgelegt werden? Wer macht mit? Wer nicht? Wie verteilen wir Kosten und Nutzen?

Was aber machten Merkel und ihr Kabinett? Sie starteten eine wilde Pressekampagne gegen Eurobonds. Die FAZ, für solche nationalistischen

Kampagnen immer zu haben, erhielt wenige Tage vor der EU-Beratung über den Vorschlag von Juncker eine ominöse „Beispielrechnung“ aus dem Regierungsapparat zugespielt, dass „Deutschland“ ein solcher Vorschlag womöglich zweistellige Milliardenbeträge pro Jahr kosten könne. Was rechnerisch stimmt, wenn alle deutschen Staatsschulden künftig als „Eurobonds“ aufgelegt würden. Nur: niemand hatte einen so absurden Vorschlag gemacht! Das Ziel Merkels, Schäubles und ihrer Beamten aber wurde erreicht: Die Debatte um Eurobonds wurde niedergetreten.

Merkel und Finanzminister Schäuble erhielten dafür den Beifall der Londoner City. Die „Financial Times“ rief Schäuble sogar zum „Finanzminister des Jahres“ aus. Der Grund für die Begeisterung der Londoner City liegt auf der Hand: diese Kreditgeber wollen auch in Zukunft von Staaten wie Irland, Portugal & Co. hohe Zinsen kassieren, höher, als sie bei Eurobonds jemals erzielen könnten.

Vom EU-Rettungsschirm ...

Noch im Mai letzten Jahres hatten sich Merkel und ihr Kabinett nach langem Druck fast aller EU-Regierungen, des IWF und der EU-Kommission bereit gefunden, der griechischen Regierung mit Notpaketen zu helfen und einen europäischen Rettungsschirm in Höhe von 750 Milliarden Euro zu errichten. Das am 19. Mai im Bundestag verabschiedete Paket (Drucksache 17/1685) ermächtigte

- die EU und die EZB, zur Abwehr einer drohenden Zahlungsunfähigkeit einzelnen EU-Staaten mit bis zu 60 Milliarden Euro Krediten zu helfen (im Grunde auch eine Form von „Eurobonds“);
- die Bundesregierung erhielt Vollmacht, gemeinsam mit den anderen EU-Staaten eine Zweckgesellschaft zu gründen, die mit am Kapitalmarkt aufgenommenen Mitteln weitere 440 Milliarden Euro (also noch mal Eurobonds, s.o.) zur Verfügung stellen soll, um im Notfall durch Finanzspekulationen angegriffene, schwache EU-Staaten zu unterstützen.

Zusätzlich sagte der IWF zu, diese Kredite bei Bedarf um weitere 250 Milliarden Euro aus seinen Mitteln zu ergänzen.

Damit war eigentlich alles entschieden. Die EU-Kommission konnte handeln, wenn eine neue Krise auftreten würde, die EZB, die angefangen hatte, Schuldpapiere schwacher EU-Staaten aufzukaufen, um diesen zu helfen – die US-Zentralbank praktiziert das glei-

che mit US-Staatsanleihen seit Jahrzehnten – konnte diese Praxis fortsetzen, und die Staaten der EU hätten sich daran machen können, die beschlossene und vom Bundestag gebilligte Zweckgesellschaft zu errichten und deren Geld an den Finanzmärkten aufzunehmen.

Trotzdem begannen Merkel, Schäuble, Bundesbank-Chef Weber und andere, diese eben mit allen anderen EU-Staaten, dem IWF und der EU-Kommission beschlossene Lösung alsbald wieder zu zerpfücken.

Während Bundesbank-Chef Weber seine angeblich „stabilitätspolitischen Bedenken“ gegen den Aufkauf von Staatsschuldpapieren durch die EZB vorbrachte (dazu unten), wiederholte Finanzminister Schäuble schon auf der Sitzung des Bundestags am 19. Mai, als der EU-Rettungsschirm beschlossen wurde, seine Idee eines „europäischen Währungsfonds“ (EWF) und seine Forderung nach einer „Staateninsolvenz“. Um den schrillen Chor aus Merkels Koalition voll zu machen, wettete gleichzeitig der europapolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Michael Linke, die EU sei keine „Vollkaskoversicherung“, der soeben beschlossene EU-Garantiefonds könnte einen „Kollaps“ bewirken usw.

Insolvenzmuster „Pariser Club“

Eine Insolvenz von Staaten, wie sie Schäuble immer wieder in die Debatte bringt, ist nichts Neues. Es gibt dafür Einrichtungen. Der sogenannte „Pariser Club“ hat schon in der Vergangenheit asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Staaten, die ihre Auslandsschulden bei westlichen Banken nicht bedienen konnten, in langen Verhandlungen „umgeschuldet“, d.h. zeitweise Zahlungsaussetzungen, sogenannte „Moratorien“, vereinbart, Teile der Schulden erlassen und neue Zinsen und Rückzahlungsregeln für die verbliebenen Schulden dieser Staaten vereinbart. Der Pariser Club ist eine informelle Einrichtung von Staaten, IWF, privaten Banken usw. Feste Regeln, Satzungen kennt er nicht. Seine Akteure verhandeln weitgehend im Verborgenen, was manchmal Lösungen erleichtert, aber zugleich das Risiko vielfältiger Erpressungen enthält. Beispiel für letzteres: Eine Einigung im Pariser Club ist erst dann erreicht, wenn auch die letzte private Gläubigerbank zustimmt.

Diese komplexe Institution zum Richter über einzelne, Schwierigkeiten geratene Euro-Staaten zu machen, hatten alle EU-Staaten gerade wegen dieser Erfahrungen der Vergangenheit

abgelehnt. Das Risiko eines Zerbrechens der Euro-Zone wäre, so die allgemeine Vermutung, durch ein solches Verfahren in unkalkulierbare Höhen gestiegen.

Trotzdem schwadroniert Schäuble weiter von der Nützlichkeit einer „Staateninsolvenz“, davon, dass in einem solchen Fall die Forderungen privater Gläubiger nachrangig behandelt werden müssten usw., ohne dass ihn Merkel zur Ordnung rief. Die Geldgeber von Staaten wie Irland, Portugal, Spanien rieben sich über diesen Finanzminister die Hände und erhöhten mit Verweis auf die durch Schäubles Gerede angeblich steigenden „Risiken“ die Zinsforderungen an diese Staaten weiter (siehe Schaubild).



... zum EU-Gipfel im Dezember 2010

Im Dezember hatte die Krise des Euro angesichts des nationalistischen und dilettantischen Agierens auch der Bundesregierung solche Ausmaße angenommen, dass erneute Entscheidungen unverzichtbar waren. Am 16./17. Dezember traten die EU-Regierungschefs zusammen, um über den Scherbenhaufen zu beraten.

Das Ergebnis war ein kurzer Beschluss zur Änderung der EU-Verträge. Er hat folgenden Wortlaut:

„Artikel 1: In Artikel 136 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.“

Artikel 2: Die Mitgliedstaaten teilen dem Generalsekretär des Rates unverzüglich den Abschluss des Verfahrens mit, die nach ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften für die Zustimmung zu diesem Beschluss erforderlich sind.

Dieser Beschluss tritt am 1. Januar 2013 in Kraft, sofern alle Mitteilungen gemäß Absatz 1 eingegangen sind, oder anderenfalls am ersten Tag des Monats, der auf den Monat folgt, in dem die letzte Mitteilung gemäß Absatz 1 eingegangen ist.“

Merkel und ihr Kabinett feierten diesen Beschluss als Erfolg deutscher Politik. Damit werde „Rechtssicherheit“ für künftige Kredithilfen an schwache EU-Mitgliedstaaten geschaffen, ist

ihr Argument. Tatsächlich passt da besser: „Der Berg kreihte und gebär eine Maus“. Denn die neue Regelung tritt frühestens Anfang 2013 in Kraft, eventuell sogar viel später. Bis dahin müssen – und können, wie zu erleben war – die EU, die EZB und andere EU-Einrichtungen der EU sich weiter mit den bestehenden EU-Verträgen helfen, wenn ein Mitgliedstaat in eine Kreditklemme kommt.

Der Krach geht weiter

Tatsächlich währte die angeblich durch Merkels Vorstoß gewünschte „Beruhigung der Märkte“ nur wenige Tage. Denn in Wirklichkeit ist weiter alles offen. Jeder einzelne EU-Staat muss sich weiter individuell mit Krediten eindecken und sucht dabei weltweit Hilfe, etwa bei chinesischen Banken oder, wie jetzt im Fall Portugals, bei „unbekannten Geldgebern“ (Spiegel, 8.1.2011). Das Bundesfinanzministerium brütet weiter über die Errichtung eines „Europäischen Währungsfonds“ ab 2013. Der „Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus“ (EFSM), d.h. der im Mai 2010 beschlossene EU-Rettungsschirm, legt erste Anleihen auf – das Reizwort „Eurobonds“ taucht dabei aber nicht auf.

Und die EZB kauft weiter Schuldscheine bedrängter Staaten, damit deren Zinslasten nicht weiter steigt. Laut „Wiener Zeitung“ hat die EZB seit Mai 2010 für 74 Milliarden Euro Staatsschuldenscheine bedrängter EU-Staaten erworben. Die CSU hat das in Wildbad-Kreuth kritisiert. „Herr Trichet hat unsere Bedenken nicht ausräumen können“, wird CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt in „Spiegel Online“ zitiert. Welcher Art diese Bedenken sind, machte zeitgleich ein Sprecher der Allianz Lebensversicherung deutlich. „Der Ankauf von EU-Staatsanleihen im großen Stil war der Sündenfall“, sagte der Chef der Allianz Leben, Maximilian Zimmerer, dem „Spiegel“. Diese Strategie müsse „so bald wie möglich gestoppt werden.“ Als Grund nennt der „Spiegel“: „Die Lebensversicherer leiden unter dem aktuell schwachen Zinsumfeld besonders. Die Branche hat fast 90 Prozent der Kundengelder in festverzinsliche Wertpapiere investiert.“ (a.a.O.) Mit anderen Worten: Die Allianz und andere Lebensversicherer wollen ein europaweites Ansteigen der Zinsen auf Staatsschuld, um ihre Zinserträge zu erhöhen und so neue Kunden anzulocken. Deshalb und nicht aus Sorge um „Stabilität“ ist ihnen die EZB im Weg.

rül

Quellen: Berliner Zeitung, 11.1.11; Spiegel Online, 8.1.11.; Reuters, 23.12.10; Schäuble-Interviews unter www.bundesregierung.de; Wiener Zeitung, 11.1.2011; Frankfurter Rundschau, 10.1.2011; Dokumente zur Euro-Krisenendebatte finden sich auch bei www.euractiv.de

Kolumbien: Gewerkschafterin Rosalba Gaviria Toro inhaftiert

Am 9. März 2009 wurde Rosalba Gaviria Toro, Mitglied der Fensuargo, der Gewerkschaft der kolumbianischen Landarbeiter, verhaftet und wegen „Rebellion“ angeklagt. Seit diesem Tag ist sie im Villa Cristina Gefängnis in der Stadt Armenia inhaftiert, ohne jedoch eines Verbrechens überführt zu sein. Rosalba ist aktive Gewerkschafterin und Menschenrechtsaktivistin seit Jahren. Die kolumbianischen Behörden jedoch bezeichnen sie als „Terroristin“, und gefährden damit ihr Recht auf einen fairen Prozess. Es gibt keine rechtliche Handhabe gegen Rosalba und alles sieht danach aus, dass sie, wie viele andere politische Gefangene in Kolumbien inhaftiert wurde, um sie zum Schweigen zu bringen und sie daran zu hindern, auf völlig legale Weise die Rechte der Gewerkschaften und die Menschenrechte in ihrem Land zu verteidigen.

Quelle: <http://www.labourstart.org>, November 2010

Bangladesh: Gewerkschaftsführerin Mushrefa Mishu verhaftet

Die Polizei in Bangladesh ist in den vergangenen Tagen gewaltsam gegen Proteste von Textilarbeiterinnen vorgegangen, die die Umsetzung des erhöhten Mindestlohns fordern. Dabei wurden drei Menschen getötet und Hunderte verletzt. Die Gewerkschaftsführerin Mushrefa Mishu wurde von zivilen Polizisten von zu Hause abgeführt, obwohl kein Haftbefehl gegen sie vorlag. Während die Polizei die Festnahme der Präsidentin der Textilarbeiterinnengewerkschaft GWUF zuerst abgestritten hat, liegt jetzt eine konstruierte Anklage vor. Gegen Mushrefa Mishu, Präsidentin der Textilarbeiterinnengewerkschaft GWUF (Garment Workers' Unity Forum), wurden bereits im letzten Jahr zahlreiche missbräuchliche Klagen eingereicht. Im Juli 2010 musste sie zeitweise untertauchen, als sie während der Arbeiterinnenproteste von Polizei und Geheimdienst gesucht wurde und Morddrohungen erhielt. Bereits zu früheren Zeitpunkten sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Mitglieder von Arbeitsrechtsorganisationen, die sich für würdige Arbeitsbedingungen und einen Existenz sichernden Lohn eingesetzt haben, verfolgt und verhaftet worden und haben nach ihrer Freilassung von Misshandlungen und Einschüchterungen berichtet.

Mit ihren Protesten haben die TextilarbeiterInnen ihre legitimen Rechte wahrgenommen, welche auch in den Core Labour Standards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, insbesondere in den Konventionen 87 und

98, festgehalten sind. Diese sind auch von Bangladesh ratifiziert worden. Es geht nicht an, dass diejenigen, die ihre Rechte einfordern und verlangen, dass der vereinbarte Mindestlohn ausbezahlt wird, eingeschüchtert und kriminalisiert werden.

Quelle: Labournet Germany, 15.12.2010

28 Tote bei Brand in einer Bekleidungsfabrik in Bangladesch

Die Clean Clothes (deutsch: saubere Kleidung) Kampagne (CCK) erhebt schwere Vorwürfe gegenüber der Regierung und Unternehmen, Sicherheitsvorkehrungen seien unzureichend gewesen. Mindestens 28 ArbeiterInnen kamen bei einem Brand am 14. Dezember in der Bekleidungsfabrik That's It Sportswear Ltd nahe der Hauptstadt Dhaka ums Leben. Dutzende wurden verletzt. Das Feuer war im 9. und 10. Stockwerk der Fabrik ausgebrochen. Daraufhin stürzten sich einige ArbeiterInnen in Panik vom Dach, andere erstickten in den Flammen. Ersten Augenzeugenberichten zufolge seien zwei von sechs Notausgängen versperrt gewesen, was in der Fabrik üblich war. In der Fabrik wurde Bekleidung für internationale Markenunternehmen wie Gap und Wrangler hergestellt. Sie gehört zur Ha-Meem-Gruppe, einem der größten Zulieferer in Bangladesch. In der Vergangenheit deckten die Clean Clothes Kampagne (CCK) und andere NGOs bei Recherchen immer wieder Arbeitsrechtsverletzungen auf, wie zum Beispiel das Unterbinden gewerkschaftlicher Organisation in deren Fabriken. Laut Website der Ha-Meem-Gruppe produziert diese u.a. für H&M und Zara (Inditex). In der Bekleidungsindustrie in Bangladesch kommt es immer wieder zu derartigen Bränden mit tödlichem Ausgang. Zuletzt waren im Februar 21 ArbeiterInnen bei einem Fabrikbrand ums Leben gekommen. Dennoch sind die Sicherheitsvorkehrungen in den Fabriken mangelhaft.

Die CCK und andere NGOs machen seit langem auf diese Missstände aufmerksam. „Die Markenfirmen und die Regierung müssen sich endlich darum kümmern, dass die Fabriken die Sicherheitsstandards erhöhen und nicht noch mehr Arbeiter und Arbeiterinnen darin sterben müssen“, fordert Michaela Königshofer, Leiterin der österreichischen Clean Clothes Kampagne. „Besonders wichtig ist, dass die Warnungen derjenigen ernst genommen werden, die in den Fabriken arbeiten. Dazu müssen sie sich auch organisieren und beschweren dürfen.“ Nun sei es wichtig, dass die Unternehmen, für die die Ha-Meem-Gruppe produziert, Verantwortung übernehmen und Entschädigungszahlungen für die Hinterbliebenen und Verletzten leisten.

Quelle: <http://www.cleanclothes.at>

Russland: Offensive der Zeitarbeitsunternehmen

Zwei Mitglieder der russischen Duma (Parlament), einer von ihnen der Vorsitzende der Berg- und Metallarbeitergewerkschaft, haben einen Gesetzesentwurf eingebracht, der Zeitarbeitsunternehmen im Land effektiv verbieten würde. Der Gesetzesentwurf würde die Verwendung von direkten Arbeitsverträgen in allen Fällen vorschreiben, in denen ein direktes Arbeitsverhältnis vorliegt, indem die Schaffung eines „dreiseitigen“ Verhältnisses durch Einschaltung einer Agentur zwischen den Beschäftigten und dem tatsächlichen Arbeitgeber verboten würde.

Dies hat heftige Reaktionen der globalen Vereinigung der Zeitarbeitsunternehmen Ciett, hervorgerufen, die bei den russischen Parlamentariern Lobbying im Namen der „Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen“ betreibt.

Zeitarbeit befindet sich in Russland derzeit in einer Grauzone – es gibt weder eine gesetzliche Grundlage dafür, noch ist sie ausdrücklich illegal. Dieser unsichere Status hat die Expansion der Unternehmen gebremst, die auf Ausweitung des lukrativen Marktes für Wegwerfjobs erpicht sind.

Die russischen Arbeitnehmer/innen können dankbar dafür sein, dass in Russland derzeit Schätzungen zufolge höchstens 100 000 Arbeitsplätze mit Arbeitskräften besetzt sind, die von Zeitarbeitsunternehmen vermittelt worden sind, obgleich natürlich andere Formen von prekärer Arbeit vorhanden sind. Für die Branche steht mehr auf dem Spiel als der riesige russische Markt – die gesetzliche Grauzone besteht in der gesamten ehemaligen Sowjetunion.

Quelle: <http://cms.iuf.org>

Kein Lohndumping in der Schweiz und in der EU!

Die Gewerkschaften in der Schweiz haben die europäische Integration und die Personenfreizügigkeit immer unter einer Bedingung unterstützt: Es braucht gleichzeitig wirksame Schutzmassnahmen gegen Lohndumping. In der Europäischen Union entwickeln mehrere Gremien derzeit eine Politik, welche den Interessen der Arbeitnehmenden entgegenlaufen und die bewährten Schutzmassnahmen gegen Lohndumping in Frage stellen.

Unser erster Kritikpunkt: In den vergangenen zwei Jahren haben die EU-Staaten mit Unterstützungen im Umfang von Hunderten von Milliarden Euro die Banken gerettet und sich dabei zusätzlich verschuldet. Jetzt sollen die Arbeitnehmenden mit Lohnverzicht und brutalem Sozialabbau die Kosten der Krise bezahlen. Genau dazu drohen

die verschärften Sparmassnahmen zu führen, welche in der EU derzeit diskutiert werden. Dagegen wehren sich heute in ganz Europa die Gewerkschaften. Von Belfast bis Athen, von Lissabon bis nach Riga finden heute überall Protestaktionen statt. Gemeinsam fordern die europäischen Gewerkschaften, dass die Finanzwirtschaft endlich mit einer griffigen Finanztransaktionssteuer zur Begleichung der Kosten der vergangenen Krise beitragen muss.

Unser zweiter Kritikpunkt: Die EU-Gerichte stellen das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ zunehmend in Frage. Die Folge: In Deutschland würden polnische Löhne gezahlt, in der Schweiz deutsche Löhne. Es braucht von den politischen Behörden in Europa ein klares Bekenntnis zum Grundprinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Sonst wendet sich die Personenfreizügigkeit gegen die Lohnabhängigen.

Und unser dritter Kritikpunkt: Die EU und EU-Mitgliedstaaten greifen vermehrt die Schweiz an, weil sie mit verbindlichen flankierenden Maßnahmen auch ausländische Unternehmen dazu anhält, die Schweizer Löhne zu respektieren. Die Schutzmassnahmen gegen Lohndumping sind aber für die Schweiz unverzichtbar. Es braucht vielmehr einen gezielten Ausbau der flankierenden Maßnahmen statt einen Abbau.

In vielen Gewerbeberufen zum Beispiel drohen heute die in der Schweiz geltenden Gesetze unterlaufen zu werden, weil ausländische Handwerksbetriebe sich den Sanktionen entziehen. Aus diesem Grund verlangen die Gewerkschaften und die Arbeitgeber gemeinsam die Hinterlegung einer Kautions – und dies sowohl von Schweizer Firmen wie auch von ausländischen Betrieben. Wer gesetzliche Arbeitsbedingungen unterläuft, kann so rasch bestraft werden. Diese Kautions werden nun von verschiedenen EU-Staaten in Frage gestellt. Wir erwarten von der Schweiz, dass sie das bestehende System der flankierenden Maßnahmen verteidigt, und von den EU-Staaten, dass sie die Schutzmassnahmen gegen Lohndumping in der Schweiz respektieren.

Gemeinsam mit unseren europäischen Kolleginnen und Kollegen fordern wir, dass überall in Europa der Schutz vor Lohndumping ausgebaut wird. Es darf nicht sein, dass die Arbeitnehmenden nun die Kosten für Krise bezahlen, während in den Chefetagen schon wieder munter abgezockt wird. Darum fordern wir: Kein Lohndumping in der Schweiz und in der EU!

Quelle: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, <http://www.sgb.ch>, 15.12.2010

Blockade des Naziaufmarsches in Dresden Februar 2011

DRESDEN. Mit der Veröffentlichung des Aufrufes zur erneuten Blockade des geplanten Naziaufmarschs 2011 in Dresden startet das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer!“ Mitte Dezember offiziell in die Mobilisierungsphase. Bisher haben diesen 100 Personen und Organisationen unterzeichnet, darunter Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke), sowie der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske und der Musiker Bela B., Musiker und Schlagzeuger der Band Die Ärzte. Im Aufruf heißt es dazu: „Seit Jahren versuchen die Nazis die Bombardierung Dresdens für ihre

Zwecke zu instrumentalisieren und an bestehende Mythen und die Gedenkkultur anzuknüpfen.“ Nachdem im Februar 2010 über 12 000 Menschen dem Aufruf des Bündnisses aus antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen, Gewerkschaften, Parteien, sowie Jugend- und Studierendenverbänden folgten und erfolgreich den geplanten Naziaufmarsch verhinderten, ist „Dresden Nazifrei“ auch dieses Mal entschlossen, sich dem Aufmarsch entgegenzustellen: „Wir werden nicht akzeptieren, dass die Nazis die Geschichte verdrehen und die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus verhöhn.“

Auf der neu gestalteten Website www.dresden-nazifrei.com können alle Menschen und Gruppen, die die Kampagne unterstützen wollen, den Aufruf unterschreiben.



Daimler – Star of Apartheid

STUTTGART. Anlässlich des südafrikanischen Tages der Versöhnung am 16. Dezember überreichten Menschenrechtsaktivisten, die sich in der Kampagne „Daimler – Star of Apartheid“ zusammengeschlossen haben, mehrere tausend Protestunterschriften an Daimler. Die Kampagne sammelte während der Fußballweltmeisterschaft Unterschriften, um Daimler zu einer angemessenen Entschädigung für die Überlebenden des Apartheidregimes zu bewegen. Die Daimler AG machte profitable Geschäfte mit dem Regime. Dem Unternehmen wird in einem laufenden Gerichtsverfahren vor-

Toren des Stuttgarter Werkes in der Mercedesstraße 137 stellvertretend an einen Daimler-Betriebsrat übergeben, da die Konzernzentrale sich weigert, diese persönlich entgegen zu nehmen. Georg Rapp, Betriebsrat im Daimler-Werk Untertürkheim, sagt dazu: „Diese Haltung des Daimler-Vorstands ist nicht akzeptabel. Die Bilder der militärisch aufgerüsteten Daimler-Unimogs, die in den Townships sogar gegen demonstrierende Schüler eingesetzt wurden, sind nicht vergessen. Der Konzern muss sich seiner Verantwortung für diese Unterstützung des Apartheidregimes stellen!“

www.medico.de

IPPNW: Waffenstillstand in Afghanistan

BERLIN. Angesichts der steigenden Opferzahlen ausländischer Militärs in Afghanistan erinnert die IPPNW daran, dass die viel höhere Zahl ziviler Opfer weitgehend im Dunkeln verbleibt. „Statt unterschiedliche Terminsetzungen von Teilabzügen der internationalen Truppen zu debattieren, verlangt die IPPNW den sofortigen Waffenstillstand“, erklärt Dr. med. Angelika Claußen, Vorsitzende der IPPNW am 28.12.2010 in Berlin. „Sicherlich wird die Fortsetzung des Krieges in Afghanistan durch die Tatsache erleichtert, dass seine Toten oder die auf Dauer Versehrten im Dunkeln verbleiben“, fügt Dr. Claußen hinzu. „Während über die Verluste ausländischer Truppen genau Buch geführt wird, werden die Opfer der afghanischen Bevölkerung nur geschätzt.“ Für einen bewusst niedrig gehaltenen Schätzwert verweist Dr. Claußen auf die Webseite www.unknownnews.net. Selbst dann wird von mindestens 8 813 getöteten und 15 863 schwer verletzten afghanischen Zivilisten gesprochen. Absolut werden seit 2001 19 629 Tote und 48 644 Verletzte angegeben. Die Opferzahlen werden

steigen: Die „United Nations Assistance Mission in Afghanistan“ stellte bereits in ihrem Halbjahresbericht vom August 2010 fest, dass „die humanitären Kosten des bewaffneten Konfliktes in Afghanistan 2010 eskalieren. In den ersten sechs Monaten des Jahres wuchs die Zahl ziviler Opfer – inklusive Tote und Verletzte – um 31% gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr an“. Nur Vermutungen gibt es über die psychischen Folgeschäden unter der Zivilbevölkerung aufgrund von 30 Jahren Krieg. Am „World Mental Health Day“ (10. Okt.) erklärte die afghanische Gesundheitsministerin Dr. Suraya Dalil, dass 60% der afghanischen Bevölkerung unter verstärkten Stresssymptomen und psychischen Problemen leiden würden. Neben der Kriegslage würde dies durch Armut, politische Instabilität und medizinische Unterversorgung gefördert. Bedenklich dabei ist, dass die Ministerin die Zahl einer Untersuchung der WHO aus dem Jahre 2004 nutzte, ein aktuellerer Stand ist offenbar nicht verfügbar.

Auf den Patienten genau bekannt ist dagegen, dass die Zahl der in Behandlung befindlichen Bundeswehrsoldaten mit posttraumatischen Belastungsstörungen einen neuen Höchststand erreicht hat. Laut Bundesverteidigungsministerium wurden in den ersten elf Monaten des Jahres 655 Soldaten wegen PTBS behandelt, davon 501 nach ihrem Afghanistan-Einsatz. Im Jahr 2009 waren es insgesamt noch 466 Patienten gewesen. Bisher starben im Jahr 2010 acht Bundeswehrsoldaten, was die Anzahl seit Beginn des Kriegeinsatzes 2001 auf 45 erhöht. Bis zum heutigen Tag starben in diesem Jahr 702 Nato-Soldaten in Afghanistan. Die Opferzahl ist damit um fast ein Drittel höher als 2009 und macht 2010 zum verlustreichsten seit 2001 für die Interventionstruppen.

www.ippnw.de



geworfen, damit Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen geleistet zu haben. Bereits 1966 wurde das Apartheidsystem in Südafrika von der Vollversammlung der UN als „Verbrechen gegen die Menschheit“ bezeichnet. In Südafrika wird die Kampagne von dem größten Apartheidopferverband des Landes, der Khulumani Support Group getragen. „Ohne die Beteiligung internationaler Unternehmen an der dringend benötigten finanziellen Entschädigung der Opfer wird der Versöhnungsprozess nicht abgeschlossen werden können“, so Marjorie Jobson, Direktorin von Khulumani. Am Donnerstag, den 16. Dezember wurden die Unterschriften um 11 Uhr vor den

Studierende gegen Kriegsforschung

KÖLN. An der Universität Köln hat Mitte Dezember 2010 eine Abstimmung unter allen Studierenden über eine sogenannte „Zivilklausel“ stattgefunden. Eine Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung der Hochschule, nicht mit Einrichtungen der Rüstungsindustrie oder des Militärs zusammenzuarbeiten und für ausschließlich zivile Zwecke zu wirken. Abgestimmt wurde über folgenden Text: *Ich spreche mich dafür aus, dass folgender Passus in die Grundordnung der Universität zu Köln in den Paragraphen 2 „Hochschulaufgaben“, Punkt 1, aufgenommen wird: „Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.“* An der Abstimmung beteiligten sich ca. 8000 Studierende. Eine klare Mehrheit von 64% hat sich für die Zivilklausel ausgesprochen, bei 21% Gegenstimmen und 15% Enthaltungen.

Das Studierendenparlament fordert bereits seit längerem die Verankerung einer Zivilklausel in der Grundordnung der Universität. Bisher ignoriert die Uni-Leitung jedoch diese Forderung. Daher stellte das Studierendenparlament die Zivilklausel zur Abstimmung, um die Mitglieder der Hochschule an der Auseinandersetzung zu beteiligen. „Wir wollen, dass Wissenschaft und Bildung an den Interessen der Allgemeinheit ausgerichtet werden und zu einer friedlichen Gesellschaftsentwicklung beitragen. Genau darauf zielt die Zivilklausel ab: Die Mitglieder der Hochschulen sollen gegen den Einfluss der Drittmittelgeber, wie der privaten Wirtschaft und der Bundeswehr, die Ausrichtung der Hochschule demokratisch und gesellschaftlich verantwortlich bestimmen. Das entspricht der im Grundgesetz verankerten Freiheit der Wissenschaft: Partikuläre Interessen dürfen nicht die Ausrichtung der Wissenschaft bestimmen, wie es aktuell der Fall ist. Das gilt insbesondere für Einrichtungen, die an Rüstungsproduktion und Kriegsführung beteiligt sind“, so Maria Schäfer vom Arbeitskreis Zivilklausel der Universität Köln.

www.zivilklausel.uni-koeln.de

Lehrer dürfen ohne disziplinarische Konsequenzen streiken

DÜSSELDORF. In einem beim Verwaltungsgericht Düsseldorf anhängigen Verfahren klagte eine beamtete Lehrerin gegen eine Disziplinarverfügung der Bezirksregierung Köln. Diese hatte gegen die Klägerin eine

Geldbuße in Höhe von 1 500 Euro verhängt, weil sie im Januar und Februar 2009 an drei Tagen an Warnstreiks der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft teilgenommen hatte. Mit dem Urteil vom 15.12.2010 (31 K 3904/10.O) hat die 1. Landesdisziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf diese Disziplinarverfügung aufgehoben. Zur Begründung führte der Vorsitzende in seiner mündlichen Urteilsbegründung aus: Bei der Teilnahme an den Warnstreiks handele es sich zwar um ein Dienstvergehen, weil es zu den im Grundgesetz verankerten Grundsätzen des Berufsbeamtentums gehöre, dass Beamte nicht streiken dürften. Nach der neueren Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg verstoße die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen gegen bestimmte Beamtengruppen, insbesondere Lehrer, wegen Teilnahme an Streiks jedoch gegen die in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierte Koalitionsfreiheit. Diese Rechtsprechung sei im Rahmen der völkerrechtsfreundlichen Auslegung des Disziplinarrechts zu berücksichtigen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache hat die Kammer die Berufung gegen das Urteil beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster zugelassen.

www.vg-duesseldorf.nrw.de

Europäische Bürgerinitiative

BERLIN/BRÜSSEL. Am 15. Dezember hat das Europaparlament in Brüssel die Verordnung zur Europäischen Bürgerinitiative (EBI) erlassen. Ab 2012 haben die Menschen in Europa dann die Mög-

lichkeit, die EU-Kommission zu bitten, in ihrem Sinne aktiv zu werden.

Wenn der Vorschlag einer Bürgerinitiative von einer Million Menschen unterschrieben wird, müssen sich Kommission und Parlament mit dem Vorschlag beschäftigen und Stellung beziehen. Auf diese Weise können Bürgerinnen und Bürger neue Themen auf die politische Tagesordnung setzen. Verbindlich ist dieses Recht aber nicht – denn der weitere Weg zu einer Abstimmung bleibt verwehrt. Die Einführung der Bürgerinitiative hat eine lange Vorgeschichte und ist Folge des jahrelangen Bemühens von Mehr Demokratie um eine Demokratiereform in der EU: „Die EBI, die wir mit aus der Wiege gehoben haben, ist das erste transnationale Instrument direkter Demokratie“, sagt dazu Michael Efler, Mehr Demokratie-Vorstandssprecher. „Einige Mängel weist das Instrument allerdings auf. Beispielsweise müssen in 18 Mitgliedstaaten der EU Bürgerinnen und Bürger beim Unterschreiben ihre Ausweisnummer angeben, was das Zustandekommen einer EBI erschweren wird. Insgesamt ist es aber ein Schritt hin zu einer EU, die ihre Bürger stärker einbezieht. Die echte Mitbestimmung durch verbindliche Volksentscheide steht auf EU-Ebene allerdings noch aus.“

www.mehr-demokratie.de

Demonstration am 22.1. in Berlin: „Wir haben es satt!“

BERLIN. Während der Messe „Grüne Woche“ in Berlin treffen sich am 22. Januar 2011 Landwirtschaftsminister aus aller Welt und internationale Aggarkonzerne auf Einladung der Bundesregierung. Dagegen mobilisiert ein Bündnis aus Umwelt-, Agrar- und Tierschutzverbänden zu einer Demonstration am 22. Januar um 12 Uhr ab Hauptbahnhof. Sie fordern:

- gentechnikfreie, gesunde und fair produzierte Lebensmittel
- eine bäuerlich ökologische Landwirtschaft in Europa und weltweit
- eine tiergerechte und klimaschonende Landwirtschaft
- Ausstieg aus der Agrogentechnik – sofort!
- Kein Patent auf Leben!
- Stopp der Subventionen für industrielle Tierhaltung!
- Stopp der Milchseen und Fleischberge!
- Stopp von Dumping-Exporten in Entwicklungsländer!
- Stopp der Spekulationen mit Lebensmitteln!
- Faire Marktregeln für bäuerlich ökologische Landwirtschaft weltweit!

– Wir fordern eine neue, gerechte Agrarpolitik – in Deutschland und Europa! – Politik über unsere Köpfe hinweg war gestern. Jetzt entscheiden wir über unser Essen. Ja zu bäuerlich ökologischer Landwirtschaft weltweit!“

www.wir-haben-es-satt.de

Ausgewählte Termine für die Friedensbewegung 2011

Ende Januar/Anfang Februar: Aktionen gegen die Verlängerung des Mandats für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan

4./5. Februar: Aktionen gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München

19./20. Februar: Afghanistan-Konferenz der Friedensbewegung und VENRO in Hannover

15. bis 25. April: Ostermärsche

26. April: 25. Jahrestag Tschernobyl

1. Mai: Kundgebungen des DGB

8. Mai: Tag der Befreiung am 8. Mai

22. Juni: 70 Jahre Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion

Juli/August: Sommerakademie des Friedensratschlags

6./9. August: Hiroshima-/Nagasaki-Tag

1. September: Antikriegstag/Weltfriedenstag

4. September: 2. Jahrestag des Massakers von Kundus

7. Oktober: 10. Jahrestag des Kriegsbeginns gegen Afghanistan (evtl. Afghanistan-Tribunal)

3./4. Dezember: 18. Friedenspolitischer Ratsschlag in Kassel

www.ag-friedensforschung.de

Die Landeshauptstadt München, unterstützt von der Regierung des Bundes und des Freistaates Bayern, die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 beim IOC abgegeben. Wir dokumentieren Stellungnahmen der Linken aus dem Bezirksrat von Oberbayern – Prof. Dr. Klaus Weber – und aus dem Stadtrat von München, Brigitte Wolf, und verweisen darüber hinaus auf die webseite www.nolympia.de, die eine gute Übersicht der vielfältigen Kritiken bringt.

Olympische Spiele 2018: München wird zum Wintersport-Mekka

Der Anfang: Fakten schaffen und denunzieren

Stuttgart 21 ist das Symbol dafür geworden, dass auf politischer Ebene Entscheidungen getroffen werden, zum einen weitgehend ohne die notwendigen Fachkenntnisse über den Gegenstand und zum anderen ohne die direkt und indirekt betroffenen BürgerInnen zu informieren oder in das Entscheidungsverfahren einzubeziehen. Im November 2007 stimmt auf Betreiben der Münchener SPD der Stadtrat (gegen eine Stimme der Linken) für eine Bewerbung zu den Olympischen Winterspielen 2018. Im Frühjahr 2009 gibt es Geheimverhandlungen mit dem Bürgermeister von Garmisch-Partenkirchen über die gemeinsame Bewerbung und dort wird das Projekt – ohne Abstimmung mit den betroffenen Landwirten und der einheimischen Bevölkerung – durch den Gemeinderat „gepeitscht“. Der SPD-Oberbürgermeister von München, Christian Ude, spricht von „Einmütigkeit zwischen allen politischen Ebenen sowie zwischen Politik und Sport“ (SZ 3.7.2009) und zeigt damit, wie egal ihm die Argumente der Umweltverbände und der Nicht-Einmütigen sind. Udes Begründung für Münchens Bewerbung, die er vor sich her trägt wie eine Monstranz: München hat die „traumhafte Chance, die erste Stadt der Welt zu werden, die nach

Sommer- auch Winterspiele ausrichten darf. Diese einmalige Zukunftsperspektive wird nicht nur die Sportbegeisterung stärken, sondern auch Oberbayern als Wintersportregion fördern“ (Ude 2009). Niemand weist Ude darauf hin, dass dieses Argument gegen München spricht: Eine Stadt, die mit den Alpen nichts zu tun hat und Sommerspiele ausrichtete, weil es kein Wintersportort ist, sollte keine Winterspiele austragen. Doch jede Kritik wird – wie in einem Krieg, in dem der Zweifler als Unterstützer des Gegners denunziert wird – als Angriff auf die Chancen Münchens beim IOC gewertet. Die Gegner in Garmisch-Partenkirchen werden als „kleine, radikale Minderheit“ bezeichnet (SZ 12.11.2009); im ersten Bewerbungsdokument, das die Berggemeinden beim IOC einreichen mussten, heißt es, es sei „keine offizielle Opposition“ bekannt („Münchner Merkur“, 28.1.2010). Die Garmischer Bauern, die ihre Grundstücke nicht als Standort für das Sport- und Medendorf hergeben wollen, werden vom inzwischen zurückgetretenen Chef der Bewerbungsgesellschaft, Willy Bogner, als „ein paar Bauern mit hochsubventionierten Wiesen“ (FAZ, 28.1.2010) beleidigt. In derselben Woche verleiht Christian Ude dem Bayern-Manager Uli Hoeneß den Goldenen Ehrenring der Stadt München. Bei dieser Angelegenheit bittet Hoeneß darum, als Olympiabotschafter werben zu dür-

fen. Sein Argument: Jegliche Kritik an der Bewerbung müsse man „im Keim ersticken“ (ebd.). Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung wird gerade dasjenige Kriterium verneint, das dem IOC und dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) „offiziell“ so wichtig sind: Demokratische Teilhabe der Bevölkerung. Die öffentlichen Medien (ARD, ZDF), die „Bayerische Staatszeitung“ und die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) haben sich inzwischen zu Propagandainstrumenten der Stadt München und des DOSB gewandelt. In der Extrabeilage Olympia 2018 der SZ vom 8.1.2011 fordert der stellvertretende Feuilletonchef Gerhard Matzig der SZ den volksgemeinschaftlichen Schulterschluss aller Deutschen: „Nichts hätte Deutschland nötiger, um ... der Lethargie dieser Gegenwart zu entkommen. Diesem apokalyptischen Gejammer und Genörgel... Ein Land, das nichts mehr will, weil es schon alles hat“. Weil die Olympiabewerbung für 1972 auf „ganz und gar undemokratische Weise“ für „Dynamik und Image“ gesorgt habe, benötige es auch heute „bei aller grundsätzlichen Zankhaftigkeit und Verzagtheit im deutschen Gemüt: ein Gemeinsames, ein Wir“.

Ökonomie: Sozialisierung der Lasten, Privatisierung der Gewinne

Inzwischen werden die Kosten für Olympia 2018 offen genannt: 1,8 Milliarden Euro müssen vom Steuerzahler aufgebracht werden, um das dreiwöchige „Event“ zu finanzieren. Die Gewinne streicht das IOC ein und gibt den Berggemeinden davon einen kleinen Anteil. Gleichzeitig verpflichten sich die Austragungsstaaten, dass das IOC keine Steuern berappen muss. Auf die Sittenwidrigkeit eines solchen Vertrags angesprochen, meint der Münchener Oberbürgermeister, er halte das auch für „eine Zumutung. ... Die Frage lautet einfach: Wollen wir uns beteiligen oder nicht?“ (SZ 12.11.2009). Rechtsstaatliche Normen werden ausgehebelt, weil das IOC, das selbst weder eine öffentliche Kontrolle zu fürchten hat noch eine demokratische Organisation ist, dies verlangt. Wenn man weiß, wie hoch sich die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen wegen der Ausrichtung der Ski-Weltmeisterschaften im Jahr 2011 verschuldet hat,



www.nolympia.de: Schneetransport zur Kandahar, Februar 2007

kannermessen, welche finanziellen Probleme auf den Ort zukommen werden. Die Kommune hat in den letzten Jahren 60 Millionen Euro in den Wintersport investiert; für Kinderkrippen dagegen mag der CSB-Bürgermeister Thomas Schmid das Geld nicht ausgeben. „Bis 2013 müsste Garmisch-Partenkirchen 67 neue Plätze aufbauen, um den staatlichen Vorgaben zu entsprechen“ (SZ 30.3.2009). Dafür sind gerade einmal 11 000 Euro für 2011 und 2012 eingeplant. Keine Frage: Während der Spiele wird in Garmisch-Partenkirchen und den umliegenden Landkreisen kein Übernachtungsplatz zu bekommen sein und viele Arbeitslose, Kinder, Jugendliche, StudentInnen und prekär Beschäftigte werden ihre kargen Verdienste aufbessern können. Doch wie wird es nach den Spielen aussehen? Thomas Bausch, Professor für Touristik an der Hochschule München, hat in einer Studie vom April 2009 deutlich gemacht, dass Großveranstaltungen in Garmisch-Partenkirchen nicht zu mehr Tourismus führen werden, weil gerade die Klientel, die in Orten wie Garmisch Urlaub machen will (Lohas = Lifestyle of Health and Sustainability), sich dann abwenden werden, wenn er umweltfeindliche Eingriffe in die Natur vornimmt und langwierige Baumaßnahmen durchführt, um Sportgroßveranstaltungen anbieten zu können.

Olympische Spiele sind wie die anreisenden SportlerInnen zur Ware geworden und werden ebenso gehandelt. Die Einzelnen, wie sehr sie auch einem sportlichen Gedanken frönen mögen, können in dieser Welt nur überleben, wenn sie ihrem Körper zum Warenkörper machen und die wenigen Jahre des Leistungssports dazu nutzen, über Sponsorverträge und Preisgelder so viel zu verdienen, dass sie anschließend ein ruhiges Leben führen können. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Warenproduktion und Sport ist nicht nur in den Sportarten selbst wahrnehmbar: Sport und sportliche Veranstaltungen tragen in Bezug auf ihre gesellschaftliche und ideologische Funktion dazu bei, dass Körperkult, Konkurrenz und Niederlage zu natürlichen Prinzipien erklärt und vom sportlichen Terrain auf Arbeits- und Lebenswelt problemlos übertragen werden können.

Ökologie: Zum x-ten Male „grüne Winterspiele“

Wintersportveranstaltungen, die sich als nachhaltig bezeichnen, sollen nicht nur den Arbeitsmarkt beleben und den Tourismus fördern, sondern vielmehr die ökologischen, sozialen und ökonomischen Strukturen einer Region so zu nutzen und hinterlassen, dass die in der Region lebenden Menschen in Bezug auf diese Dimensionen ihren

MitLinks NOLympia-EXTRA

Inhalt: Interview mit Prof. Dr. Klaus Weber, Bezirksrat der Linken im Bezirkstag von Oberbayern, und Brigitte Wolf, Stadträtin der Linken im Stadtrat von München, Dokumentation von www.NOLympia.de „München 2018 – 18 Gründe gegen Olympia!“

Einleitung: Am 11.1.2011 hat München die Bewerbungsunterlagen für die Olympischen Winterspiele 2018 beim IOC eingereicht. Umweltverbände und unmittelbar Betroffene in den Alpengemeinden protestieren. Die Linke im Bezirk Oberbayern und im Münchner Stadtrat lehnt das Projekt ab. Einen Ausstieg haben auch der Bundesparteitag der Grünen, die Grünen im Landtag und die Grüne Jugend gefordert. Sie alle meinen, dass München und der bayerische Alpenraum für dieses Großereignis nicht der richtige Ort ist. Die Stadt hat keine gewachsene Verbindung zum Wintersport und ist keine Alpenstadt. Für die kleinräumigen bayerischen Alpentäler ist das Mega-Event zu groß. Die mangelnde Eignung führt schon im Vorfeld zu Spannungen in der Region. Betroffene in den Alpengemeinden werden unter Druck gesetzt und in den Widerstand getrieben. Die Landeshauptstadt München nimmt unfaire Vertragsbedingungen hin: dem IOC werden die Profite garantiert, Stadt und Land tragen die Risiken des Misslingens. Olympische Spiele – auch Winterspiele – sind eine große Sache, die Spuren hinterlässt. Die Sommer-spiele 1972 waren Teil einer langfristig geplanten Stadtentwicklung. Die Ertüchtigung der Stadt für das Großereignis war auch eine nachhaltige Verbesserung der Infrastruktur. Anders die Winterolympiade 2018: Man verspricht, die Schäden danach wieder zu beseitigen. Falls das IOC München den Zuschlag erteilt, werden Natur, Infrastruktur und internationales Ansehen der

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de/fileadmin/srmuenchen/dokumente/2011_1/110113_ml_extra_Olympia.pdf

Januar 2011

Winterolympiade 2018: Wer zahlt die Zeche?

Interview mit Prof. Dr. Klaus Weber, Bezirksrat der LINKEN im Bezirkstag von Oberbayern, und Brigitte Wolf, Stadträtin der LINKEN im Stadtrat von München

Was halten Sie von dem mit dem IOC abgeschlossenen Host-City-Vertrag? Klaus Weber: Der Vertrag ist die Tüte nach wert, mit der er unterzeichnet wird. Das IOC kann einseitig alle Vertragspunkte ändern, ohne die Austragungskommune zu fragen. Insofern verstößt ein solcher Vertrag gegen deutsches Recht.

Erwartet Sie von der Olympiade 2018 einen Impact für den Brotengeiz? Klaus Weber: Wenn man Autos fahren und Fernverkehr als Breitensportarten bezeichnet dann ja!

Kann man eine Winterolympiade in München und Garmisch mit gutem Gewissen unterstützen? (Fortsetzung Seite 2)

Im folgenden eine Kurzfassung der „18 Gründe gegen die Olympiabewerbung“ die im Bündnis NOLympia erarbeitet wurden. Auf der Website zum Artikel: www.nolympia.de

München 2018 – 18 Gründe gegen Olympia

Klimawandel: Es wird zu warm für Wintersport. Alpenweit gibt es einen eindeutigen Trend zu schneearmeren Wintern, kürzer andauernden Schneedeckungen und geringeren Schneehöhen vor allem in den unteren und mittleren Höhenlagen – also genau da, wo auch die Pisten von Garmisch-Partenkirchen liegen. ...

Ein Mega-Event ohne Olympische Winterspiele: Die Winterolympiade ist ein riesiger Aufwand und kostet viel zu viel Geld. Nur noch aus der Kasse mit enormem Verschleiß an Energie und Wasser. Für die Bevölkerung zu den Olympischen Winterspielen

2018 gibt es die Vorgabe, dass alle Sportveranstaltungen in Garmisch-Partenkirchen und Schwangau künstlich beschneit werden müssen.

(Fortsetzung Seite 2)

Arbeits- und Lebensort ebenso – wenn nicht besser – nutzen können sollten als vor einer Großveranstaltung. Vor den Winterspielen in Turin 2006 und Vancouver 2010 hat sich das IOC jeweils damit gebrüstet, „nachhaltige Spiele“ zu veranstalten. Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA stellte dazu fest: „Die Frage, ob olympische Winterspiele wirklich als »grün« und nachhaltig bezeichnet werden dürfen, kann erst im Nachhinein beantwortet werden. ... Alleine die Organisationskosten belaufen sich auf 1,3 Milliarden Euro. Zusammen mit den Aufwendungen für die Infrastruktur von 2,1 Milliarden Euro ergeben sich Gesamtkosten von 3,4 Milliarden Euro, welche größtenteils von der öffentlichen Hand getragen werden. ... Während die finanzielle Belastung für die Metropole Turin eher tragbar scheint, werden

Orte wie Pragelato oder Cesana nach den Spielen den Unterhalt der Anlagen schwer verkraften. Ende 2005 hat der Bürgermeister von Albertville/F, Austragungsort der Spiele 1992, seine Kollegen aus dem Piemont erinnert, dass die Skisprungsschanze von Courchevel/F bis heute ein Defizit von 200 000 Euro jährlich verursacht“ (CIPRA 2006). Vancouver hatte einen Vertrag mit dem IOC, in dem der Erhalt der wichtigen Naturschutzflächen ebenso zugesichert wurde wie eine Versorgung der SportlerInnen mit regionalen Produkten. Da das IOC alle Vertragsklauseln eigenständig ohne Zustimmung der austragenden Orte ändern darf, wurden Wälder in Naturschutzgebieten abgeholzt und die so genannte regionale Essensversorgung übernahm Burger King – ein wahrlich ökologischer Konzern. Die CIPRA hat

nun über die Spiele 2006 resümiert: Erhalten geblieben sind Sprungschanzen und Bobanlagen, die – ebenso wie die Biathlonschießanlage – „vor sich hinschlummern“ und jährliche mehrere dutzend Millionen Euro an Unterhalt kosten. Die Eisstadion von Torre Pellice und Pinerolo sind bis heute nicht rentabel, verschandeln aber die beiden Dörfer zum Eingang des Susa- und Chisone-Tals. Zudem: Alle austragenden Orte der letzten 20 Jahre sind hoch verschuldet (mit Ausnahme der Metropolen), während das IOC seine Gewinne aus den Sponsorenverträgen und Fernsehrechten noch nicht einmal nachvollziehbar deklarieren muss (vgl. CIPRA 2010). Für die Winterspiele in Vancouver (2010) sieht die Lage keineswegs besser aus: „Trotz Behauptungen, die »grünsten Olympics« seit jeher zu sein und PR-Statements über »Nachhaltigkeit« gehören die Spiele 2010 zu den umweltschädlichsten in der Geschichte. Zehntausende Bäume wurden gefällt und ganze Bergseiten weggesprengt, um Olympische Anlagen im Callaghan-Valley (in der Nähe von Whistler) und die Sea-to-Sky Highway Erweiterung zu bauen“, heißt es auf einer kritischen Homepage zu Vancouver 2010. Enorme Mengen Beton, verursachten das Sterben von Millionen von Lachsen im Fraser River, wo tonnenweise Schotter abgebaut wird, um Beton herzustellen. Münchens Wirtschaftsreferent Reiter (SPD) verspricht trotz Wissens um die IOC-Strategien und solche Daten, diesmal die „nachhaltigsten Spiele“ (SZ 4.11.2010) ausrichten zu wollen. Das erste Projekt, das in Oberbayern für die Spiele 2018 durch Verkehrsminister Ramsauer ausgerufen wurde, war der Ausbau der Autobahn nach Garmisch und der Bau eines Tunnels für die PKW. Die Bahnstrecke nach Garmisch-Partenkirchen – die lediglich einspurig zu befahren ist – kann bis 2018 nicht ausgebaut werden; die Frist ist zu kurz.

Hauptproblem: Metropolen und ihr Hinterland

Mehr als die Hälfte der Veranstaltungen dieser Winterspiele ist nicht in München geplant, sondern in den Gemeinden Garmisch-Partenkirchen und Ohlstadt sowie in Schönau am Königssee, die alle in den Alpen liegen. Die BewohnerInnen der ländlichen Berggemeinden haben immer wieder darauf hingewiesen, dass sie in die Planungen nicht einbezogen und über die Umweltprojekte noch nicht einmal informiert wurden. Die betroffenen Bürgermeister z.B. erfuhren von einem geplanten Biosphärenreservat „aus den Medien“. Auch über die Umweltprojekte des Alpenvereins lasen jene „wiederum nur aus den Medien“ (SZ 13.4.2010). Hinter dieser Informa-

tionspolitik verbirgt sich ein Konflikt, der auch andere europäische Bewerberregionen betrifft: Die reichen Metropolen (Global- und Eurocities) nutzen ihr „Hinterland“, die Alpen und das Alpenvorland, für „die Funktion Erholung, Sport, Freizeit, ... da es dafür innerhalb der Metropolregionen meist keine attraktiven Standorte gibt...: Land- und Fortwirtschaft und Gewerbe werden verdrängt, städtische Wohn- und Freizeitfunktionen [dominieren] den gesamten Raum. ... Dabei entstehen völlig neue Landschaftsstrukturen, die entweder rein sachlich-funktional geprägt sind, oder bei denen aus städtisch-nostalgischen Gründen traditionelle Strukturen museal erhalten oder als fingierte Vergangenheit ... neu inszeniert werden“ (Bätzing 2009). Für die Olympiabewerbung „benötigt die Stadt München Standorte in den Alpen, und sie geht selbstverständlich davon aus, dass die betroffenen Einheimischen mitmachen, ohne sich vorstellen zu können, ... dass diese ganz andere ... Ziele und Werte haben könnten“ (Bätzing 2010, S.26).

Widerstand: Argumente gegen Machtpolitik

Der Bund Naturschutz und der alpine Umweltschutzverein Mountainwilderness sind ebenso wie der Deutsche Naturschutzring aus der Fachkommission Umwelt der Planungsgesellschaft des DOSB ausgetreten, weil sie sich nicht als ökologisches Feigenblatt missbrauchen lassen wollen. Für die Durchführung der Veranstaltungen sei die Sicherstellung künstlicher Beschneidung notwendig, was die Alpenschutzorganisation Mountainwilderness aus Energie- und Wasserverbrauchsgründen generell ablehne. Der Deutsche Alpenverein, der die Bewerbung unterstützt, kam massiv in die Kritik, weil er sich habe „kaufen“ lassen: Ihm wurden zwei Projekte, darunter ein Leitprojekt Bergtour 2018 zur nachhaltigen Bergsportentwicklung ohne öffentliche Ausschreibung „übertragen“. Deshalb wirbt der DAV in seinen Mitgliederzeitschriften – ohne die Mitglieder gefragt zu haben – für „grüne Winterspiele 2018“ (Urban & Scheuermann 2010; S.6).

Parteipolitische Kritik am Olympia-2018-Antrag (Bundestag 2009) kam lediglich von den GRÜNEN und der Linken: Die ersten bemängelten, der Antrag sei „lieblos“, weil er weitgehend die Wortwahl eines Antrags von 2003 zur Unterstützung der Olympia-Bewerbung Leipzigs wiederhole; zudem läge kein ökologisches Gesamtkonzept für den ohnehin schwer belasteten Alpenraum vor. Der Vertreterin der Linken, Katrin Kunert, fiel nichts Besseres ein als die große Koalition zu kritisieren, weil diese die Linken nicht in das Olympiaprojekt eingebunden

habe: „Wenn es um ein nationales Anliegen geht, dann könnt ihr uns nicht draußen lassen“ (FAZ 2.7.2009), ereiferte sich die aktive Sportlerin. Selbst Gregor Gysi, dem der Zusammenhang von Großveranstaltungen und Kapital- und Verwertungsinteressen von Sport- und Medienindustrie nicht unbekannt sein dürfte, fügte sich am Tag vor der Abstimmung im Bundestagsplenum dem „nationalen Anliegen“ und sprach sich auf dem Wahl-Hearing des DOSB für die Olympiabewerbung aus: „Wenn wir Olympische Spiele wollen, müssen wir auch bereit sein, selber welche auszutragen“ (ebd.). Bei der Bundestags-Abstimmung enthielt sich Gysi dann aber ebenso wie seine Fraktion und die Fraktion der GRÜNEN. Inzwischen haben die Bundesgrünen auf ihrem Parteitag im November 2010 gegen die Olympiabewerbung 2018 gestimmt – der Druck der bayerischen Landtagsfraktion war argumentativ zu groß. Im Juli 2011 entscheidet das IOC über die Bewerbung. Sollte die südkoreanische Konkurrenzstadt Pyeongchang den Zuschlag bekommen, sind mehrere dutzend Millionen Euro in Bayern alleine für die Bewerbung ausgegeben: Der Freistaat bürgt für alle Kosten, welche München und Garmisch nicht tragen können. Letzte Meldung: Aus Spargründen bekommen bayerische Lehramtsanwärter 900 Euro weniger für ihren Berufseinstieg ...

Literatur

- Bätzing Werner (2003). Die Alpen. Geschichte und Zukunft einer europäischen Kulturlandschaft. München: C.H. Beck.
- Bätzing Werner (2009). Die Zukunft der Alpen in einer globalisierten Welt. Vom Verschwinden eines menschlichen Lebensraums. In: Ders., Orte guten Lebens. Zürich: Rotpunkt Verlag. S. 333–350.
- Bätzing Werner (2010). Die bayerischen Alpen im Würgegriff der Landeshauptstadt. Bayerische Staatszeitung. Beilage „Unser Bayern“ 8/9. S. 22–26.
- Bundestag (2009). Drucksache 16/13481. Antrag CDU/CSU, FDP „Unterstützung der Bewerbung der Landeshauptstadt München zur Ausrichtung der XXIII. Olympischen und XII. Paralympischen Winterspiele 2018.“
- CIPRA (2006) = Nachhaltige Olympische Winterspiele in Turin? CIPRA News: <http://www.cipra.org> – Eintrag vom 9.2.2006.
- CIPRA (2010). Berggebiete zahlen Zeche für Olympische Winterspiele. Die Ruinen von Turin. SzeneAlpen 94 (Megaprojekte: Geld oder Leben?). S. 16/17.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung 7.8.2008. Der Wunschatlet siegt und schweigt.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung 2.7.2009. Kritik trotz der „nationalen Aufgabe 2018“. S.27.
- Keller Lars & Förster Klaus (2007). 1x1 der Alpen. 101 Regionen von Monaco bis Wien. Innsbruck: innsbruck university press.
- Ude Christian (2009) = www.christianude.de/politisch/nachricht/
- Urban Thomas & Scheuermann Manfred (2010). Olympiabewerbung 2018 und der DAV. Grüne Winterspiele. DAV Panorama 6. S. 6/7

Winterdienst aus AWB-Gewinnen finanzieren! KÖLN. Die Linke im Rat der Stadt Köln fordert den Rat auf, weder die geplante Erhöhung der Abfallgebühren noch die Einführung einer wie auch immer gestalteten Winterdienstgebühr zu beschließen. Die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) werden auch in 2010 Gewinn machen. Eine Gebührenerhöhung ist daher unnötig und auch nicht vermittelbar. Bereits gegen die Erhöhung der Abfallgebühren in 2009 hatte sich Die Linke mit einem Änderungsantrag gewendet.

Fraktionssprecher Jörg Detjen erklärt: „Wir lehnen eine Gebührenerhöhung ab. Durch die gute Arbeit der stadteigenen AWB erwirtschaftete sie Gewinne. Dieses Geld wird an den Stadtwerkkonzern bzw. den städtischen Haushalt abgeführt. Da ist es nicht nachvollziehbar, die Abfallgebühren zu erhöhen.“ Bei den Abfallgebühren fehlen 1,4 Mio. Euro. Für den Winterdienst gibt die Stadt bisher jährlich 4,1 Millionen Euro aus. Da Umwelt und Soziales im selben Dezernat angesiedelt sind, wurde dieses Geld eingesetzt, um die dramatischen Kürzungen im Bereich Soziales ein Stück weit abzumildern. Jörg Detjen dazu: „Wäre Rot-Grün auf unsere Haushaltsvorschläge eingegangen, so wären solche Taschenspielertricks nicht nötig. Die Linke hatte einen soliden und belastbaren Haushaltsentwurf eingebracht, der nicht die kleinen Leute belastet hätte. Der Winterdienst kann aus den Gewinnen der AWB finanziert werden. Eine Grundsteuererhöhung zur Finanzierung des Winterdienstes, wie die Grünen sie vorschlagen, lehnen wir ab.“

www.linksfraktion-koeln.de

Recht auf Mobilität für alle FreiburgerInnen! FREIBURG. Es ist nicht hinnehmbar, dass Tausende Menschen in unserer Stadt sich wegen der Weigerung der Stadt, ein Sozialticket einzuführen, weiterhin vom gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt, zum Schwarzfahren gezwungen oder dazu gebracht werden, auf Lebensnotwendiges zu verzichten, um mobil zu bleiben. Das von der VAG in Auftrag gegebene Gutachten liegt seit Juni 2010 vor. Dann wurde es u.a. dem RVF zur Stellungnahme zugeleitet. Mehrere Anfragen der Fraktion der Unabhängigen Listen auf Herausgabe des Gutachtens, wie in der Kommission Sozialticket der VAG in der letzten Sitzung vor der Sommerpause angekündigt, wurden von der Verwaltung abgelehnt. Jetzt haben die StadträtInnen eine ganze Woche (!!!) Zeit bis zur öffentlichen Vorberatung des Gutachtens im Hauptausschuss. Das ist unglaublich angesichts des monatelangen Vorlaufs und der Bedeutung der Sache ...

www.linke-liste-freiburg.de

Kinder und Jugendliche Schwerpunkt bei Haushaltsberatungen: HANNOVER. Auf ihrer Klausursitzung zum Haushalt 2011 hat Die Linke im Rat eigene Vorschläge zum städtischen Haushalt 2011 entwickelt und beschlossen. „Unsere Schwerpunkte liegen bei sozialen Unterstützungsmaßnahmen vor allem für Kinder und Jugendliche“, betont der Fraktionsvorsitzende Oliver Förste. So will Die Linke eine längere Übernahme der über Bedarf ausgebildeten städtischen Auszubildenden erreichen sowie ein kostenfreies Mittagessen für bedürftige Kinder an Ganztagsgrundschulen. „Aber wir wollen auch mehr Personal in den städtischen Alten- und Pflegeheimen einstellen und eine weitere Stelle für den Jugendschutz einrichten“, kündigt Oliver Förste an. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Luk List legt besonderen Wert auf eine Ausweitung des Hannover Aktiv Passes: „Wir wollen, dass in Zukunft auch Geringverdiener den Hannover Aktiv Pass bekommen und zusätzliche Leistungen für die Inhaber einführen, wie ein kostenloses Mittagessen an Kinderbetreuungseinrichtungen und den kostenfreie Eintritt an städtischen Museen.“

www.linksfraktion-hannover.de

Lohndumping des Senats: HAMBURG. Nachdem das Bundesarbeitsgericht der „christlichen“ Gewerkschaftsorganisation für Leiharbeit CGZP die Tariffähigkeit abgesprochen hatte, ist nun ein Musterprozess beim Arbeitsgericht Berlin anhängig. Es geht um zurück-

liegende Zeiträume von bis zu vier Jahren, in denen Leiharbeiter genauso wie die jeweiligen Stammbesellschaften entlohnt hätten werden müssen. Der Senat hat nun zugegeben, Leiharbeitskräfte, zum ungünstigen Tarif der CGZP auch noch bis November 2010 beschäftigt zu haben. Hierzu erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke Elisabeth Baum: „Obwohl das Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht bereits seit Monaten bekannt war, hat der Senat bis zum November dieses Jahres Leiharbeitskräfte zu Dumping-Löhnen beschäftigt. Das ist ein Skandal. Nichts hätte näher gelegen, als die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso zu bezahlen wie die Stammbeschäftigten. Das entspricht auch dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Der Senat hat eine Vorbildfunktion für die Wirtschaft in Hamburg.“

www.die-linke-hh.de

Stadtrat verabschiedet einstimmig Resolution zu Gunsten der Flüchtlinge: AUGSBURG. Erneut wurde im Augsburger Stadtrat eine Resolution zu Gunsten der Flüchtlinge verabschiedet. Damit haben schon zum zweiten Mal in diesem Jahr sämtliche Rathausfraktionen und -gruppen die Forderungen der Flüchtlinge und der Flüchtlingsbewegung aufgegriffen und über alle Parteigrenzen hinweg einmütig unterstützt. Dies ist ein beachtlicher Vorgang in einer bayerischen Großstadt. Umso schäbiger

Steag: Stadtwerke haben gekauft!

Über den Stadtwerke/Steag-Deal ist in den letzten drei Ausgaben dieser Zeitung ausführlich berichtet worden. Erwartungsgemäß wurde Ende Dezember der Kaufvertrag gezeichnet, nachdem alle städtischen Gremien und Aufsichtsräte der beteiligten Städte und ihrer Stadtwerke grünes Licht gegeben haben. Dabei kam es zu unterschiedlichen Abstimmungsverhalten, wobei nur die Fraktionen der SPD in allen sechs Städten zustimmten, ansonsten haben sowohl CDU, Grüne und Linke in jeweils einer Stadt dagegen gestimmt, die FDP in vier Städten. Die von der Linken initiierten und den Duisburger Grünen zum Teil weiterentwickelten politischen Leitlinien (s. PB 11/10) sind in ähnlicher Ausprägung und mit verschiedenen, überwiegend rot-rot-grünen Mehrheiten fast überall mitbeschlossen worden. In Dinslaken scheiterte das an der SPD, weshalb die dortige linke Fraktion dem Gesamtpaket nicht zustimmte. In Bochum wurden einige Bestandteile dieser Leitlinien als „harte“ Bedingung für die Unterzeichnung durch die Stadtwerke verabschiedet. Das sorgte dafür, dass jetzt der ökologische Umbau als Unternehmensziel, die Ersetzung von Altanlagen durch erneuerbare Energien und der Ausstieg aus dem Geschäftsbereich Nuclear Technologies binnen eines Jahres, obwohl er nur weniger als 1 % der Geschäftstätigkeit ausmacht, im Konsortialvertrag festgeschrieben sind. Jetzt will Evonik möglichst schnell auch die restlichen 49 % veräußern, auch um eine Konzernbereinigung bei der evtl. Börsenplatzierung ihrer Chemiesparte zu haben. Die Stadtwerke sollen nach neuesten Medienmeldungen bereits eine Kaufverpflichtung für diese zweite Tranche vereinbart haben, für die sie bis Ende Februar die Zustimmung der kommunalen Gremien einholen müssen. Würden das *alle* Städte ablehnen, wäre Evonik berechtigt den Kaufvertrag für die erste Tranche rückabzuwickeln. Evonik soll aber den Stadtwerken finanziell weit entgegen gekommen sein, so dass es sehr wahrscheinlich ist, dass zumindest eine Mehrheit der bisher beteiligten Städte weitermacht. Derweil macht die WAZ Stimmung mit der nach Ende der Laufzeit üblichen Kündigung der Strombezugsverträge durch die RWE. Es bleibt also spannend. Wir berichten weiter.

Thorsten Jannoff

ist es, wenn der Inhalt der neuen Resolution von den Medien am Ort weitgehend verschwiegen wird. Der Tenor der Berichterstattung ist etwa so, dass es zwar „mensenunwürdige Zustände“ in den Flüchtlingsunterkünften gebe (Robert Vogl), vor allem in der Calmbergstraße, dass man aber zur Unterbringung dort leider „keine Alternative“ habe (Bernd Kränzle, CSU). Damit wird inhaltlich nur auf Punkt 1 der neuen Resolution des Stadtrats eingegangen ... An alles andere will man auf keinen Fall rühren. Das betrifft zum Beispiel Punkt 2 der Resolution, in dem Geldzahlungen für den Einkauf von Lebensmitteln gefordert wird und das strikte Sachleistungsprinzip der bayerischen Staatsregierung als Verstoß gegen die Menschenwürde und damit als verfassungswidrig bezeichnet wird. Dies betrifft auch Punkt 3 der Resolution, in dem die Erhöhung der Leistungssätze für die Flüchtlinge gefordert wird.

www.forumaugsburg.de/

Kliniken: Pflegenotstand! STUTTGART. In den städtischen Kliniken herrscht Pflegenotstand. Überlastungsanzeigen des Personals haben besorgniserregende Dimension angenommen. Überlastung in diesem existentiellen Bereich entsteht, weil das Land der Verpflichtung zur Investitions-Finanzierung nicht nachkommt. Auch die Stadt als Klinikumsträger schließt heute diese Lücke nicht. Sie zwingt das Klinikum damit, sie durch zu wenig Personal zu finanzieren: Personalstellen finanzieren Baustellen. Die Folgen des Personal-mangels spüren direkt die Patienten. Wird er nicht schnell behoben, werden sich Stationsschließungen häufen, wie schon geschehen auf der Intensivstation im Olgäle. Was schlecht für Patienten ist, aber auch für die Klinikeinnahmen. Stadt und Klinikumsleitung müssen handeln: bessere Vergütung, Entlastung und mehr Stellen im Pflegebereich sind zwingend! www.dominio1.stuttgart.de/grat/soesundlinke.nsf

Lippenbekenntnisse: BONN. Für Bonn liegen die Fakten auf dem Tisch: Jährlich müssen mindestens 650 geförderte Wohneinheiten in Bonn entstehen, um den aktuellen Bestand an Sozialwohnungen überhaupt nur halten zu können. Die in sozial- und stadtentwicklungspolitischer Hinsicht gebotene Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus ist auch aus haushalterischen Gründen sinnvoll. Die Verwaltung hat dargelegt, dass sich vor dem Hintergrund explodierender Kosten der Unterkunft Investitionen in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus bezahlt machen. Demnach führen 6 000 Euro Investitionen in 25 Jahren zu Einsparungen von 22 000 Euro. Deshalb sind

jetzt endlich Handlungen gefragt. Die Linksfraktion hatte beantragt, dass der Vebowag angemessene finanzielle Mittel für zusätzlichen Wohnungsbau im Rahmen des nächsten Haushaltes zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollten die planungsrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um der Vebowag für diese Zwecke Priorität beim Zugang zu städtischen Grundstücken einzuräumen. CDU und Grüne lehnten diesen Antrag ab. Stattdessen verabschiedeten sie einen ausufernden Prüfauftrag an die Verwaltung. Damit blockieren sie weiter konkrete Schritte für mehr sozialen Wohnungsbau, obwohl alle notwendigen Fakten auf dem Tisch liegen.

www.dielinke-bonn.de

Mietnomaden sind ein Randphänomen:

FRANKFURT. Haus & Grund Frankfurt hat kürzlich auf die Gefahr hingewiesen, die von Mietnomaden ausgeht und schärfere Gesetze bei Kündigungen wegen Zahlungsrückstand gefordert. Abgesehen davon, dass in den uns bekannten Veröffentlichungen von Haus & Grund Frankfurt für den Raum Frankfurt und Umgebung kein Fall von Mietnomadentum benannt wurde, hat nun das Bundesbauministerium auch bundesweit Entwarnung gegeben: Etwa 200 Mietnomadenfälle in fünf Jahren bundesweit. Aufgrund des Frankfurter Wohnungsmarkts und der damit verbundenen Auswahl an Mietinteressenten schätzen wir für Frankfurt am Main weniger als einen Fall in den letzten fünf Jahren ... In die Miete ist – ökonomisch betrachtet – bereits ein Betrag für zu erwartende Mietausfälle einkalkuliert. Anschaulich wird dies im Sozialen Wohnungsbau, wo in der Grundmiete ein Aufschlag von 2% für ein so genanntes Mietausfallwagnis enthalten ist ... Ein in Mietverhältnissen leider weit verbreitetes Phänomen ist die Unterschlagung der Mietkaution durch den Vermieter. Wenn man Großvermieter ausklammert, schätzen wir den Anteil unzulässiger Kautions-einbehalte bei unseren Mitgliedern (organisierte Mieter sind sicher nicht 100-prozentig repräsentativ) auf 20%.

<http://www.mhm-ffm.de>

„Die Gewerbesteuer – eine gute Gemeindesteuer“:

BERLIN. Die Gewerbesteuer als wichtigste Steuer der Städte schwankt über längere Sicht betrachtet nur wenig stärker als andere lohn- und ertragsabhängige Steuern, weist aber eine deutlich höhere Wachstumsdynamik auf. Zwischen 1995 und 2008 hat sich das bundesweite Aufkommen der Gewerbesteuer annähernd von 21,6 auf 41 Milliarden Euro verdoppelt. Das Aufkommen der übrigen lohn- und ertragsabhängigen Steuern, einschließlich der Körperschaftssteuer,

stieg dagegen nur um rund ein Viertel. Das ergab eine aktuelle Analyse der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin, die der Deutsche Städtetag innerhalb seiner Broschüre „Die Gewerbesteuer – eine gute Gemeindesteuer. Fakten und Analysen“ veröffentlichte. Die Schwankungsbreite der Gewerbesteuer in diesem Zeitraum, der ziemlich exakt zwei Konjunkturzyklen umfasst, lag bei den übrigen konjunkturabhängigen Steuern nur 4,4 Prozentpunkte niedriger als bei der Gewerbesteuer. ... In der Broschüre werden darüber hinaus Kritikpunkte am Prüfmodell der Bundesregierung aufgelistet, das anstelle der Gewerbesteuer kommunale Zuschläge auf die Einkommen- und die Körperschaftsteuer sowie einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer vorsieht. Die Broschüre „Die Gewerbesteuer – eine gute Gemeindesteuer. Fakten und Analysen“ ist als Band 94 der Reihe „Beiträge des Deutschen Städtetages zur Stadtpolitik“ erschienen und als PDF-Dokument kostenfrei abrufbar. www.staedtetag.de

Ursachen der Steuerausfälle:

BERLIN. Nach Meldung des „Behörden-Spiegels“ gibt es inzwischen verschiedene Quellen, die darauf aufmerksam machen, dass die rückläufigen Steuereinnahmen der Kommunen nicht nur auf die Konjunkturschwäche der letzten Jahre zurückzuführen sind, sondern auf die Steuersenkungsgesetze der verschiedenen Bundesregierungen. So schätzt Petra Roth (CDU), die Präsidentin des Deutschen Städtetags, dass die aktuellen Einnahmerückgänge bei den Steuern zu wenigstens 50% auf die in Berlin beschlossenen Steuersenkungen zurückzuführen sind. In Hannover hat der dortige Stadtkämmerer, Dr. Marc Hansmann, sich die Mühe gemacht und die Ergebnisse aller Steuersenkungsbeschlüsse der letzten dreißig Jahre hochgerechnet. Ergebnis: Die Stadt Hannover macht jährliche Mindereinnahmen von rund 250 Millionen Euro. Auch in einer von der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi in Auftrag gegebenen Studie kommen die Verfasser, Achim Truger und Kai Eicker-Wolf, zu der Auffassung, dass allein die reformbedingten Ausfälle durch die Regierung Schröder jährliche Fiskalverluste von 50 Mrd. Euro bedingen. Insbesondere habe die rot-grüne „Steuerreform 2000“ mit ihrer schrittweisen Senkung von Einkommens- und Unternehmensbesteuerung zu Buche geschlagen. Auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz führt zu Mindereinnahmen von rund 6,1 Mrd. Euro pro Jahr, wovon etwa 1 Milliarde Euro zu Lasten der Kommunen gehen.

www.kommunale-info.de
(Zusammenstellung: ulj)

Eine Belegschaft wehrt sich

NORDERSTEDT / HAMBURG. Wenn in den Konzernen die Gewinne wieder sprudeln und die produzierten Stückzahlen die Höhe von 2007 und 2008 erreichen, fragen sich nicht wenige Belegschaften betroffen: Und wo bleiben wir? Und obwohl liberale und konservative Politiker einvernehmlich mit den Funktionären von Arbeitgeberverbänden für höhere Löhne plädieren, entsteht bei manchen Kollegen das ungute Gefühl, irgendwie doch der Betrogene zu sein. Von der IG Metall kommt dazu keine Antwort. Die Kolleginnen und Kollegen bei Jungheinrich haben erkannt: Erfolg ist nur zu haben, wenn man die Sache selbst in die Hand nimmt.

Lohnabbau trotz Aufschwung

Unter der Überschrift „Kämpfen in Zeiten der Krise“ hatten die Politischen Berichte im Septemberheft 2010 über die Lage des Konzerns und die der Belegschaft berichtet. Das Marktvolumen für Gabelstapler war weltweit von 872 000 Einheiten in 2008 auf nur mehr 547 000 eingebrochen. Hiervon waren alle Regionen der Welt betroffen, vor allem aber die Kernmärkte in Europa mit nahezu einer Halbierung des Markts. Für den Jungheinrich-

Konzern bedeutete das zum Teil mehr als 40% Rückgang der Auslastung in den Werken. Ende 2009 konnte das Management in einem Interessenausgleich und Sozialplan Personalabbau und Lohnkürzungen durchsetzen, der ab 2010 seine Wirkung entfalten sollte.

Aber schon auf der Hauptversammlung der Jungheinrich Aktiengesellschaft im Juni 2010 verkündete der Vorstandsvorsitzende in seiner Sprache als Betriebswirtschaftler, dass der „operative Turnaround bereits nach acht Monaten geschafft“ wurde und man somit jetzt schon wieder beim Profit-Machen sei. „Auf die massiven Umsatz- und Auftragseinbußen reagierte die Unternehmensführung mit der schnellen und konsequenten Umsetzung umfassender Anpassungs- und Restrukturierungsmaßnahmen. Dank der richtigen strategischen Weichenstellung konnte Jungheinrich aber gestärkt aus der Krise herauskommen“, war in den Berichten an die Aktionäre zu lesen.

Was bedeutete das für die Belegschaft? Ab Frühjahr 2010 wurden wieder Leihleute eingestellt und Überstundenanträge sogar für Samstage gestellt. Die Kolleginnen und Kollegen,



Titel der Dezemberausgabe der METALL, der Zeitung der IG Metall

die ab Januar 2010 das Unternehmen in Richtung einer Auffanggesellschaft verlassen hatten, um in den vorgezogenen Ruhestand zu gehen, fehlten. Ein erstes Zugeständnis des Managements war es, dass der Betriebsrat des Werkes in Norderstedt das Gleitzeitmodell für die Beschäftigten in Wechselschicht, das eine hohe Qualität für die Kolleginnen und Kollegen darstellt, wieder in Kraft setzen konnte. Aber im Kernbereich der abgeschlossenen Vereinbarungen, beim Personalabbau und bei den Lohnkürzungen bewegte sich die Firma ganz und gar nicht. Nicht

Fortsetzung Seite 18

Linke im Bundestag

Reaktionen auf Tarifunfähigkeit der Christlichen Gewerkschaften gefordert

In der Bundestagdebatte Ende Dezember zur abschließenden Beratung des Antrages der Linken, forderte der rentenpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke, Matthias W. Birkwald in Reaktion auf die durch das Bundesarbeitsgericht festgestellte Tarifunfähigkeit der Christlichen Gewerkschaften, Ansprüche der Sozialversicherungsträger zu sichern. Christliche Gewerkschaften in Gestalt der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) hatten in den vergangenen Jahren auf Arbeitnehmerseite die Tarifverträge im Bereich der Leih- und Zeitarbeit abgeschlossen. An ihrer Legitimität gab es bereits seit Jahren erhebliche Zweifel. Wir zitieren im Folgenden aus der Rede von Matthias W. Birkwald:

[...] Das Bundesarbeitsgericht [...] hat am Dienstag ein klares und deutliches Urteil gefällt: Die sogenannte Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen, kurz CGZP, ist tarifunfähig. Das heißt, die christlichen Gewerkschaften hätten niemals Lohndumpingtarifverträge abschließen dürfen, und sie dürfen es auch künftig nicht. Das Urteil ist ein tarifpolitischer Meilen-

stein und ein großartiger Erfolg für die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, die jetzt nämlich vorenthaltenen Lohn nachfordern dürfen. [...] Die Christengewerkschaften sind ein grandioser Etikettenschwindel: Sie sind keineswegs christlich, und Gewerkschaften sind sie erst recht nicht. Ihre Nächstenliebe galt bisher ausschließlich den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Mit den Gefälligkeisttarifen ist jetzt Schluss. Dazu kann ich nur sagen: Gott sei Dank, dabei muss es auch bleiben.

Das Bundesarbeitsgericht hat seinen Job getan. Was ist jetzt zu tun? Es muss dringend dafür gesorgt werden, dass die Sozialkassen die Beiträge für 2006 erhalten [...]. Es geht um viel Geld. Die Bundesregierung hätte längst handeln müssen. Seit 2008 liegt das Problem auf dem Tisch, und 2009 hat Berlins Arbeitssenatorin Carola Bluhm die Bundesarbeitsministerin aufgefordert, aktiv zu werden. Frau Bluhm hat gegen die CGZP geklagt. Das hätten Sie, Herr Staatssekretär Fuchtel, und Ihre Ministerin Frau von der Leyen ebenfalls tun können. Sie haben es nicht getan, und das ist nicht zu akzeptieren.

Das Nichtstun kostet die Sozialkassen

jedes Jahr mehr als eine halbe Milliarde Euro. Ihnen geht es doch immer um Beitragssatzstabilität. Diese Beiträge gehen der Rentenversicherung und der Krankenversicherung komplett verloren, wenn die Ansprüche verjähren; diese Gefahr besteht. Für die Jahre 2004 und 2005 ist das Kind bereits in den Brunnen gefallen. 1,2 Milliarden Euro sind futsch [...]. Weitere zweieinhalb Milliarden Euro stehen auf dem Spiel [...] Was wollen wir? Wir Linken wollen unter anderem, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ab der ersten Stunde gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten wie die Festangestellten. Wir wollen, dass Leiharbeit in einem Betrieb auf höchstens drei Monate begrenzt wird. Die Linke will, dass Betriebsräte das Recht erhalten, über den Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern mitzubestimmen. Wir sagen: Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter dürfen für ihre Flexibilität nicht mit Dumpinglöhnen bestraft werden. Nein, stattdessen müssen sie mit einer Flexibilitätsprämie von 10 Prozent Lohnzuschlag belohnt werden. Kurzum: Das Lohndumping per Gesetz muss endlich ein Ende haben.

Jungheinrich AG Eine Belegschaft wehrt sich

einmal bei der Frage des eventuellen Vorziehens der Tarifierhöhung in 2011.

Auch Teile der Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall hatten Skrupel, die geschlossenen Vereinbarungen anzupacken und ihre Änderung zu fordern. Denn zugleich war Bestandteil des Interessenausgleichs und Sozialplans eine Beschäftigungszusage bis 2013 für die Belegschaft, die bleiben konnte. Wer traute schon der sich wieder erholenden Konjunktur? Vielleicht war sie nur ein Strohfeuer?

Ab Sommer 2010 war dann „überall“ vom heißen Herbst die Rede – auch die IG Metall organisierte Aktivitäten. Aber immer außerhalb der Betriebe. In Hamburg protestierten am 30. Oktober 2000 Metallerinnen und Metaller gegen die Sparpolitik der Bundesregierung: „Unsere Forderung an die Politik: Weg mit dem Sparpaket – Kurswechsel jetzt!“ Auf 23 Barkassen schipperten sie mit dieser Parole durch den Hafen. Für die Probleme der Kolleginnen und Kollegen von Jungheinrich war das keine Lösung.

Aktiv ohne IG Metall

In der Belegschaft des Jungheinrich-Werkes in Norderstedt war das Murren über diese vertrackte Situation nicht mehr zu überhören. Vertrauensleute und Betriebsrat mussten sich dazu verhalten und aktiv werden. Um es höflich zu sagen: Nicht gerade ermutigt von der IG Metall, machten sie sich an die Arbeit. Als erstes führten sie eine weitere Betriebsversammlung durch. Diese „weitere“ Betriebsversammlung kann der Betriebsrat nicht einfach einberufen, sie musste zunächst beim Arbeitgeber juristisch durchgesetzt werden. Das Betriebsverfassungsgesetz sieht in der Regel „nur“ eine Versammlung im Vierteljahr vor. Das gelang gegen die Bedenkenträger in den eigenen Reihen. Hier konnte, während de facto die Arbeit – schmerzlich für den Arbeitgeber – ruhte, die Lage dargestellt und erörtert werden. Hauptsächlicher Kritikpunkt der Kolleginnen und Kollegen: Die im Interessenausgleich und Sozialplan vereinbarten Schritte zur „Abschmelzung“ von betrieblichen Lohnbestandteilen, vor allem bei Akkordarbeitern. Die Versammlung bewirkte zunächst nur, dass der Arbeitgeber sich überhaupt zu Verhandlungen bereit erklärte. Da die Gesetzeslage in Deutschland es nicht erlaubt, aus betrieblichen Gründen die Arbeit niederzulegen, ließ sich die Interessenvertretung der Belegschaft noch etwas einfallen, um den Druck zu erhöhen. Die IG Metall Vertrauensleute forderten bei Schichtbeginn die Kolleginnen und Kollegen auf, sich nach der Frühstückspause kollektiv beim Be-

triebsrat über den Verhandlungsstand informieren zu lassen. Dies ist dann rechtlich kein „wilder Streik“; meldet sich die Kollegin, der Kollege dafür korrekt am Arbeitsplatz ab, muss der Arbeitgeber die anfallende Zeit sogar bezahlen. Immerhin ist das gesicherte Rechtsprechung.

Zwei solcher „Kantinenaktionen“ stärkten dem Betriebsrat in seinen Verhandlungen den Rücken.

Nach neun Verhandlungsrunden gab es dann folgendes Ergebnis: Die bisherigen Vereinbarungen, die die Beschäftigungsgarantie, aber auch die „Abschmelzung“ von Lohnbestandteilen enthalten, bleiben voll erhalten. Als Ausgleich wurde eine neue Zulage vereinbart, die entsprechend den vereinbarten Schritten des Lohnabbaus den Lohnverlust wett macht. Beides, „Abschmelzung“ wie deren Kompensation durch die neue Zulage, wird in der Gehaltsabrechnung dokumentiert. Dafür zahlt die Belegschaft aber einen hohen Preis. Es wurde eine Quote für Leihkräfte in Höhe von 25% der gewerblichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vereinbart. Um den Einsatz der Leihleute teurer zu machen, wurde für sie eine Sonderregelung vereinbart. Sie bekommen zuzüglich der Zahlungen durch die Leihfirma von Jungheinrich 13% Zuschlag auf das Tarifentgelt bei Zeitentgelt, 17% Zuschlag auf das Tarifentgelt bei Leistungsentgelt und die bei Jungheinrich übliche Schichtzulage.

Die Betriebsräte waren sich abschließend nicht sicher, ob sie mit diesem Ergebnis vor die Belegschaft treten könnten. So einfach unterschreiben per Betriebsratsbeschluss wollten sie das Papier nicht. Sie mussten sich eine Legitimation zum Abschluss einer solchen Regelung beschaffen. Auch dazu hatten sie eine gute Idee. Auf der regulären Betriebsversammlung im Dezember 2010 stellten sie ausgiebig das Verhandlungsergebnis dar. Und die Kolleginnen und Kollegen, die zur Versammlung gekommen waren, konnten dann beim Verlassen der Versammlung schriftlich ihr Votum abgeben, ja oder nein. Mit 70 Prozent Zustimmung wurde das Verhandlungsergebnis angenommen. Die Vertrauensleute berichteten, dass seitdem der Streit in dieser Sache innerhalb der Belegschaft befriedet ist.

Dass sie in dieser schwierigen Lage durch selbständiges Agieren einen – wenn auch geringen – Erfolg erzielt haben, hat sie gestärkt. Dass die IG Metall als Organisation in diesem betrieblichen Konflikt nicht unterstützend präsent war, ist um so mehr zu bedauern.

Karl-Helmut Lechner

Mehr Verbraucher-schutz durch Berufsverbotsdrohung?

Ende Januar ist die zweite und dritte Lesung des „Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetzes“ im Bundestag terminiert. Die Bundesregierung konstatiert in der Begründung, in der Finanzmarktkrise seien „Defizite an den Kapitalmärkten“ bekannt worden, die das „Vertrauen der Marktteilnehmer und insbesondere der Gesamtbevölkerung in funktionsfähige Märkte und ein faires, kundenorientiertes Finanzdienstleistungsangebot zu unterhöhlen drohen“. Es verfestigte sich der Eindruck, „dass die Beratungsleistungen der Institute wesentlich durch Vertriebsvorgaben und Provisionsinteressen beeinflusst werden und Kundeninteressen nur eine untergeordnete Rolle spielen“.

Auch die Gewerkschaft Verdi hat von den Arbeitgebern „Lehren aus der Finanzmarktkrise“ eingefordert – faire Arbeitsbedingungen und faire Beratung bis hin zum Verzicht auf produktverkaufsbezogene Zielvorgaben und Zielvereinbarungen, mit denen die Berater gegen Kundeninteressen unter Verkaufsdruck gesetzt werden. Außer einer Absichtserklärung wurde

Verdi-Stellungnahme (Auszug)

Mindestanforderungen und Meldepflichten für Kundenberater

Wir begrüßen es außerordentlich, dass der Einsatz in der Kundenberatung von der Einhaltung bestimmter Mindestanforderungen abhängig gemacht werden soll. Ähnlich wie in der Versicherungsvermittlung sollte sich nicht jeder Finanzberater nennen dürfen.

Wir verweisen darauf, dass bei den Kreditinstituten meist auf eine dreijährige Berufsausbildung noch eine innerbetriebliche oder überbetriebliche, oft genug sogar eine universitäre Weiterbildung aufgesattelt wird. ...

Ob die Anzeigepflicht tatsächlich einen Nutzen stiftet, muss allerdings in Frage gestellt werden. Bei einer Anzahl von mindestens 300 000 Beraterinnen und Beratern nur in den Banken dürfte der Erstellungs- und vor allem der laufende Pflegeaufwand dieser Datei immens sein. ...

Berufsverbot für Berater

Es ist logisch und somit nachvollziehbar, wenn der Gesetzentwurf in dem neuen § 34d Absätze 1 bis 3 besondere Mindestanforderungen stellt, dass dann die BaFin beim Nichterfüllen

aber nichts erreicht (siehe PB 4/2010 und 7/2010).

Jetzt will der Staat die Beziehung der Bankberater zur Kundschaft auf seine Weise regeln. Das Gesetz soll die Banken verpflichten, dem Kunden nur geeignete Produkte zu empfehlen und mit ihren Vertriebsvorgaben Kundeninteressen nicht zu beeinträchtigen. Dies, wie auch die Mindestanforderungen an die Qualifikation der Berater, wird von Verdi ausdrücklich begrüßt.

Dass aber die Bankenaufsicht BaFin ein elektronisches Arbeitsbuch für alle 300 000 Kundenberater und ihre Vorgesetzten einrichtet, dass der Staat sich das Disziplinarrecht nimmt, diese bei Fehlverhalten direkt zu verwarnen

oder gar mit Tätigkeitsverboten zu belegen, dass die BaFin diese Sachverhalte weltweit im Internet veröffentlichen darf, findet den Widerspruch der Gewerkschaft. Neben Disziplinarrecht des Arbeitgebers und Haftungsrisiken bei Fehlverhalten soll die Drohung mit faktischem Berufsverbot als Dammoklesschwert über den Angestellten schweben. Verdi fordert dagegen, die Stellung des Beraters gegenüber Vorgesetzten und Bank zu stärken. Der Ausbau des Beschwerderechts, auch in einem anonymen Verfahren hin zu den Behörden – „Whistle-blowing“ nach US-amerikanischem Vorbild – wäre eine nützliche Modernisierung des deutschen Arbeitsrechts. *Georg Stingl*

Mindestlohn im Einzelhandel geht in die Entscheidungsphase.

FAZ, Do. 23.12.2010. Ende März laufen die ersten regionalen Entgelttarifverträge für die Beschäftigten im Handel aus, ein Bundestarifvertrag (TV) über Mindestlöhne soll in der Branche abgeschlossen werden. Dieser TV ist eine Voraussetzung dafür, die Allgemeinverbindlichkeit nach dem Tarifvertragsgesetz zu erreichen. Die Einstiegsgehälter sollen nach dem Willen vom Einzelhandelsverband HDE und der Gewerkschaft Verdi nicht nach dem Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt werden, dadurch soll eine Einflussnahme durch die Regierungskoalition verringert werden. Die dann neu ausgehandelten niedrigsten Löhne sollen so bundesweit festgeschrieben werden. Wenn mehr als die Hälfte der 2,9 Millionen Arbeitnehmer im Handel in tarifgebundenen Unternehmen arbeiten und ein öffentliches Interesse an einer Lohnuntergrenze durch das Bundesarbeitsministerium zugestanden wird, muss der Tarifausschuss sich einstimmig für einen Mindestlohnantrag aussprechen. Der Discounter Lidl hatte einen allgemeinen Mindestlohn in Deutschland von 10 Euro gefordert, um Lohndumping zu verhindern. Derzeit liegen die niedrigsten Löhne bei 7 Euro.

Einzelhandel (HDE) sieht Sonderangebote in Gefahr.

– FAZ, Mo. 27.12.2010. Der HDE wirft dem Bundeskartellamt vor, mit seiner harten Linie eine Politik zu Lasten der Verbraucher zu betreiben. „Wir sind an dem Punkt angelangt, wo die Unsicherheit über das, was erlaubt und verboten ist, wirtschaftliche Freiräume in gefährlicher Weise einengt. Am Ende zahlt der Verbraucher für die Dogmatik des Kartellamtes“, so HDE-Präsident Sanktjohanser. Wenn das Kartellamt den Handel darin hindere, Aktionen mit den Lieferanten abzustimmen, werde es weniger Sonderangebote geben.

Industrie fordert 4 Milliarden Euro für Elektroautos.

– FAZ, Mo. 29.12.10. Aus dem Zwischenbericht der Nationalen Plattform Elektromobilität, ein von der deutschen Autoindustrie dominiertem Gremium, geht hervor, dass ein Gesamtvolumen von ca. 4 Milliarden Euro dafür veranschlagt werde, das Geschäft mit Elektroautos in Fahrt zu bringen. Davon soll die Bundesregierung ca. 2 Mrd. Euro bis 2013 investieren. Gefordert wird zudem der gänzliche Verzicht auf die Dienstwagenbesteuerung für Elektroautos sowie die Förderung von Batteriefabriken. Angesichts der schon im vergangenen Jahr gezahlten Abwrackprämien mit einem Gesamtvolumen von 5 Mrd. Euro und der Milliardengewinne der Autohersteller haben sich Wirtschafts- und Verkehrsministerium bereits von einer Förderung in dieser Höhe distanziert. *Zusammenstellung: rst*

Berufsverbot und Internetpranger für Bankangestellte – Entwurf Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz. (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703628.pdf>)

§ 34 d) Absatz 4

Liegen Tatsachen vor, aus denen sich ergibt, dass ein Mitarbeiter

1. nicht oder nicht mehr die Anforderungen nach Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 1 erfüllt, kann die Bundesanstalt ... dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen untersagen, den Mitarbeiter in der angezeigten Tätigkeit einzusetzen, solange dieser die gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllt, oder

2. gegen Bestimmungen dieses Abschnittes verstoßen hat, deren Einhaltung bei der Durchführung seiner Tätigkeit zu beachten sind, kann die Bundesanstalt ...

a) das Wertpapierdienstleistungsunterneh-

men und den Mitarbeiter verwarnen oder

b) dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen für eine Dauer von bis zu zwei Jahren untersagen, den Mitarbeiter in der angezeigten Tätigkeit einzusetzen.

Die Bundesanstalt kann unanfechtbar gewordene Anordnungen im Sinne des Satzes 1 auf ihrer Internetseite öffentlich bekannt machen, es sei denn, diese Veröffentlichung wäre geeignet, den berechtigten Interessen des Unternehmens zu schaden. Die öffentliche Bekanntmachung nach Satz 2 hat ohne Nennung des Namens des betroffenen Mitarbeiters zu erfolgen. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach Satz 1 haben keine aufschiebende Wirkung.

dieser Mindestanforderungen berechtigt sein muss, eine Beschäftigung in der in Frage stehenden Tätigkeit zu untersagen (Abs. 4 Ziffer 1).

Auf unseren scharfen Widerspruch trifft jedoch die Formulierung in dem neu vorgesehenen § 34d Absatz 4 Ziffer 2. Durch den Gesetzentwurf wird das Direktionsrecht des Arbeitgebers nicht außer Kraft gesetzt. Deshalb wäre es ein Systembruch, wenn an Stelle der Verantwortlichkeit des Wertpapierdienstleistungsunternehmens nun die Verantwortlichkeit der Beraterin / des Beraters träte. Bereits jetzt sehen sich unsere Kolleginnen und Kollegen viel zu oft in einem Spagat zwischen Kundeninteressen und Vertriebsvorgaben. Hier hilft diese Formulierung nicht, im Gegenteil sie verstärkt den Druck auf die Beraterinnen und Berater.

Alle Beschäftigten handeln im Rahmen ihres Arbeitsvertrages namens und im Auftrag des Unternehmens. Nach dem bisherigen Haftungsrecht ist deshalb auch primär das Unternehmen verantwortlich für die Ergebnisse des Handelns, ggf. auch haftbar für Fehler oder Schäden. Nur wenn dem Beschäftigten Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit bewiesen werden kann, trifft sie oder ihn eine Haftung. Wenn

die vorgeschlagene Bestimmung überhaupt Bestand haben kann, dann nur in dieser ans Haftungsrecht angepassten Form. ...

Im Gegensatz zum Regierungsentwurf ist eher zu überlegen, ob die Stellung des Beraters gegenüber den Vorgesetzten und der Bank gestärkt werden kann. Hier wäre ein Beschwerderecht der/s Beschäftigten denkbar, das auch in einem anonymen Verfahren Anwendung finden sollte (Whistle-blowing). Hierzu sollte beim BaFin eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden.

Veröffentlichung von Tätigkeitsverboten

So sinnvoll Transparenz und Klarheit sind, hier scheint die Formulierung nicht praktikabel. Bei vorsätzlichen Verstößen des Beraters gegen die Bestimmungen nach §§ 31 bis 37 des WpHG dürfte es wohl immer berechnete Interessen der (dann ja unschuldigen) Bank gegen eine Veröffentlichung geben. Ansonsten wäre das – neben der sonstigen Bestrafung – Öffentliche-anden-Pranger-Stellen nur eine zusätzliche Belastung und Ungerechtigkeit gegen einen Berater, der im Zweifel nichts anderes gemacht hat, als den Zielvorgaben der Bank oder seiner Vorgesetzten zu folgen.

Wählerpotential, Wählerstruktur und Wahlstrategie der Linken

Thesen von Prof. Dr. Michael Vester, Leibniz Universität Hannover (m.vester@ipw.uni-hannover.de) zur Diskussion bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 30. Oktober. 2010. Dokumentation mit freundlicher Genehmigung der rls.

In meinen Thesen möchte ich, aus der Perspektive eines unabhängigen wissenschaftlichen Beobachters, nicht isolierte Techniken des Wahlkampfes darstellen, sondern längerfristige Perspektiven entwickeln, für die die politischen Parteien verschiedene Voraussetzungen mitbringen. Die Linkspartei konkurriert vor allem mit der SPD und den Grünen um ein in sich vielfältiges linkes Stimmenpotential eines partizipativen sozialökologischen Wohlfahrtsstaates. Dieses Potential ist in der Bundesrepublik nachhaltig auf mehr als 50 Prozent angewachsen, kann aber von diesen drei Parteien bisher weder sicher gebunden noch vollständig zur Wahlbeteiligung mobilisiert werden. Dies gilt auch für die Linkspartei, auch wenn sie etwa die Hälfte ihrer mehr als zehn Prozent Wählerinnen und Wähler bereits über die reine Protestwahl hinaus binden kann. Auch die Linkspartei befindet sich noch in unabgeschlossenen Klärungsprozessen.

Welche Wählermilieus können von welcher Partei auf welche Weise dauerhaft mobilisiert und gebunden werden? Wie gliedern, differenzieren und modernisieren sich die Wählermilieus? Wie können Parteien durch die Differenzierung in Flügel ein breiteres Spektrum erreichen? Diese Fragen werden hier in 14 knappen Thesen behandelt.

Eingehender untersucht sind sie in drei auf umfassenden und repräsentativen Forschungen beruhenden Büchern:

Michael Vester, Peter von Oertzen, Heiko Geiling u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2001.
Michael Vester, Christel Teiwes-Kügler, Andrea Lange-Vester: Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Vorwort von Berthold Huber, Hamburg: VSA 2007.

Heiko Geiling (Hg.): Die Krise der SPD – Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Münster: Lit 2009.

1. Die Wählerschaft bildet keinen Markt, sondern ein gegliedertes Feld.

Die Wählerinnen und Wähler sind keine individualisierten Einzelpersonen, die ohne Bindungen sind und sich jeweils völlig neu für eine politische

Partei entscheiden, die ihre jeweiligen persönlichen Interessen oder Vorteile vertritt. Das gilt auch für ideologische oder intellektuelle Präferenzen oder Programme. Die öffentliche Meinung ist kein Markt, der durch das Spiel von Angebot und Nachfrage reguliert wird, sondern ein Feld, das durch relativ dauerhafte Lagerbildungen (sog. „cleavages“) gegliedert ist.

2. Politische Bindungen entstehen aus Bildern einer gerechten Sozialordnung.

Die Bindungen müssen sich primär nicht äußerlich manifestieren, etwa in der klassischen Zugehörigkeit zu einer Kirche oder einer Gewerkschaft. Auch nach dem Rückgang früherer Bindungen an bestimmte Parteien oder Verbände bleiben die inneren Vorstellungen von einer gerechten sozialen Ordnung („Ordnungsbilder“) bestehen. Sie sind dauerhaft (und nicht selten auch in der Generationenfolge) verfestigt in bestimmten Ordnungsbildern. Dabei überwiegen immer noch die Ordnungsbilder des klassischen Spektrums „linksradikal-sozialistisch-sozialdemokratisch-sozialkonservativ-strengkonservativ-rechtspopulistisch“. Seit den sozialen Bewegungen der 1960er Jahre ist ein neues Ordnungsbild hinzugekommen, das als „postmaterialistisch“, „zivilgesellschaftlich“ oder „partizipatorisch“ bezeichnet wird. Es geht nicht nur um die Verteilung materieller Güter, sondern auch um die Verteilung von Macht, also um Selbstbestimmung und um Mitbestimmung von unten.

3. Bindungen werden erst durch den Aufbau von Vertrauenskapital dauerhaft.

Die Präferenz für eine bestimmte soziale Ordnung ist kein hinreichender Grund für eine bestimmte Parteipräferenz. Auf der Grundlage der gleichen Ordnungspräferenz können verschiedene Parteibindungen entstehen. Eine solche hinreichende Bindung entsteht selten allein durch intellektuelle und informative Kanäle. In der Regel entsteht sie durch lange praktische Erfahrung, d.h. wenn Parteien durch ihre Praxis und durch ihre Personen vor Ort über längere Zeit Vertrauenskapital akkumulierten. Dieses „soziale Kapital“ (Bourdieu) verfestigt sich zu einer inneren, auch gefühlsmäßigen Bindung der Wählerinnen und Wäh-

ler. Von Parteirepräsentanten wird es auch in ihrem persönlichen Verhalten, Stil und Habitus buchstäblich „verkörpert“. Der Aufbau dieses Vertrauenskapitals ist daher nur durch eine lange Arbeit und Erfahrung vor Ort möglich. Das Beispiel der Grünen, die gegenüber der Linkspartei etwa zwanzig Jahre Vorsprung haben, zeigt, dass dies auf zwei recht unterschiedlichen Ebenen geschehen kann:

- Kümern in Alltagsangelegenheiten,
- Abgrenzen in politischen Konflikten.

Dies ist nicht ein rein technisches Geschehen, sondern die Herausbildung einer Erfahrungsgemeinschaft, in der nach und nach eigenen Werte- und Alltagskulturen entstehen. Die Grünen repräsentieren insofern auch ein ganzes „Lebensgefühl“, „a structure of feeling“, wie Raymond Williams, der große Repräsentant des englischen kulturellen Marxismus es nannte. Die Grünen geben die symbolischen Signale, die für die jetzt wieder erwachenden Bürgerbewegungen und die jüngeren Generationen die eigene Sprache sind. Die Linkspartei ist auf einem ähnlichen Weg und darf nicht ungeduldig werden. Da sie ihren Weg zwanzig Jahre später als die Grünen begonnen hat, sind die jetzt erreichten elf oder mehr Prozent schon ein ganz beachtlicher Erfolg.

(Es gibt auch noch ein anderes, vielleicht sogar wichtigeres historisches Beispiel. In Nordrhein-Westfalen hat die SPD Jahr um Jahr auf Kosten der CDU mehr oder minder um einen Prozentpunkt zugelegt, wir nannten das den „Genossen Trend“, bis sie dann nach Mitte der 1960er Jahre Regierungspartei werden konnte. Ihr Vertrauenskapital wurde wesentlich von den Betriebsräten geschaffen, die sich seit der Nachkriegszeit um ihre Alltagsorgen gekümmert hatten – Kartoffeln besorgen, Wohnung suchen, Formulare ausfüllen usw. Die Betriebsräte waren ursprünglich, dem ganzen katholisch-sozialkonservativen Milieu entsprechend, meist in der CDU gewesen, wurden dann Ratsmitglieder und sind schließlich angesichts der konservativen CDU-Politik in die SPD übergewechselt. Dorthin haben sie ihre Wählerinnen und Wähler, die durch den Wertewandel jener Zeit auch weniger obrigkeitstaatlich dachten als noch ihre Eltern, meist mitnehmen können.

Später erstarrte das SPD-Establishment und verlor vor allem die nächste Generation wieder an die Grünen.)

4. Wahlerfolge hängen mehr von der Mobilisierung der eigenen Potentiale als von Wechselwählern ab.

Wegen der tiefen gefühlsmäßigen Verankerung der Lagerbindungen ist es – entgegen der These von Angebot und Nachfrage auf dem Wählermarkt – vergleichsweise selten, dass, wie es suggestiv heißt, die Bindungen „erodieren“ und die Wähler zu „volatilen“, d.h. flatterhaften, „Wechselwählern“ werden. Die Abwanderungen von Wählerinnen und Wählern erfolgen vielmehr nach System, nach einer klaren Logik:

- Strukturelle Verschiebungen der Wählerpotentiale sind extrem langsam und erklären daher keine größeren Wahlniederlagen.

- Größere Wahlniederlagen beruhen zunächst darauf, dass Stammwähler, die von der Gesellschaftspolitik ihrer bestimmten Partei enttäuscht sind, lieber zu Hause bleiben. Aufgrund ihrer inneren Bindungen können sie noch nicht „die anderen“ wählen. So entsteht die optische Täuschung einer Wählerwanderung,

- Dauert die Entfremdung von Wählern und ihrer Partei länger und wachsen Konkurrenzparteien heran, die die von der Stammpartei aufgegebenen Gesellschaftspolitik glaubhaft vertreten, dann kann vor allem der jüngere Teil der Enttäuschten zu diesen wandern, während die älteren Enttäuschten eher Nichtwähler bleiben.

Diese Vorgänge sollen im Folgenden eingehender erläutert werden.

5. Volksparteien binden ein plurales Spektrum benachbarter Ordnungsmodele.

Umwasfüreine Art von „Gesellschaftspolitik“ geht es? – Die Entstehung der kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten in und nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahren ist das Werk von Kompromissen und Arrangements verschiedener Klassen bzw. Klassenfraktionen. Es werden drei Modelle oder genauer: historische „Pfade“ (mit nationalen Varianten) unterschieden. Alle drei Modelle beruhen auf einer mehr oder minder mit John Maynard Keynes begründeten Wirtschafts- und Ordnungspolitik. Deren Grundannahme ist, dass der Kapitalismus aus eigener Kraft Wirtschaftskrisen und gefährliche soziale Polarisierungen nicht vermeiden und nicht überwinden kann. Er kann dies nur (und in gewissen Grenzen) durch Intervention des Staates und der Gesellschaft.

(1) Der skandinavische (und bis 1951 der englische) Wohlfahrtsstaat

entstand unter sozialdemokratischer Hegemonie. Er beruhte auf der steuerfinanzierten sozialen Sicherung und einem historisch lange angebahnten Kompromiss großer Fraktionen der organisierten Arbeiter-, Angestellten-, Bauern- und Intelligenzmilieus und der Frauenbewegung mit Teilen des moderneren Managerkapitals. Er verbesserte vor allem die Anhebung der unteren Klassen auf Standards der Mitte, die Frauengleichstellung und den Ausbau des Wohlfahrtssektors, der auch einen großen Beschäftigungseffekt hatte.

(2) Der kontinentaleuropäische Wohlfahrtsstaat entstand unter konservativ-bürgerlicher Hegemonie. Er beruhte auf dem seit dem Bismarckschen Sozialversicherungsstaat angebahnten Kompromiss zwischen sozial-konservativen Unternehmer-, Arbeiter-, Angestellten-, Bildungs- und Beamtenmilieus und ging auch Kompromisse mit der Gewerkschaftsbewegung ein (Mitbestimmung, Betriebsräte, Lohnfortzahlung usw.). Er verbesserte die soziale Sicherheit für fast alle (sog. „Entproletarisierung“). Unangetastet ließ er die konservative Hierarchie gestufter Rechte und behinderte so die Frauengleichstellung, die Gleichheit der Bildungschancen, die Ausländergleichstellung usw.

(3) Der angelsächsische Wohlfahrtsstaat entstand unter liberal-bürgerlicher Hegemonie. Als Kompromiss zwischen bürgerlichen Ober- und Mittelschichten betonte er stärker die private Selbstvorsorge und die Deregulierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Durch Mobilisierung der Mittel- und Oberschichten kamen 1979 in England (Thatcher) und 1980 in den USA (Reagan) neokonservative Regierungen an die Macht, die eine extreme Privilegierung der Oberschichten und die Deregulierung des internationalen Finanzsystems durchsetzten.

6. Die Vorstellungen eines solidari-schen Wohlfahrtsstaats sind in der Bevölkerung bleibend verankert, entwickeln sich aber durch neue Dynamiken in emanzipatorischer und demokratischer Richtung weiter.

Die Grundprinzipien jedes der drei Pfade sind keine „intellektuellen“, sondern praktische Überzeugungen. Sie haben sich durch lange Praxis und Erfahrungen mit den Institutionen tief in den Gewohnheiten und Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen verankert. Die Grundprinzipien sind aber nicht völlig starr. Innerhalb dieses Rahmens gibt es eine Modernisierungsbewegung zu mehr Partizipation und Emanzipation, also Mündigkeit. Dies beruht auf einer Verschiebung der Klassenstruk-

tur hin zu den moderneren Klassenmilieus. Unvermindert, auf inzwischen mehr als 30% gewachsen sind vor allem die jüngeren und besser ausgebildeten Milieus, deren Angehörige im Beruf wie in der Lebenswelt mehr Selbst- und Mitbestimmung wünschen. Dadurch verschieben sich in der Bevölkerung die Mehrheiten nach und nach zugunsten des ersten Modells, des solidarischen Wohlfahrtsstaates. Es handelt sich um zwei parallele Prozesse, den Strukturwandel der Arbeit und den Strukturwandel der Alltagskultur.

7. Strukturwandel der Arbeit: Widerspruch zwischen Höherqualifikation und zunehmender Unsicherheit

Der Strukturwandel der Arbeit folgt aus der zunehmenden beruflichen Arbeitsteilung und Spezialisierung. Die Entwicklung der menschlichen und technischen Produktivkräfte ist in der neuen technologischen Revolution noch einmal ungeahnt gesteigert worden, verläuft aber sehr widersprüchlich. Die neoliberale Deregulierungspolitik fördert eine zunehmend ungleich Verteilung der Vorteile und Lasten dieser Entwicklung.¹ Zugleich nimmt die horizontale Differenzierung der Erwerbsstruktur durch produktivere, bessere Fachqualifikationen und Technologien zu. Beide Entwicklungen erzeugten nicht nur eine enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums, sondern verstärkten auch drei große Verschiebungen in der Berufsstruktur.

(1) *Zunahme des Bildungskapitals, der höheren Berufsqualifikationen und Bildungsabschlüsse – Stichwort „Kompetenzrevolution“.* Allein von 1990 bis 2007 stieg in der BRD der Anteil der Hochschul- und Fachschulabsolventen an den Erwerbstätigen von 37% auf 47%. Der Anteil der Facharbeiter und Fachangestellten sank von 38% auf 31%. Der Anteil der gering qualifizierten Erwerbstätigen blieb hoch, sank aber doch von 27% auf 22%. Viele gering Qualifizierte wurden in die Dauerarbeitslosigkeit (mindestens die Hälfte der gut 9% Arbeitslosen) abgedrängt. (Vester 2010)

(2) *Expansion der Dienstleistungsberufe auf Kosten der Industrieberufe – Stichwort „Tertiärisierung“.* Durch steigende Effizienz sank von 1990 bis 2007 die Beschäftigung in den technisch-industriellen Berufen von 43% auf 32%. Die Beschäftigung in den Verwaltungsdienstleistungen (einschließlich der Finanz-, Rechts-, Vermarktungs- und Büroberufe) stieg von 25% auf 28%. Die Humandienstleistungen (einschließlich der Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Kultur- und Ordnungsberufe) stiegen von 24% auf

1 Im Interesse der internationalen Exportkonkurrenz senkten die neoliberalen Politiken die Stückkosten durch Dämpfung der Arbeitseinkommen und deren (für die Finanzierung sozialer Ausgaben wichtigen) Nebenkosten so, dass seit den 1980er Jahren die Einkommen in der sozialen Mitte stagnierten und später unsicherer wurden und dass im untersten Fünftel der Gesellschaft zunehmend unterprivilegierte Einkommens- und Soziallagen entstanden.

28%. (Vester 2010)

(3) Wachstum der Erwerbstätigkeit von Frauen – Stichwort „Feminisierung“. Die wachsenden Berufsgruppen der Höherqualifizierten und der Dienstleistenden waren auch die Gruppen, in denen der Frauenanteil eher hoch war. Von 1970 bis 2001 ist der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen von 36% auf 44% gestiegen. (Rudzio 2003: 439)

8. Strukturwandel der Alltagskultur: Widerspruch zwischen wachsenden Emanzipationspotentialen und Politiken der Entmündigung.

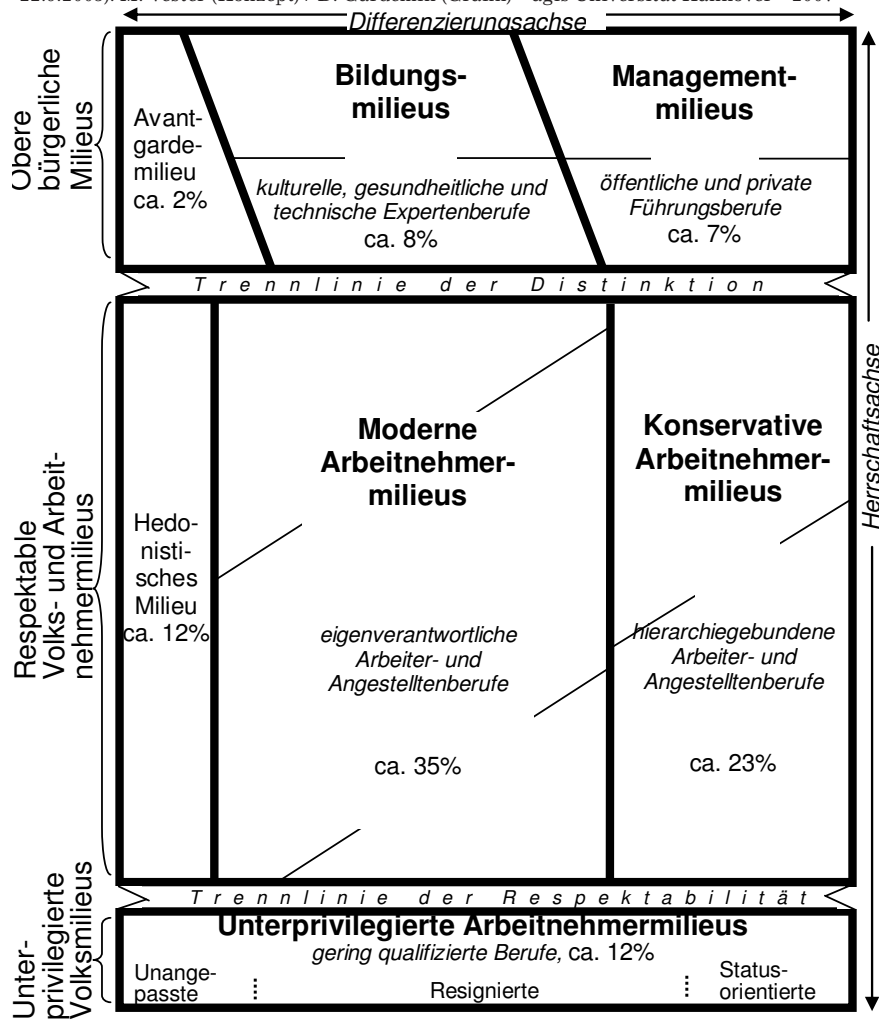
Der Strukturwandel der Alltagskultur war ein paralleler, durch den Strukturwandel der Arbeit mitbedingter aber doch relativ autonomer Prozess der Veränderung der Werte, der Lebensstile und des Habitus. Hier nahm die Untertanenhaltung gegenüber Autoritäten ab und die Bereitschaft zu Selbst- und Mitbestimmung und zur Reflexion zu. Vor allem in den jüngeren Generationen differenzierten sich selbstbestimmte neue Lebensstile, Subkulturen und Mentalitäten heraus. Das Gefüge der Klassenmilieus, ihrer Alltagskultur und -praxis veränderte sich insbesondere über drei Dynamiken:

(1) „Partizipatorische Revolution“. Bereits seit den fünfziger Jahren wurde mit der gewerkschaftlich erkämpften Teilhabe und den höheren Mitwirkungsrechten der Arbeitnehmer in Betrieb und Gesellschaft der alte Macht-Ohnmacht-Gegensatz zurückgedrängt. Durch die jungen sozialen Bewegungen der 1960er Jahre erhielt diese Dynamik einen neuen Schub. Soziologen sprachen von einer regelrechten „partizipatorischen“ oder „Teilnahmerevolution“ (Kaase 1984). Mit den neuen Technologien und intelligenten Arbeitsqualifikationen sind seit den sechziger Jahren die Bildungsstandards in immer mehr Bereichen erheblich angestiegen. Das macht immer mehr Beschäftigte fähig, ohne Anweisungen von oben eigenverantwortlich zu handeln. Machthierarchien verlieren ihre sachliche Legitimation. (vgl. Vester, von Oertzen, Geiling u.a. 2001)

(2) „Bildungsexpansion“. Dank des steigenden ökonomischen Bedarfs an höheren Qualifikationen hat auch die Bildungsbeteiligung der Kinder von Landwirten, Arbeitern und einfachen Angestellten, den früheren „bildungsfernen Schichten“ seit 1950 erheblich, wenn auch gebremst zugenommen; von ihnen gelangte etwa die Hälfte über die Hauptschule hinaus, und zwar ein Drittel auf die Realschule und ein Sechstel auf das Gymnasium und ein kleinerer Prozentsatz in ein Hochschulstudium. (Vester 2006) Die Hauptschule, auf die früher vier Fünftel der Kinder gingen, wurde mit nur einem Fünftel der Kinder zur Restschule (Geißler 2008: 275).

Abb. 1 Soziale Milieus und Berufsfelder in Westdeutschland

Statistische Grundlage der Milieuprofile: Repräsentative Erhebung (n=2.699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 14 Jahre 1991 (nach: M. Vester u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. 2001); Umformulierung der Milieubezeichnungen aufgrund der Neuauswertung der Erhebung in: W. Vögele u.a. (Hg.), Soziale Milieus und Kirche, Würzburg 2002; Hochrechnung auf die Milieugrößen von 2003 (nach: Sigma – Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen, Die sozialen Milieus in der Verbraucheranalyse, www.sigma.online.de v. 22.9.2003). M. Vester (Konzept) / D. Gardemin (Grafik) – agis Universität Hannover – 2007



(3) „Emanzipation der Lebensstile“. Die steigenden Wohlstandsstandards und Kommunikationsmöglichkeiten ermöglichten Bewegungen der Emanzipation der Lebensstile. Besonders in der Lebenswelt sind Selbstverwirklichung und eigene Gestaltung der Lebensentwürfe wichtiger geworden. An die Stelle von Konformität und Unterordnung ist oft, wenn auch durch das neoliberale Roll-back wieder zurückgedrängt, ein stärkeres Aushandeln und mehr Respekt vor den Einzelnen getreten.

Diese Entwicklung der Produktivkräfte und der Alltagskultur geriet seit den 1970er Jahren immer mehr in Widerspruch zur neoliberalen Ummodellierung der Institutionen. Die zunehmend ungleiche Verteilung des wachsenden Reichtums wird nicht nur als materielles Problem, sondern auch als sozialmoralisches Gerechtigkeitsproblem erfahren. Wie in den 1950er/60er Jahren werden von den Menschen erhebliche Umstellungen auf neue Ausbildungen, Berufe und Lebensweisen verlangt. Doch deren Risiken werden,

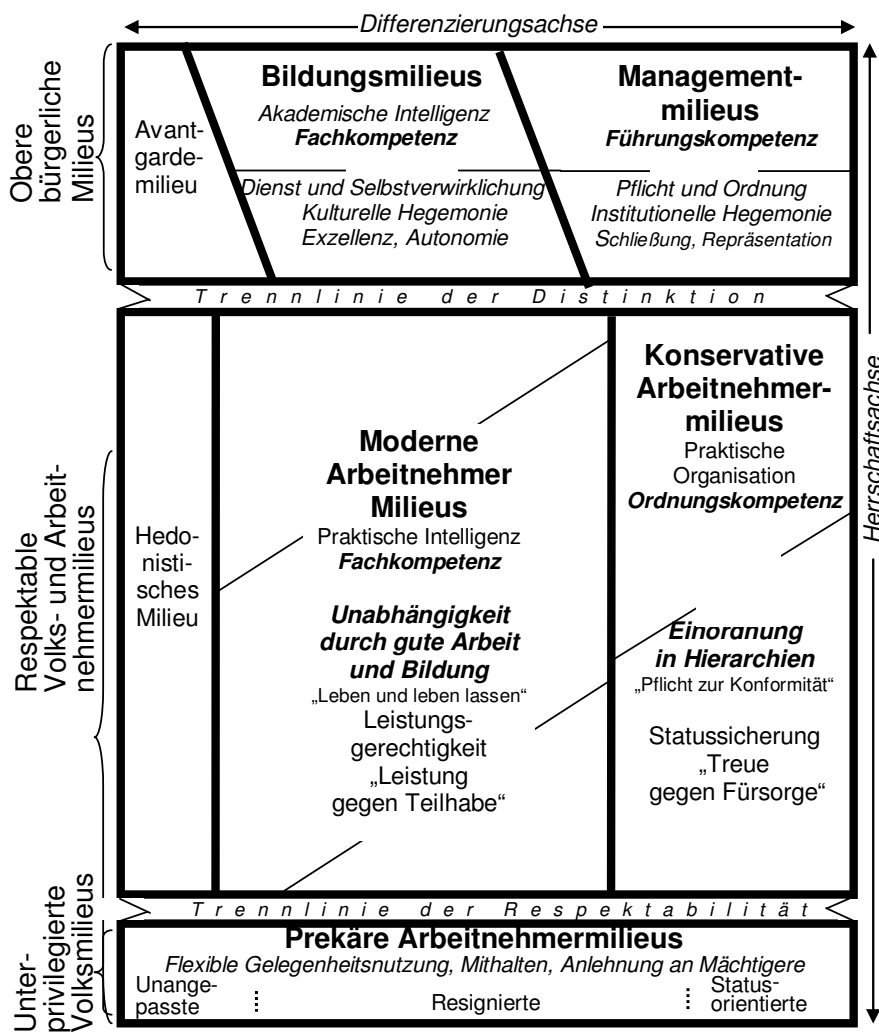
anders als damals, nicht mehr wohlfahrtsstaatlich flankiert. Im Interesse des „Shareholder-value“ und mit Hinweis auf die steigende Arbeitslosigkeit wurden Unternehmen und Staat dazu genötigt, nach und nach Politiken der Senkung bzw. Bremsung der Lohn- und Sozialkosten und eines straffen disziplinierenden Leistungsdrucks zu entwickeln.

9. Die Linkspartei ist Teil eines wachsenden, sich verändernden solidarischen Reformlagers.

Seit den 1970er ist das Gesamtpotential, das die Parteien des rot-grünen Lagers mobilisieren können, im Bundesdurchschnitt von etwa 46% auf etwa 54% angestiegen. Parallel ist das Potential des schwarz-gelben oder „bürgerlichen“ Lagers geschrumpft. Diese Verschiebung beruht auf einer Verschiebung der Klassenstruktur hin zu den moderneren Klassenmilieus. Gewachsen sind vor allem die jüngeren und besser ausgebildeten Milieus, deren Angehörige im Beruf wie in der Lebenswelt mehr emanzipatori-

Abb. 2 Soziale Milieus und Strategien der Lebensführung in der BRD

Statistische Grundlage der Milieuprofile: Repräsentative Erhebung (n=2.699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 14 Jahre 1991 (nach: M. Vester u. a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. 2001); Umformulierung der Milieubezeichnungen aufgrund der Neuauswertung der Erhebung in: W. Vögele u. a. (Hg.), Soziale Milieus und Kirche, Würzburg 2002; M. Vester (Konzept) / D. Gardemin (Grafik) – agis Universität Hannover – 2007



sche und demokratische Möglichkeiten wünschen. Dieser Wandel löst die Klassegegensätze nicht auf, sondern reproduziert sie auf höherer Stufe. Dabei ist dreierlei zu beachten:

- Der Mentalitätswandel ist nicht mit einer Auflösung der Arbeitnehmeridentität durch eine sog. „Individualisierung“ zu verwechseln. Er gehört vielmehr ebenso zur Identität der jüngeren Arbeitnehmermilieus wie das Bewusstsein eines Gegensatzes der Interessen und der Alltagsmoral (oder -kultur) zwischen oben und unten.
- Die Klassegegensätze spielen sich sowohl in Fragen der materiellen Verteilung wie in Fragen der Machtverteilung ab. Beide Fragen sind in der Alltagspraxis oft untrennbar miteinander verknüpft. Die Kritik an der „Arroganz der Macht“, die neuen Bürgerbewegungen, die Schülerbewegungen für gleiche Bildungschancen, die Kritik an der Umweltzerstörung ist eine bestimmte Ausdrucksform der Kapitalismuskritik.
- Die Klassegegensätze werden dabei auch „horizontal“ zwischen modernisierten und reaktionären Klassenfraktionen ausgetragen.

tionen ausgetragen.

Daraus folgt ein doppelter Druck zur Einbindung ihrer Wählerklientele, die die alten Volksparteien nicht bewältigt haben.

- Sie haben Grundwerte „ihres“ Pfades aufgegeben und müssen daher erhebliche Abwanderungen zu Nichtwählern und zu Konkurrenzparteien hinnehmen.
- Sie haben innerhalb dieser Grundwerte ihren Pfad nicht in Richtung von mehr Selbst- und Mitbestimmung modernisiert und daher die moderneren und jüngeren Fraktionen ihrer Stammklientele verprellt. Damit ist die CDU/CSU in der Zerreißprobe zwischen der älteren strengkonservativen Fraktion und der jüngeren, urbanen, modernkonservativen Fraktion, die mehr Bildungschancen, mehr Frauenrechte, mehr Ausländergleichstellung, eine ökologische Energiewende, mehr sozialen Ausgleich, mehr Toleranz und auch mehr Bürgerbeteiligung bei Großprojekten wünscht. Die SPD befindet sich, wie ich nun eingehender ausführen werde, in einem entsprechenden Konflikt, der sich nach

1980 im Wachstum der Grünen und nach 1990 im Wachstum der Linken ausgedrückt hat.

- Die Grünen repräsentieren mindestens symbolisch mehr die Werte der Emanzipation und Partizipation.
- Die Linken repräsentieren mindestens symbolisch mehr die Werte des vertikalen sozialen Ausgleichs des alten solidarischen Wohlfahrtsstaatsmodells.

10. Der kapitalistische Widerspruch

Die seit den 1970er Jahren anhaltende Stagnationskrise der hoch entwickelten kapitalistischen Länder und die möglichen Auswege aus ihr lassen sich immer noch mit dem zentralen Theorem von Marx untersuchen, dem Theorem des Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und ihrer institutionellen Organisationsform, den „Produktionsverhältnissen“. Danach bringt die kapitalistische Gesellschaft nicht nur die Probleme hervor, sondern auch die Potentiale und Ansätze ihrer Lösung. Marx hat die gesellschaftliche Entwicklung nicht als gradlinigen Fortschritt (wie in den liberalen Modernisierungstheorien) oder als eindimensional zunehmende Ausbeutung (wie in den reinen Verelendungstheorien), sondern als widersprüchlich strukturierten Prozess aufgefasst. Dass Marx dabei die produktive Seite des Kapitalismus besonders hervorhebt und oft sogar emphatisch preist, mag irritieren. Aber es kommt ihm darauf an, dass diese produktive Seite von den Menschen hervorgebracht ist und wieder angeeignet werden muss. Die Höherentwicklung der Produktivkräfte ist die historische Bedingung der Möglichkeit der sozialen Emanzipation und der Entwicklung von demokratischen Gegenmächten. Durch die zunehmende Arbeitsteilung, d.h. die betriebliche bis globale Spezialisierung und Kooperation der Produktivkräfte, wird die Arbeit immer mehr vergesellschaftet. Dadurch geraten sie in Widerspruch zu ihrer Organisationsform, die durch die private kapitalistische Aneignung bedingt ist.

11. Die Handlungspotentiale und Strategien der sozialen Milieus.

Wie dargelegt worden ist, können wir bei der Analyse dieses Widerspruchs nicht nur von den Defiziten der arbeitenden Klassen ausgehen, ihrem Mangel an Macht, Einkommen, Bildung und Reflexivität. Wir müssen auch von den wachsenden Kompetenzen der arbeitenden Klassen oder, wie Marx es ausdrückt, des „Gesamtarbeiters“ ausgehen. Sie waren schon für Marx, wie Engels, die Grundlage der Herausbildung von gewerkschaftlicher, lebensweltlicher und politischer „Gegenmacht“ (im „Manifest“ ist von institutionalisiertem „Gegengewicht“ die

Rede).² Sie sind die Grundlagen der sozialen Bewegungen, ohne die eine linke Partei nicht stärker werden kann.

Dabei muss beachtet werden, dass die verschiedenen Klassenmilieus auch verschiedene Strategien der Alltagspraxis haben, mit denen sie ihre soziale Stellung erhalten oder verbessern wollen. Diese Strategien sind tief verankert in der Mentalität bzw. im Habitus, d.h. sowohl im Geschmack und Lebensstil als auch in den Bildungs- und Berufsstrategien. Die Gestalt des Klassegefüges lässt sich an den vereinfachenden Raumbildern und der zusammenfassenden Typologie (Abb. 1 und 2 im Anhang dieser Thesen) darstellen, die aus unseren umfangreichen und repräsentativen Forschungen entstanden sind.

- Die Abbildung 1 (S. 22, Red.) stellt dar, dass die Milieus sich nicht von der Ökonomie entkoppelt haben, sondern immer noch ihre Schwerpunkte in bestimmten Berufspositionen haben.

- Die Abbildung 2 (S. 23, Red.) verdeutlicht, dass diesen verschiedenen Klassenstellungen immer noch bestimmte Klassenmentalitäten oder, zugespitzt, praktische Lebensstrategien entsprechen. Die Strategien sind gleichsam Spezialisierungen des Habitus auf die Bewältigung einer bestimmten äußeren Klassenlage. Man sieht auch noch die drei von Marx und Engels diskutierten Klassenfraktionen der arbeitenden Klassen (Kleinbürgerliche, Moderne, „Lumpenproletariat“).

- Die Abbildung 3 (S. 26, Red.) stellt dann empirisch feiner ausdifferenziert dar, dass sich innerhalb jeder der großen Klassenfraktionen ein Generationenwechsel hin zu moderneren, mehr emanzipatorisch orientierten Milieus abgespielt hat und noch weiter abspielt. Dem entspricht im Ökonomischen die Entwicklung der Produktivkräfte.

Die Milieugliederung entspricht nicht genau der Gliederung des politischen Feldes, die wir ebenfalls über umfassende, strukturentdeckende Untersuchungen ermittelt haben (vgl. Abb. 4 im Anhang). Dies ändert aber nichts an unseren Folgerungen. Aus Zeitgründen möchte ich es hier bei diesem Hinweis belassen. – Insgesamt sind die modernisierten jüngeren Milieus bis etwa 2000 schon auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung angewachsen und die stramm konservativen Milieus auf etwa ein Drittel geschrumpft. Zwischen beiden findet sich so etwas wie eine aufgeklärte Mitte. Aus diesen

beiden Dritteln differenzieren sich anhaltend immer noch neue, moderne Milieufaktionen heraus. Zusammen mit den großen, vor allem von den Gewerkschaften vertretenen fachqualifizierten Arbeitnehmern der Mitte bilden sie den Kern der Gegenkräfte, die ihre Interessen selber aktiv vertreten können. Die unterprivilegierten Milieus der Gesellschaft können das aus ihrer Ohnmachtslage heraus nur schlecht und setzen daher realistischerweise auf Strategien der Anlehnung an stärkere gewerkschaftliche und parteipolitische Schutzmächte.

12. Die Positionierung der Linkspartei im sozialen Akteursfeld

(1) In diesem Akteursfeld ist die Linkspartei in der öffentlichen Wahrnehmung insbesondere in zwei Zonen „aufgestellt“: bei den aktiveren und teilweise jüngeren Milieus der Bildungsschicht (links oben im sozialen Raum) und bei den Gruppen in unterprivilegierten Lagen, die eine Schutzmacht brauchen. Über die bildungsnahen Gruppen besteht eine Chance, durch einfache Präsenz in den neuen jungen Bewegungen verschiedenster Art nach und nach Vertrauenskapital bei den moderneren jungen Bewegungsmilieus zu bilden (wie eine neue Studie der Luxemburg-Stiftung überzeugend dargestellt hat).

(2) Ein großes, aber noch nicht sichtbar genug aktiviertes Potential liegt in der modernen Arbeitnehmermitte, mit immerhin 35% der Gesamtbevölkerung. Diese Milieus werden in der westlichen BRD besonders von der WASG repräsentiert, von genau jenem Typus von Arbeitnehmervertretern, der sich um die Alltagsorgen im Betrieb, aber auch in der Gemeinde kümmert und nicht selten in der Freizeit noch für linke oder jugendliche Kommunikationszentren aktiv ist. Hier müsste die Luxemburg-Stiftung stärker erkunden, um welche Aktivitäten und Gruppen es sich handelt. Denn es handelt sich um ein riesiges Potential von früheren Wählern der Volksparteien, besonders der SPD, von dem die meisten immer noch eher Nichtwähler bleiben oder die Linkspartei primär als Protestpartei wählen. Eine nachhaltige Wählerbindung kann daraus nur werden durch persönliche Vertrauensarbeit vor Ort, durch die „Akkumulation von sozialem Kapital“.

(3) Ein Problem ist, nicht nur im Osten, die Überalterung der Partei. Aller-

dings teilt sie das Problem auch mit anderen Parteien, besonders der SPD. Diese Schwäche kann nicht über Nacht abgestellt werden. Es gibt heute nicht weniger gesellschaftlich engagierte Jugendliche als früher. Sie engagieren sich nur mehr im vopolitischen Raum in Gruppen, in denen wiederum viele Jüngere ihr Engagement und ihren Oppositionsgeist ganz selbstverständlich mit den modernen Informationsmedien entwickeln. Hier entstehen, auch international, neue Gegenöffentlichkeiten. Deren Lebensgefühl ist nicht das der alten Linken, aber es ist links (wie die Studie der Luxemburg-Stiftung ebenfalls bestätigt). Die Grünen repräsentieren dieses Lebensgefühl symbolisch. Wenn es hart auf hart kommt, wird man sehen, dass von ihnen nur die individualistische Variante dieses Lebensgefühls vertreten wird. Die solidarische Variante ist eine für die Linkspartei gelassene Lücke.

Dies aufzubauen, wäre ein langer Prozess. Dieser kann nur von der Basis ausgehen. Es wäre eine lohnende Aufgabe der Luxemburg-Stiftung, über die langweilige Parteienforschung der offiziellen Politikwissenschaft hinauszugehen und die aktiven Mitglieder- und Sympathisantenmilieus der Partei näher zu erkunden und damit auch zu Wort kommen zu lassen.

(4) Die solidarische Variante des oppositionellen Lebensgefühls hätte auch ein eigenes politisches Gesicht, die Wiederaneignung der Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen, über die öffentlichen Ressourcen und über die Bedingungen am Arbeits- und Ausbildungsplatz.

Alle diese Basispolitiken müssen nicht erfunden oder missionarisch von oben verbreitet werden, sie sind in der Gesellschaft schon vorhanden.

13. Felder der Gegenmacht-politik

Auch die Interventionsinstrumente der Berufspolitik, von der Kommune und den Betrieben bis zur großen Politik und Wirtschaft müssen überwiegend nicht eigens erfunden werden. Allerdings erfordern sie ein erhebliches professionelles Fachwissen der Experten und Expertinnen in der Berufspolitik. Von diesen müsste die Linkspartei noch mehr für sich gewinnen.

Dabei kommt es nicht darauf an, dass diese Politiken gleich in eine neue, nachkapitalistische, von Grund auf demokratisierte Gesellschaft führen, in

² Ihr Konzept einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratisierung hat Marx, wie Engels, immer weiter entwickelt. Ihr Interesse galt der allmählichen Herausbildung von Elementen der Selbsttätigkeit, Selbstregulierung, Selbstverwaltung und föderativen Koordination, die nur von den Menschen selber in der täglichen Praxis und in besonderen historischen Situationen hervorgebracht und darum auch nicht rezeptartig von oben verordnet, sondern nur „entdeckt“ werden können.

³ Wir fanden sechs verschiedene „Lager“, zwei konservative, zwei solidaristische, ein rechtspopulistisches und ein postmateriell-radikaldemokratisches. – Diese Lager übergreifen in der Regel mehrere benachbarte Klassenmilieus. Dies hat seinen Grund in der Struktur des politischen Feldes. Politische Ordnungsbilder entstehen nicht gleichsam automatisch aus den Erfahrungen und Merkmalen der Alltagsmilieus. Sie entstehen vielmehr in einem anderen, dem politischen und parapolitischen Feld durch Kämpfe und Konflikte, die gleichzeitig mit kohäsiven Gruppenbildungen verknüpft sind. Sie folgen einer anderen Logik, die historisch (Lepsius 1966) und für die Alternativmilieus der 1980er Jahre (Vester, von Oertzen, Geiling u.a. 2001) untersucht ist.

eine „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. (Marx/Engels 1959 [1848]; 482) Dies kann nur ein unvorstellbar langer Prozess sein. Als Kriterium gesellschaftsverändernder Reformen hat Marx, wie Engels, nur eins verlangt: sie müssen autonome, von der sich befreienden Klasse selbst gesteuerte Gegenmacht sein. Als Beispiele nannten sie von den Arbeitern oder dem Volk selbstverwaltete Gewerkschaften, Produktivgenossenschaften, Kommunen, ja sogar Schulen.

(1) Heute kann *makroökonomisch* angeknüpft werden an die keynesianischen und linkskeynesianischen Konzepte einer Kontrolle des internationalen Währungs- und Finanzmarktsystems, der progressiven Besteuerung, der antizyklischen Haushaltspolitik, des Ausbaus des Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Kultur- und Infrastruktursystems und anderer wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungen und der Kommunalisierung. Hinzu kommen rechtliche und sozial effektive Gleichstellungen der Frauen, der Zuwanderer und anderer diskriminierter Gruppen.

(2) *Unternehmenspolitisch* kann angeknüpft werden an alle rechtlich-institutionellen Formen, die die Menschen aus Untertanen schrittweise in Subjekte verwandeln, also Arbeitsrecht, Betriebsverfassung, Mitbestimmung der Unternehmen, Mitbestimmung und Gruppenarbeit am Arbeitsplatz, Tarifautonomie usw.

(3) Analoges gilt für die *Sozialpolitik*, die die Umverteilung der materiellen Güter und moralischen Achtung von unten nach oben umdreht. An dem Konflikt zwischen den großen Energiekonzernen und den oft auch dezentralen Erzeugern von erneuerbarer Energie ist deutlich zu sehen, dass es um die Profitpolitik geht. Nicht zuletzt können die von den neuen sozialen Bewegungen erkämpften Mitwirkungs- und Einspruchsrechte der Bürgerinnen und Bürger erheblich weiterentwickelt werden, wie nicht nur das Beispiel Stuttgart 21 zeigt.

Bei fast allen diesen Gegenmachtregungen und -rechten geht es um Rückgewinnung des Öffentlichen durch eine solidarische Kontrolle von unten. Hier könnte eine Linkspartei mit den mehr individualistischen Grünen und den mehr technokratischen Sozialdemokraten in einen edlen Wettbewerb eintreten.

14. Perspektiven der wirtschaftlichen Stagnation und des Pfadwechsels

Schließlich und nicht nur vordergründig geht es um die Frage, wer das bezahlen soll. In den drei bisherigen Hauptkonzepten der gesellschaftspolitischen „Pfade“ sind die Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik eng miteinander

verknüpft. Es geht über die Tarifpolitik um höhere Löhne, über die Sozialpolitik um höhere Versorgung, über die Wohlfahrtspolitik um den Ausbau der sozialstaatlichen Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur, Infrastrukturen).

Man darf es sich nicht zu einfach machen, das neoliberale Konzept allein wegen seiner Krisenrisiken und sozialen Polarisierungen abzulehnen. Der gegenwärtige Zwischenboom des Exports zeigt, dass es auch etwas für die Inlandsnachfrage bewirkt. Aber um welchen Preis und wie lange noch? Je mehr durch exportfördernden Kostensenkungen die Inlandsnachfrage gedämpft wurde, desto mehr wurde die Gesamtnachfrage vom Export abhängig. Durch enorme gewinnfördernde Steuer- und Kostensenkungen stiegen nicht nur die sozialen, sondern auch die ökonomischen Kosten der gesteigerten Exportorientierung. Die Disparitäten zwischen Ländern, die zu viel und die zu wenig exportierten, nahmen ebenso zu wie die Schwäche der heruntergesparten Inlandsnachfrage. Durch die jetzige Wirtschaftskrise ist der Export in die hoch entwickelten kapitalistischen Schuldnerländer erheblich eingebrochen. Der Rückgang des Exports in die Schuldnerländer wird aber nun teilweise kompensiert durch Exporte in die wachsenden neuen Industrieländer in Asien und Lateinamerika. Diese Länder stabilisieren den deutschen Export durch ihre Nachfrage vor allem im Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau, machen aber dem deutschen Export zunehmend selber Konkurrenz. Sie puffern gleichwohl extreme Exportrückgänge auf längere Zeit ab. Sie ändern damit aber nichts an der langfristigen Stagnationstendenz, sie begrenzen nur ihre katastrophisch-schockartigen Erscheinungsformen.

Die Bundesrepublik steht daher weiterhin unter Druck, ihr hochexpansives Exportmodell maßvoller zu gestalten und zum Ausgleich die Inlandsnachfrage, also Sozialstaatsausgaben, Arbeitseinkommen und die Dienstleistungen, wieder zu erhöhen. Das stützt die Kräfte eines Pfadwechsels zu einem modernisierten ökologischen und wohlfahrtsstaatlichen Modell.

Aus den neoliberalen Jahren hat sich in den Köpfen vieler die Vorstellung festgesetzt, wir lebten wieder in der alten Mangelgesellschaft, in der die Arbeitsproduktivität, der gesellschaftliche Reichtum und die staatlichen Haushaltsmittel sehr gering sind und die knappen Kassen durch die wachsende Zahl der Alten, der Jungen und in der Ausbildung Befindlichen der ausländischen Zuwanderer usw. extrem überfordert würden. Daher würden sich Staat und Gesellschaft zu Lasten der kommenden Generationen unverantwortlich verschulden. Also

komme es darauf an, diese vermeintliche Vergeudung von Ressourcen durch „Sparen“ herunterzufahren: Ein Schuljahr weniger zum Abitur, größere Schulklassen, Lehrmittel selber kaufen, Studiengebühren, mehr Eigenleistung im Krankheitsfall, private Bildungs- und Pflegeeinrichtungen, Kürzung des Rentenalters um zwei Jahre, Herunterfahren von Stadtteilbüchereien, Schwimmbädern usw. usf. Ist das wirklich alles nicht bezahlbar? Da helfen Kenntnisse der Zins- und Zinseszinsrechnung, wie es der keynesianische Ökonom Karl Georg Zinn rät. Selbst bei einem mäßigen Wirtschaftswachstum von etwa zwei Prozent verdoppelt sich das Bruttosozialprodukt alle 20 bis 25 Jahre. Bei einem hohen absoluten Umfang des BSP sind dies, absolut gesehen, weit mehr als zehn Prozent in einem Land, das sich gerade von Armut und Mangel zu befreien beginnt. Wenn bei diesem Reichtum die progressive Besteuerung, wie sie andere hoch entwickelte Länder noch haben, wieder ernst genommen würde, könnten ohne weiteres alle Wohlfahrtsleistungen, die heute angeblich zu teuer sind, bezahlt werden – und die ökologische Wirtschaftsumstellung dazu.

Die neoliberale Politik wird von weniger als zehn Prozent der Bevölkerung gutgeheißen. Mehr als 80 Prozent unterstützen eine Rückkehr zu einem Wohlfahrtsstaat in konservativer oder sozialdemokratischer Prägung. Das Problem liegt eher darin, ob die in den Volksparteien maßgeblichen Machtsgruppen in ihrer Mehrheit ebenfalls wohlfahrtsstaatlich oder aber neoliberal tendieren. Wie die Wahlergebnisse zeigen, gehören die wohlfahrtsstaatlichen Vorstellungen der Bevölkerung zu den dauerhaften Verhaltensdispositionen. Doch die neoliberalen Fraktionierungen, die in den Volksparteien nach 1990 die Vorherrschaft gewonnen haben, sind immer noch stark. Die neoliberale Weichenstellung hat seit etwa 1991 bei einer Mehrheit der Bevölkerung, wie Umfragen bestätigen, zur „politischen Verdrossenheit“ von mehr oder minder 60% geführt. Erhebliche Wählerpotentiale sind von den Volksparteien zu den kleinen Parteien bzw. der Gruppe der Nichtwähler abgewandert. Dies hat zu einer „Krise der politischen Repräsentation“ beigetragen (Vester u. a. 2001: 116-118). Der Druck wird zunehmend außerparlamentarisch.

Literatur

Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten, Frankfurt a. M./New York: Campus. Kaase, Max (1984): The Challenge of the ‚Participation Revolution‘, in: International Political Science Review, vol. 5 (3), S. 299-318. Lepsius, Mario Rainer (1993 [1966]): Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: ders., Demokratie in Deutschland, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

gen: Vandenhoek & Ruprecht, S. 25-50. Marx, Karl/Engels, Friedrich (1959 [1848]): Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke, Bd.4, S. 457-493.
 Popitz, Heinrich/Bahrdrdt, Hans-Paul/Jüres, Ernst August/Kesting, Hanno (1957): Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen: Mohr.
 Rudzio, Wolfgang (2003): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 6. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
 Vester, Michael (2006): Die ständische Kanalisierung der Bildungschancen, in: Werner Georg (Hg.), Soziale Ungleichheit im Bildungssystem, Konstanz: UVK, S. 13-54. Vester, Michael (2010): „Orange“, „Pyramide“ oder „Eieruhr“? Der Gestaltwandel der Berufsgliederung seit 1990, in: Nicole Burzan/ Peter A. Berger (Hg.) 2010: Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden: VS 2010, S. 55-78.

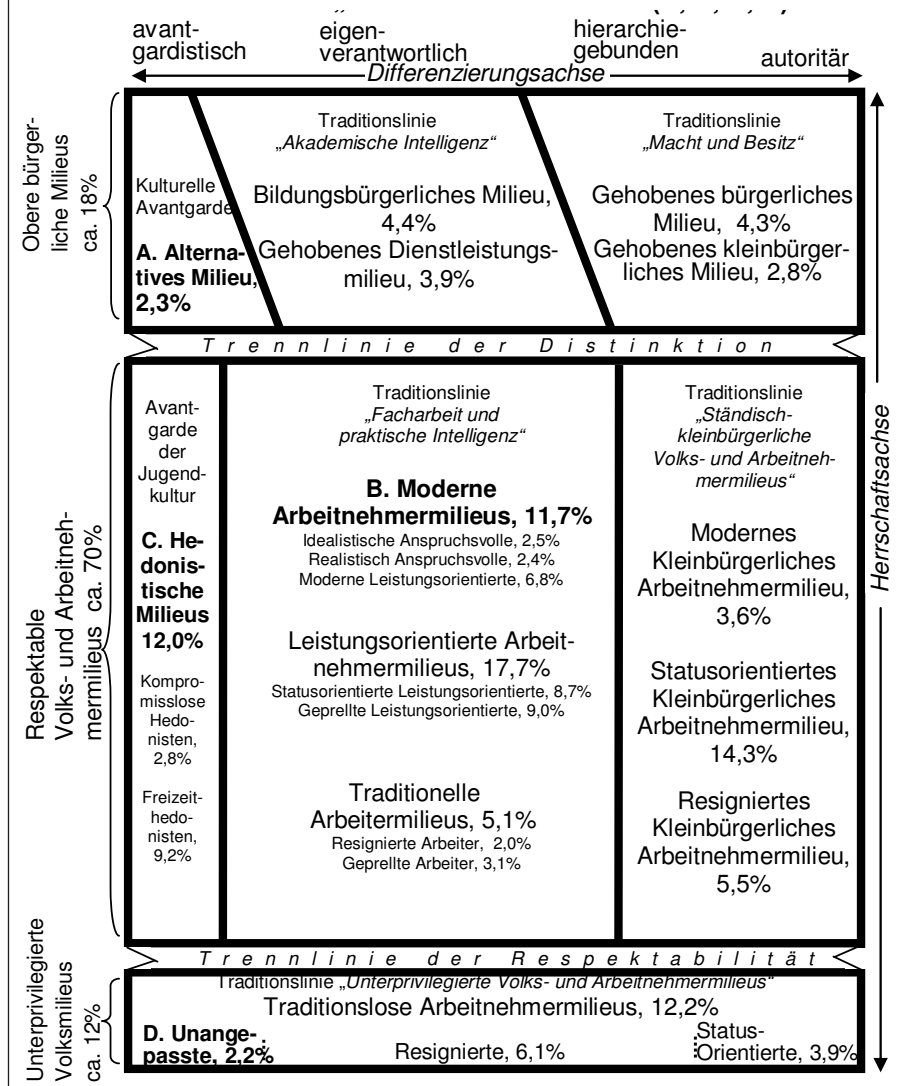
Anhang: Die Differenzierung der westdeutschen sozialen Milieus

In der differenzierenden „Landkarte“ der sozialen Milieus (Abb. 3, S. 26, Red.) wird die durch Clusteranalysen empirisch ermittelte Untergliederung der Milieus präziser sichtbar. Die Gesamtgliederung in fünf große genealogische Linien oder Traditionslinien (und zwei „Ableger“ von ihnen am linken Rand) bestätigt die Richtigkeit von schon länger üblichen sozialen Unterscheidungen. Die Zweiteilung der oberen Traditionslinien entspricht ihrer Bezeichnung durch die geläufigen Gegensatzpaare „Geist und Macht“, „Bildung und Besitz“ oder – in heutiger Form – „Akademiker und Führungskräfte“. Die Dreiteilung der übrigen Traditionslinien bestätigt die Richtigkeit älterer Einteilungen der Volksklassen, die nicht unbekannt, aber in ihrer Bedeutung selten erkannt worden sind. Schon Marx und Engels unterschieden, auch bei ähnlicher äußerer Soziallage, drei nach geschichtlichem Erfahrungshintergrund grundsätzlich verschiedene sozio-kulturelle Identitäten der abhängig arbeitenden Klassen: die „kleinbürgerlichen“ Arbeiter, das „Lumpenproletariat“ und die modernen, interessenbewussten Fraktionen der Lohnarbeiter (1959 [1848]: 465, 471-473). In ihrer großen Studie über das Gesellschaftsbild der Arbeiter unterschieden Popitz, Bahrdrdt u. a. (1957) unter anderem Namen die gleichen drei Typen. Auf diese wird in der folgenden Zusammenfassung an Ort und Stelle verwiesen.

Die fünf großen Gruppen sind in 14 mittlere Untergruppen und Ableger unterteilt, die ihrerseits noch weiter, in insgesamt 20 Submilieus, untergliedert sind. Diese feinere Unterteilung hat es ermöglicht, mittels der in der Repräsentativbefragung ebenfalls erhobenen statistischen Merkmale die moderneren, jüngeren Milieus zu identifizieren. (Sie sind unten und in der Abbildung mit A, B, C und D bezeichnet.) Diese waren bis 2003 zusammen bereits auf etwa 28% der Gesamtbevölkerung angewachsen. Ihr Habitus teilt

Abb. 3. Die Sozialen Milieus und Submilieus in Westdeutschland und die modernisierten „neuen sozialen Milieus“ (A, B, C, D)

Grundlage: Repräsentative Erhebung (n=2.699) d. deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren 1991 (nach M. Vester u. a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. 2001); Umformulierung der Milieubezeichnungen aufgrund der Neuauswertung von Gisela Wiebke, in: W. Vögele u. a. (Hg.), Soziale Milieus und Kirche, Würzburg 2002, S. 275-409. – Die Prozentzahlen sind „ca.“-Angaben innerhalb der statistischen Wahrscheinlichkeit. – © Forschungsgruppe Habitus und Milieu – M. Vester (Konzept)/D. Gardemin (Grafik) – 2009



zwar mit dem elterlichen Habitus noch die Grundzüge, zielt aber viel entschiedener auf Kompetenz- und Partizipationserweiterung. In begrenzter Form zeigen sich solche Modernisierungen aber auch in den konservativen Traditionslinien, insbesondere im „Modernen kleinbürgerlichen Arbeitnehmermilieu“ (3,6%).

1. und 2. Traditionslinie – Die oberen bürgerlichen Milieus: Oben nehmen diejenigen, die einen distinktiven Habitus aufweisen, auch die führenden Berufsstellungen ein. Es sind die Milieus des Eigentums, der institutionellen Herrschaft und der höheren Bildung mit etwa 18% der Bevölkerung. Alle oberen Klassenfraktionen kultivieren einen distinktiven Geschmack und Lebensstil und eine „führende“ Rolle in der Gesellschaft. Trotz innerer Differenzierungen sind sich diese Fraktionen in ihren Politiken sozialer „Schließung“ (Weber 1972 [1921]: 23,

201f) einig; nur selten akzeptieren sie Neuaufsteiger in ihren Kreisen. Diese Politikenfunktionieren in Deutschland nicht so sehr über Eliteschulen oder -hochschulen wie in England, den USA und Frankreich, sondern über subtile Mechanismen der Selektion nach dem Habitus (Hartmann 2002), die auch als informelle Zugangsbarrieren im Bildungssystem wirken. Geschmack und Schließungen bilden eine unsichtbare Trennlinie der Distinktion gegenüber den Volksmilieus. In sich selbst differenzieren sich die oberen bürgerlichen Milieus in eine Traditionslinie der institutionellen Macht und eine Traditionslinie der Bildung sowie ein aus beiden Traditionslinien gespeister Ableger, ein „Avantgardemilieu“, dessen Platz von dem Linksalternativen Milieu (A) eingenommen wurde.

(1) Rechts oben im sozialen Raums sehen wir die Milieus der institutionellen Herrschaft, d.h. der leitenden Stellun-

gen in den privaten und öffentlichen Managements und in den renommiertesten freien Berufen in der Medizin, Justiz usw. Diese hohen Positionen werden seit Generationen in den Familien weitergegeben. Es überrascht nicht, dass die Angehörigen dieser Milieus Autorität, Disziplin und Einordnung betonen und einen repräsentativen Stil pflegen, der imponiert ohne zu protzen. (2) Links davon sehen wir die akademische Intelligenz, d.h. die Berufsgruppen der höheren Dienstleistungen, vor allem in Expertenberufen der Bildung, der Kultur, der Kommunikation, der Gesundheit, des Sozialwesens und der Technologie. Die Angehörigen der Milieus unterscheiden sich von der „Machtorientierung“ der anderen oberen Milieus und vom „Materialismus“ der Volksmilieus.

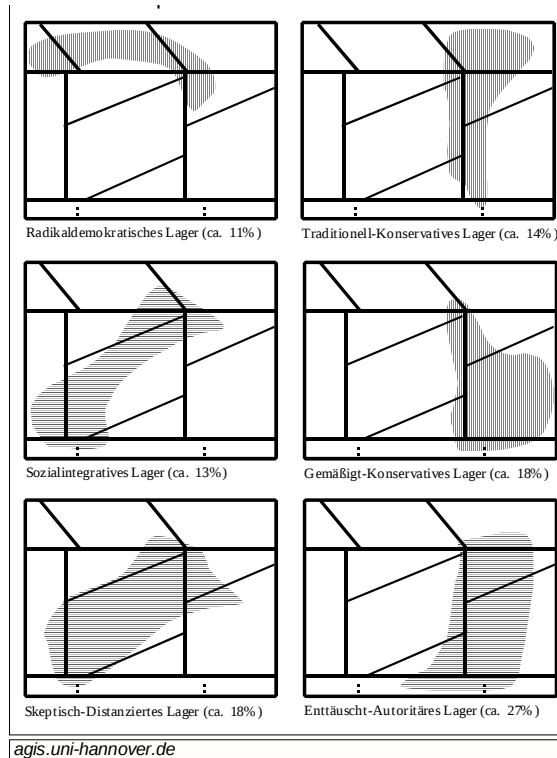
3. und 4. Traditionslinie – Die „respektablen“ Volks- und Arbeitnehrmilieus. Sie bilden mit etwa 70% die große Mitte der Gesellschaft. Sie umfasst heute überwiegend Arbeitnehmer und nur noch wenige kleine Selbstständige, da nach 1950 infolge der Besitzkonzentration viele von ihnen in Arbeitnehmerberufe übergewechselt sind. Für Angehörigen beider Traditionslinien ist gute Facharbeit als Arbeiter oder Angestellte und ein sicherer und respektierter sozialer Status die Grundlage von Achtung und Selbstachtung. In der Mitte sehen wir die gleiche horizontale Fraktionierung in Traditionslinien wie in den oberen Milieus und einen „Ableger“ – das eher jüngere hedonistische Milieu (C), das aus Kindern der beiden Traditionslinien besteht, die sich gegen die Leistungs- und Pflichtmoral der Elterngeneration jugendspezifisch abgrenzen.

(3) Die Angehörigen der modernen Traditionslinie der Facharbeit und der praktischen Intelligenz (ca. 35%) suchen Unabhängigkeit von Autoritäten und wollen diese auf gute Fachausbildung und Facharbeit sowie gegenseitige Solidarität gründen. Sie entsprechen den Gesellschaftsbildern des „progressiven Ordnungsgefüges“ und der „Reform der Gesellschaftsordnung“ bei Popitz, Bahrdrdt u. a. (1957: 193-201, 216-221).

Die Angehörigen dieser Milieus sind (meist männliche) Facharbeiter und (oft weibliche) Fachangestellten in sich modernisierenden mittleren Berufen und moderne kleinere Selbstständige. Ihr zentraler Wert ist ein realistischer Grad von Autonomie. Relative Unabhängigkeit von äußeren Autoritäten und Zwängen soll über Strategien der Fachqualifikation und Selbstständigkeit erreicht werden, d.h. gute Arbeitsleistung, anhaltende Bildungsanstren-

gungen und die Solidarität in Familie, Nachbarschaft und Kollegenkreis. Ihre Lebensführung ist weitgehend durch eine Variante der Weberschen „protestantischen Ethik“ strukturiert, die nicht nur auf ein asketisches Arbeitsethos setzt, sondern für hohe Leistung auch soziale Teilhabe – das Recht, die Früchte der eigenen Mühen zu genießen – verlangt. Sie folgen einer Art von demokratischem Universalismus: jeder Mensch soll nach seinen

Abb. 4. Gesellschaftspolitische Lager im Raum der Klassenmilieus



praktischen Werken beurteilt werden, unabhängig von Geschlecht, Altersgruppe, Ethnie oder Klassenherkunft. Solidarität bedeutet nicht Kollektivismus um jeden Preis, sondern folgt der alten Volkstradition der gegenseitigen Nachbarschaftshilfe und der Nothilfe von ansonsten unabhängigen Zusammenlebensgemeinschaften (vgl. Weber 1972 [1921]: 216).

Insgesamt hat sich diese Traditionslinie mit dem Generationenwechsel modernisiert. Die älteste Generation, das traditionelle Arbeitermilieu, das Lebenssituationen des Mangels mit Strategien der Bescheidenheit zu bewältigen suchte, ist auf etwa 5% geschrumpft. Die mittlere Generation, die Leistungsorientierten Arbeitnehmer, die für höhere Leistung auch mehr Teilhabe verlangen, umfasst gleich bleibend etwa 18%. Die jüngste Generation, die modernen Arbeitnehmer (B), die mehr auf Autonomie, Bildung und Partizipation setzen, ist um 1980 neu entstanden und bis 2003 auf etwa 12% angewachsen.

(4) Die Angehörigen der ständisch-

kleinbürgerlichen Traditionslinie suchen Sicherheit in der Einordnung in Autoritätshierarchien, sie entsprechen dem Gesellschaftsbild des „statischen Ordnungsgefüges“ bei Popitz, Bahrdrdt u. a. (1957: 186-193).

Die Angehörigen der kleinbürgerlichen Volks- und Arbeitnehrmilieus sind überwiegend kleine Beschäftigte und Selbstständige in traditionellen Berufen. Mit ihren bescheidenen materiellen und kulturellen Ressourcen gehören sie oft zu den Verlierern der ökonomischen Modernisierung. Sie suchen Sicherheit in den Hierarchien der Familie, der Arbeit und der Politik. Dem entspricht ein konventioneller und autoritärer Habitus. Dieser lockert sich allerdings etwas auf bei der jüngeren Generation, dem auf 3,6% angewachsenen Modernen kleinbürgerlichen Arbeitnehrmilieu (ca. 4%). Seine Angehörigen erwarten von Unternehmern und Politikern als Gegenleistung für ihre Loyalität auch einen gewissen sozialen Ausgleich und gewisse Mitwirkungsrechte und befürworten eine wenigstens begrenzte Gleichstellung von Frauen und Zuwanderern.

(5) Die unterprivilegierten Volksmilieus oder „Unterklassen“ haben nur geringe Ausbildungen und Qualifikationen. Sie bevorzugen Strategien, die einer Lage der Unsicherheit und Machtlosigkeit angepasst sind. Den Ausschluss von Macht und Respektabilität verarbeiten sie nicht (wie manche annehmen könnten) mit Militanz. Sie sind

sich der Risiken, destabilisiert und stigmatisiert zu werden, sehr bewusst und kultivieren daher Strategien der flexiblen Gelegenheitsnutzung, des Mithaltens mit den Standards der „respektablen“ Milieus über ihnen, der Anlehnung an Stärkere und der Investition in hilfreiche persönliche Beziehungen anstatt in Bildung. Die Traditionslinie entspricht den Gesellschaftsbildern der „Dichotomie als kollektives Schicksal“ und der „Dichotomie als kollektives Schicksal und individueller Konflikt“ bei Popitz, Bahrdrdt u. a. (ebd.: 201-215).

Die Traditionslinie unterteilt sich in drei Untergruppen – die konservativen Statusorientierten (ca. 3%), die auf den Schutz von Hierarchien setzen, die arbeitnehmerischen Resignierten (ca. 6%), die insbesondere in Gewerkschaften ihre Schutzmacht sehen, und die Unangepassten (ca. 2%), die mehr auf Selbstverwirklichung und Teilhabe an den modernen Lebensstilen setzen.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der rls

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Neuer Rekord bei Leiharbeit • Europäische Bürgerinitiative • Gaspipeline in Konkurrenz zu Gasprom • Protest kommunistischer Parteien • Ungarn fordert Überprüfung der Zensurvorschriften aller EU-Länder • Raketendiplomatie

Linke Hamburg: Bisherige Abgeordneten als Spitzenkandidaten

„Machteroberung“?

Herr Schmid, die SPD, die Linke und die DDR und die SED

Für einen Politikwechsel
„Wir lehnen jede Form von Diktatur ab“
Zur Herkunft der Linken

Merkels Chaostruppe gefährdet den Euro

Auslandsnachrichten

Kolumbien: Gewerkschafterin Rosalba Gaviria Toro inhaftiert • Bangladesh: Gewerkschaftsführerin Mushrefa Mishu verhaftet • 28 Tote bei Brand in einer Bekleidungsfabrik in Bangladesh • Russland: Offensive der Zeitarbeitsunternehmen • Kein Lohndumping in der Schweiz und in der EU!

Aktionen ... Initiativen

Blockade des Naziaufmarsches in Dresden Februar 2011 • Daimler – Star of Apartheid • IPPNW: Waffenstillstand in Afghanistan • Studierende gegen Kriegsforschung • Lehrer dürfen ohne disziplinarische Konsequenzen streiken • Europäische Bürgerinitiative • Demonstration am 22.1. in Berlin: „Wir haben es satt!“ • Ausgewählte Termine für die Friedensbewegung 2011

Olympische Spiele 2018: München wird zum Wintersport-Mekka

MitLinks NOlympia-EXTRA
Winterdienst aus AWB-Gewinnen finanzieren! Köln • Recht auf Mobilität für alle FreiburgerInnen! • Kinder und Jugendliche Schwerpunkt bei Haushaltsberatungen: Hannover. • Lohndumping des Senats: Hamburg. • Stadtrat verabschiedet einstimmig Resolution zu Gunsten der Flüchtlinge: Augsburg. • Kliniken: Pflegenotstand! Stuttgart. • Lippenbekenntnisse: Bonn. • Mietnomaden sind ein Randphänomen: Frankfurt. • „Die Gewerbesteuer – eine gute Gemeindesteuer“: Berlin.

Jungheinrich AG: Eine Belegschaft wehrt sich

Reaktionen auf Tariffähigkeit der Christlichen Gewerkschaften gefordert

Mehr Verbraucherschutz durch Berufsverbotsandrohung?

Wirtschaftspresse

Wählerpotential, Wählerstruktur und Wahlstrategie der Linken

Anhang: Die Differenzierung der westdeutschen sozialen Milieus

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 16 und 17. April in Köln

Die Themen sind grob: „Gemischtwirtschaftliche Situation – Staat als Unternehmer, Konzerne als Gewaltapparat im Staat“ (Stand der Wissenschaft, theoretische Entwicklung) und „Europäische Annäherungen in der Kulturpolitik – kulturelle Entwicklungen in Osteuropa“. Genauere Angaben zu den Themen und den Referenten gibt es in

der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte.

Die Tagung findet in Köln statt in den Räumen des Landschaftsverbandes, Übernachtungen sind in der Jugendherberge Köln-Deutz reserviert. Anmeldungen sind ab sofort möglich bei: Alfred Küstler (stuttgart@gnn-verlage.com).

Her mit der Bildungsrepublik! Perspektiven jenseits von Sparpaketen und Eliteförderung

Zweite bildungspolitische Konferenz der Linken 22./ 23. Januar 2011 in Stuttgart

„Vorfahrt für Bildung“ ist das Versprechen der schwarz-gelben Bundesregierung. Doch im Zuge des Sparpaketes wird gerade auch bei Bildung gekürzt. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Schichten haben so immer weniger Möglichkeiten zu guter Bildung. Das Ergebnis des Volkstumsentscheids zur Schulreform in Hamburg zeigt, wie stark die Kräfte nach wie vor sind, die an einem gegliederten Schulwesen festhalten wollen. Die Linke kämpft für die Durchsetzung des Rechts auf Bildung für alle anstelle von Zwei-Klassen-Bildung und sozialer Ausgrenzung. Mit dem Bildungstreik und zahlreichen bildungspolitischen Forderungen von Gewerkschaften und Sozialverbänden ist Bewegung in die bildungspolitische Debatte gekommen. In den bevorstehenden Landtagswahlen wird Bildungspolitik erneut ein inhaltlicher Schwerpunkt sein. Die zweite bildungspolitische Konferenz der Linken soll zur Analyse der gegenwärtigen Situation beitragen, Hauptfelder des bildungspolitischen Kampfes aus linker Sicht markieren und Alternativen diskutieren – für eine soziale und demokratische Bildungspolitik in Bund, Ländern und Kommunen. Am Samstag, den 22. Januar

wird um 11 Uhr 30 Dr. Gesine Löttsch (Parteivorsitzende Die Linke) zu den Auswirkungen der schwarz-gelben Bildungspolitik und den Alternativen der Linken sprechen. Am Nachmittag, ab 13.30 Uhr wird Prof. Michael Hartmann (TU Darmstadt) zum Thema „Gutschein statt Bildung? Soziale Auslese im deutschen Bildungssystem“ sprechen. Nach den Vorträgen besteht jeweils die Möglichkeit zur Diskussion. Ab 15 Uhr 30 wird in sechs Foren weiterdiskutiert: KiTa für alle, Wege zur Gemeinschaftsschule, gute Ausbildung für alle, Bildung demokratisieren, Weiterbildung und Bolognaprozess. Zu den jeweiligen Foren referieren Experten aus der Wissenschaft, den Gewerkschaften und der Linken. Für den zweiten Konferenztag liegt der Schwerpunkt auf den bevorstehenden Landtagswahlen. Gemeinsam wollen wir linke bildungspolitische Schwerpunkte und die Chancen auf ihre Durchsetzung diskutieren. Daneben ist am Samstagabend auch für ein Kulturprogramm gesorgt. Samstag, 22. Januar 2010 ab 11 Uhr bis Sonntag, 23. Januar, 13 Uhr. Stuttgart, Gewerkschaftshaus Willi-Bleicher-Str. 20; 70174 Stuttgart. Um Anmeldung wird gebeten unter: ag.bildungspolitik@die-linke.de

Hamburg braucht auch eine Vermögensuhr!

Veranstaltung von Verdi vor der Bürgerschaftswahl

Der Chefvolkswirt der UNCTAD, Prof. Dr. Heiner Flassbeck, diskutiert mit Hamburger Haushaltspolitikern

- Thies Goldberg, CDU
- Dr. Peter Tschentscher, SPD
- Jens Kerstan, GAL
- Dr. Joachim Bischoff, Linke

über Finanz- und Haushaltspolitik,

über Lohn- und Geldpolitik, über die Entwicklung von Schulden und Vermögen, über Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Freitag, 28. Januar 2011 – 13 Uhr bis 15.45 Uhr

Movimento im Gewerkschaftshaus, Hamburg

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 17. Februar 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 4. Februar.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 10. Februar, 10. März, 7. April, 5. Mai.